Freitag, den 6. Juli 1928. Einzelnummer 10 Pfennig. 39. Jahrgang — Nr. 157

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Billigung der Regierungserklärung.

Berlin, den 5. Juli. (Eigener Bericht).

Der Reichstag nahm am Donnerstag den von der Sozialdemokratie und den Mittelparteien eingebrachten Billigungsantrag mit 261 gegen 134 Stimmen bei 28 Enthaltungen an.

Reichskanzler Hermann Müller hat am Donnerstag den deutschnationalen Sprecher Graf von Westarp einer Antwort gewürdigt, die den besten Eindruck im Reichstage gemacht hat. Er schlug die Angriffe auf die Regierungserklärung spielend zurück. Warum eigentlich deutschnationale Hetze gegen die Ministerverantwortlichkeit? Sie ist ja noch unter dem Kaiserreich eingeführt worden. Für die Verfassung von Weimar hat die Geschichte entschieden. Das unter dieser republikanischen Verfassung regierte Volk hat Putsche von rechts und links, hat den Separatismus, hat die Inflation und die ganzen Jahre der Wirren nach dem Zusammenbruch überwunden. Großes Hallo gab es bei den Kommunisten, als Müller auf deren Anfragen wegen des Schicksals des Panzerkreuzers antwortete. Er konnte als Kanzler natürlich nur von der Rechtslage ausgehen. Die erste Rate des Kreuzers wurde von der früheren Reichstagsmehrheit gegen die Opposition der Sozialdemokraten bewilligt. Ein Beschluß des Reichsrats sieht aber finanzielle Nachprüfung vor dem 1. September vor. Der Kanzler erklärte, daß der Wehrminister sich rechtzeitig mit dem Reichsfinanzminister ins Benehmen setzen werde. Wir fügen hinzu, daß die sozialdemokratischen Reichsminister gegen den Bau des Panzerkreuzers arbeiten werden.

Die Deutschnationalen schickten noch einen Redner vor, den mit materiellen Gütern mehr als geistigen Gütern gesegneten Herrn Dr. Obersohren aus Kiel. Immerhin erwarb er sich das Verdienst, dem Reichsfinanzminister Dr. Hilferding das Stichwort zu einer knappen, aber glänzenden Rede zu liefern. Obersohren hatte die Kühnheit, dem Reichsfinanzminister Dr. Hilferding vorzuwerfen, daß dieser im Jahre 1923 versagt habe. Hilferding erbrachte den aktenmäßigen Beweis, daß die Rentenmark sein Werk ist.

Damit war die rege Anteilnahme an der politischen Aussprache erschöpft. Die Kommunisten ließen selbstverständlich noch eine vernichtende Anklagerede gegen die Sozialdemokratie los. Aber es ist ja nichts neues, daß wir in ihren Augen elende Lakaien der Bourgeoisie und die Hausknechte des Trustkapitals sind. Jeder kommunistische Betriebsfunktionär betet das mindestens so gut her wie ihre Reichstagsführer. Nur mit dem Unterschiede, daß jene es meistens glauben, während die Krakeeler im Reichstag die Verbreitung dieses Unsinns als Geschäft betreiben.

Der Nationalsozialist Strasser, ein gewaltiger Schimpfbold vor dem Herrn, gab sich redliche Mühe, die kommunistische Konkurrenz in beleidigenden Kraftworten gegen die Sozialdemokratie und ihre Führer zu überbieten. Als er aber, sich selbst übertreffend, den Minister Hilferding als einen in Galizien geborenen Juden ansprach, riß dem Präsidenten die Geduld. Er wies den hemmungslosen Menschen aus dem Saal.

Es folgten noch ein paar Reden von Splitterparteien. Dann eine kurze Geschäftsordnungsdebatte. Der nationalsozialistische Faschingsantrag in den Hundstagen, der Regierung ein Vertrauensvotum von Gnaden der Nationalsozialisten zu bescheren, versank sofort. Eine Mehrheit von 261 gegen 134 Stimmen bei 28 Enthaltungen billigte die Regierungserklärung. Die Opposition setzt sich aus den Deutschnationalen, den Nationalsozialisten, den Deutschhannoveranern und den Kommunisten zusammen. Die Wirtschaftspartei hatte sich der Stimme enthalten.

Der Sitzungsbericht.

Die Besprechung der Regierungserklärung wird fortgesetzt.

Präsident Löbe teilt mit, daß der Aeltestenrat alle Anträge, also auch den nationalsozialistischen Vertrauensantrag, zugelassen hat.

Reichskanzler **Hermann Müller:**

Abgeordneter Graf Westarp hat bemängelt, daß ich in der Regierungserklärung meinem Vorgänger Marx nicht den Dank ausgesprochen habe. Das habe ich schon bei der Uebernahme der Geschäfte der Reichskanzlei getan, und da Dr. Marx damals nicht anwesend war, habe ich es am Mittwoch wiederholt. Im übrigen weiß ich nicht, ob ein Brauch, der in parlamentarischen Ländern nicht üblich ist, unbedingt aufrechterhalten werden muß. (Sehr gut! links.) Ich weiß zum Beispiel nicht, ob Herr v. Keudell Wert darauf gelegt hätte, aus sozialdemokratischem Munde den Dank für seine Tätigkeit ausgesprochen zu erhalten. (Große Heiterkeit links.) Gegenüber den Anzweiflungen des Abgeordneten Westarp stelle ich fest, daß zwischen den Parteien, die in der Regierung vertreten sind, über die Führung der auswärtigen Politik wesentliche Differenzen nicht bestehen. (Sehr richtig!) Abgeordneter Westarp vermißt auch das Wort „national" in der Regierungserklärung; sie spricht zweimal davon, daß die neue Regierung den Interessen des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches dienen wolle —

ich glaube das Wort deutsch muß genügen, es bedarf nicht des Wortes national.

(Sehr gut! links und in der Mitte.)

Abgeordneter Westarp bemängelt auch, daß wir zu wenig von der Reichsreform gesprochen hätten. Selbstverständlich müssen wir erst zu den Vorarbeiten der vorigen Regierung Stellung nehmen. Aber aus der Regierungserklärung geht deutlich hervor, daß der Wille zur Weiterführung dieser Reform bei uns ausreichend vorhanden ist. Im übrigen ist klar, daß für jeden entscheidenden Schritt auf diesem Gebiet eine breite parlamentarische Grundlage vorhanden sein muß und daß alle berechtigten Interessen bei dieser Reform wahrgenommen werden müssen.

Abgeordneter Dr. Scholz hat die Zusammenlegung von Reichsministerien gefordert. Darüber haben wir uns im Haushaltsausschuß schon oft unterhalten. Aber wenn man daran ging, die Zusammenlegung auszuführen, ergaben sich immer starke Widerstände. Es kann zweifelhaft sein, ob das Reichs-Justizministerium zu beseitigen wäre. Aber es ist doch damit zu rechnen, daß nach der Verwaltungsreform vielleicht das eine oder andere Land seine Justiz dem Reich wird übergeben wollen, und dann brauchten wir doch wieder ein Spezialministerium dafür.

Abgeordneter Westarp hat gesagt, der Ruf nach Verfassungsreform sei im deutschen Volke allgemein geworden. Für die deutschnationalen Reformforderungen trifft das sicher nicht zu. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Denn im Wahlkampf hat sich gewiß nicht eine Mehrheit für diese Forderungen erklärt. (Westarp: Aber eine denkende Minderheit! — Große Heiterkeit links und in der Mitte.) Was die Ministerverantwortlichkeit angeht, so war in dem Verfassungsentwurf des kaiserlichen Großen Hauptquartiers vom 19. Oktober 1918 dieser Artikel 15 enthalten: „Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstages." Die Weimarer Verfassung hat bewußt und direkt an diese Formulierung des Kaiserreiches angeknüpft. (Hört! Hört!)

Es ist nicht im Interesse des Landes gelegen, wenn die Weimarer Verfassung als total verfehlt hingestellt wird. Ich bitte doch einmal zu prüfen, was denn das deutsche Volk in den letzten neun Jahren unter dieser so vielgeschmähten Verfassung von Weimar ausgehalten hat. Die ganzen Putsche von rechts oder links sind niedergekämpft, die Angriffe der Separatisten im Westen abgeschlagen, und selbst das Furchtbarste, die Inflation, ist unter dieser Verfassung überwunden worden. (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.)

Eine Verfassung, die sich so bewährt hat, kann nicht so schlecht sein, als sie oft gemacht wird.

Wer Gelegenheit hat, mit Ausländern zu reden, die nur in größeren Zeitabschnitten nach Deutschland kommen, der hört von ihnen immer wieder, wie sich unter der Verfassung von Weimar die Verhältnisse in Deutschland konsolidieren. (Gebrüll der Hakenkreuzler).

Abg. Westarp klagt darüber, daß die Regierungserklärung so schweigsam sei über die Programmforderungen der Parteien. Aber die Aufgabe war doch, die Erklärung einer Regierung, in der verschiedene Parteien sitzen, und nicht die Programme dieser Parteien, aufzustellen. Auch bei den Vorverhandlungen sind nicht die Parteiprogramme die Grundlage gewesen, sondern man hat sich zu verständigen versucht über Gegenwartsfragen, deren praktische Lösung in absehbarer Zeit notwendig ist. Graf Westarp sagte, man solle in der Aufstellung von Gegenwartsforderungen bescheiden sein, weil sie sich als undurchführbar erweisen könnten. Nun, Graf Westarp selbst hat auf dem Hamburger Deutschnationalen Parteitag 1927 gesagt, daß die Deutschnationalen allerdings den Wählern eine höhere Aufwertung versprochen, sie aber, als sie regierten, nicht hätten durchführen können, es sei eben so im politischen Leben, daß man erst Forderungen stelle und dann Abstriche machen müsse. (Heiterkeit.) Und auf der ostpreußischen Tagung der Deutschnationalen in Königsberg hat Graf Westarp gefragt, ob es nicht jeder Verband und jede Partei so mache, daß zunächst die weitestgehenden Forderungen gestellt werden, in dem Bewußtsein, daß doch etwas abgehandelt werde. (Lebh. Heiterkeit.)

Graf Westarp beanstandet, daß unsere Erklärung nicht klar genug Stellung nehme zu den Problemen, die er als „Krisis der Locarno-Politik" bezeichnet hat. Es handelt sich ja dabei um nichts anderes als um die Frage der

Das Urteil im Schachty-Prozeß.

Elf Russen zum Tode verurteilt. — Für Badstieber ein Jahr Gefängnis mit Bewährungfrist Otto und Mayer freigesprochen.

Kowno, 6. Juli. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Oberste Gericht der Sowjetunion nach 52stündiger Beratung am Freitag morgen um 1,20 Uhr das Urteil im Schachty-Prozeß verkündet. Von den 53 Angeklagten werden elf zum Tode verurteilt. Für sechs von diesen hat das Gericht in Anbetracht „ihrer Reue und hohen technischen Befähigung" beschlossen, bei dem Zentralvollzugsausschuß der Sowjetunion eine Milderung der Strafe zu beantragen. Vierunddreißig russische Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von einem Jahre bis zu zehn Jahren. Der Deutsche Badstieber erhielt ein Jahr Gefängnis mit Bewährungsfrist wegen Bestechung. Er wurde jedoch von der Anklage der Beteiligung an der gegenrevolutionären Organisation freigesprochen. Vier weitere Angeklagte, darunter die Deutschen Otto und Meyer, wurden freigesprochen.

* * *

Nach einer Meldung aus Moskau wird in dem Urteil im Schachty-Prozeß betont, daß das Bestehen einer weitverzweigten gegenrevolutionären verbrecherischen Organisation im Donezgebiet mit Zentralstellen in Moskau und Charkow, wie in Verbindung mit früheren Grubenbesitzern im Auslande und einigen ausländischen offiziellen Körperschaften gestanden hat, bewiesen sei. Die Namen der elf zum Tode verurteilten Angeklagten sind: Gorlecki, Bojarinow, Krshishanowski, Jusewitsch, Budni, Matow, Bratanowski, Beresowski, Bojarschinow, Kasarinow und Schadlun. Für die letzten sechs ist vom Gericht bei dem Zentralvollzugsausschuß der Sowjetunion Milderung der Strafe beantragt worden. Von den vierunddreißig zu Gefängnisstrafen Verurteilten erhielten Skorutto, Peter, Suschtschewski zehn Jahre, Baschkin, Kulgunow, Andrej Kolodub und Alexander Nekrassow acht Jahre Rabinowitsch sechs Jahre, sowie Kusma drei Jahre Gefängnis.

Weitere französische Stimmen zur Regierungserklärung.

Seydoux über die Rheinlandfrage.

Paris, 5. Juli. Ein Teil der Morgenpresse kommt noch einmal auf die Regierungserklärung Hermann Müllers zu sprechen, wobei besonders die Stellen über die Außenpolitik herausgegriffen werden. Der der Radikal-sozialistischen Partei nahestehende „Homme Libre" schreibt u. a.: Zweifellos hoffe Müller, daß Frankreich, Belgien und Großbritannien den von einem nach links orientierten Deutschland ausgesprochenen Wünschen günstiger gesinnt sein würden, als den Wünschen eines durch Männer der Rechten vertretenen Deutschlands. Dies sei jedoch ein Irrtum. Wenn die Besetzung des Rheinlandes auch keineswegs die im Jahre 1919 festgesetzte Grenze garantiere, so biete sie doch Gewähr für die vorschriftsmäßige Erfüllung der Reparationsverpflichtungen. Ohne daß Genf ein für allemal die Prozedur der militärischen Investigationen festgesetzt habe, könne Frankreich den Rhein nicht aufgeben. Der Wunsch Müllers nach endgültiger Regelung der Reparationen entspreche nicht nur dem Interesse des Reiches, sondern dem aller Gläubiger Deutschlands. Die gegenwärtige Lage sei vom juristischen Standpunkt aus sinnlos, da durch das gleichzeitige Bestehen der Londoner Abkommen von 1924 und 1924 Deutschland immer mehr verschulde, je mehr es die Bedingungen der Sachverständigen erfülle.

Im sozialistischen „Popolaire" schreibt Leon Blum: Die französischen Sozialisten hätten nicht erst die Bildung des Kabinetts Müller abgewartet, um zu verlangen, daß man der militärischen Besetzung ein Ende mache. Sie hätten diese Forderung vielmehr seit Jahren erhoben, und zwar in Erwägung der wahren Interessen Frankreichs. Die deutschen Sozialdemokraten handelten durchaus folgerichtig, wenn sie die Rheinlandsräumung forderten und die wahre Frage sei, zu wissen, wie Frankreich auf ihren Ruf antworte. Zum Schluß wirft Blum die Frage auf, ob die französische Regierung geneigt sei, in Uebereinstimmung mit den Interessen Frankreichs eine Politik der Unterstützung der republikanischen und demokratischen Parteien Deutschlands zu betreiben.

Die Steuersenkung vor dem Reichskabinett.

Berlin, 6. Juli. Das Reichskabinett hielt am Donnerstag nachmittag eine Sitzung ab, in der es sich mit Fragen der Steuerordnung beschäftigte. Die Sozialdemokratie drängt auf möglichst rasche Verwirklichung des Versprechens einer bedingten Senkung der Steuerbeträge bei Lohn und Einkommen bis zu 8000 Mark. Die Vorarbeiten zur Prüfung dieser Frage sollen im Finanzministerium beschleunigt betrieben werden.

Der Verfassungstag in Preußen.

Die Preußische Staatsregierung hat, wie amtlich mitgeteilt wird, beschlossen, zur Feier des Verfassungstages am 11. August die gleichen Anordnungen wie im vergangenen Jahre zu treffen. Es wird empfohlen, außerhalb der amtlichen Verfassungsfeier durch Anregung von sportlichen und anderen Veranstaltungen in der Bevölkerung für eine möglichst volkstümliche Feier des Verfassungstages Sorge zu tragen.

Räumung der besetzten deutschen Gebiete,

und da hat die Reichsregierung ihren Standpunkt klar und unzweideutig dargelegt. Wer meine Ausführungen darüber gehört hat, kann daraus nicht den Anlaß nehmen wie Graf Westarp, uns Mahnungen und Warnungen zu erteilen. Graf Westarp sollte auch bemerkt haben, daß die Regierungserklärung die Versuche, von dritter Seite in die Rheinlandfrage hineinzureden, in gar nicht mißzuverstehender Weise abgelehnt hat. Welche Schritte wir im einzelnen tun werden, kann Graf Westarp doch heute noch nicht zu wissen verlangen. Die Regierung muß im Augenblick sich auf ihre Ziele beschränken und wird sehen, was im gegebenen Augenblick zu tun ist. Wir sind auch keineswegs den Ostfragen ausgewichen. Ich habe auf das bestimmteste betont, daß wir den bisherigen Kurs der Außenpolitik weiter verfolgen; auch an dem Standpunkt, den der Außenminister und auch meine Fraktion zur Frage des Ost-Locarno wiederholt öffentlich eingenommen haben, hat sich nichts geändert. Den oberschlesischen Schulfragen werden wir uns selbstverständlich mit großem Interesse annehmen, da wir über ihre Bedeutung für die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens völlig klar sind.

Zum deutsch-polnischen Handelsvertrag

wird das Kabinett in der nächsten Woche unter Hinzuziehung der Verhandlungsführer Stellung nehmen. Was die Zollpolitik betrifft, so sind die Genfer Beschlüsse, eine internationale Vereinbarung, die von der vorigen Regierung vorbehaltlos anerkannt worden sind. Wir haben daran nichts zu ändern.

In bezug auf die Frage des Panzerkreuzers A muß von dem Beschluß der vorigen Reichsregierung ausgegangen werden. In dem Beschluß des Reichsrats vom 31. März 1928, dem der Reichswehrminister zugestimmt hat, wird die Tatsache der Bewilligung nicht in Frage gezogen, aber die Reichsregierung aufgefordert, vor dem 1. September nochmals zu prüfen, ob nicht wegen des mangelnden Gleichgewichts im Haushalt eine Beschränkung der Ausgaben möglich und vorläufig der Bau des Kreuzers zurückgestellt werden kann. Demgemäß liegt die Entscheidung über den Bau bei der Reichsregierung. Sie ist eine offene Frage, und der Reichswehrminister wird sich rechtzeitig mit dem Finanzminister in Verbindung setzen.

Daß

die Vorlegung eines Reichsschulgesetzes

nicht so einfach ist, hat der Auseinanderfall der letzten Regierung infolge des Schulgesetzes bewiesen. Ich habe keine Zweifel, daß eigentlich jede Regierung gewillt sein muß, ein der Verfassung entsprechendes Reichsschulgesetz vorzulegen. Es handelt sich nicht nur um die formale Erfüllung eines Versprechens der Regierung, sondern es wird auch von den Ländern auf die Einbringung hingedrängt. Die Regelung der Schulverhältnisse in den Ländern hat diese immer wieder veranlaßt, nach der Regelung der Schulfrage zu fragen.

Ueber Einzelheiten kann selbstverständlich erst nach Erledigung der notwendigen Vorarbeiten geredet werden. Die Reichsregierung ist im übrigen für jede sachliche Kritik dankbar. Wir haben Sie nur zu bitten, der Reichsregierung die Zeit zu geben, an die Inangriffnahme ihrer Arbeiten zu gehen. Wir gehen bewußt an die Arbeit, unsere Kraft einzusetzen für das Wohl und Gedeihen des deutschen Vaterlandes. (Starker Beifall links und in der Mitte.)

Abg. Dr. **Oberfohren** (Dnat.) meint, aus den Erklärungen der bürgerlichen Parteien habe wenig Vertrauen zu der neuen Regierung geklungen. Die Ausführungen des Abg. Dr. Scholz über das Verhältnis der Deutschnationalen zur Sozialdemokratie müßten scharf zurückgewiesen werden. Die Mittelparteien, so fährt der Redner fort, sollen nicht glauben, daß wir ihnen gegen die Sozialdemokraten beistehen werden, wenn sie deswegen Schwierigkeiten haben. Die von der Regierung geplante Nacherhebung der Vermögenssteuer würde mehr kosten, als sie einbringt. (Abg. Keil (Soz.): Das ist doch die Vorlage der Rechtsregierung!) In der Steuerfrage werden wir so lange nicht vorwärts kommen, wie diejenigen, die Steuern beschließen, die sie selbst nicht zahlen. Die in der Regierungserklärung angekündigte Mittelstandspolitik widerspreche dem sozialdemokratischen Parteiprogramm. (Lachen und Zurufe bei den Soz.) Wenn dem Mittelstand geholfen werden solle, müsse vor allem die Konkurrenz der reichseigenen Betriebe verschwinden. In der Sozialpolitik ließen sich große Ersparnisse ohne Kürzung der Leistungen erzielen. Bei der Arbeitslosenversicherung müßten für die Landwirtschaft diejenigen Bestimmungen beseitigt werden, die die Arbeitsunlust förderten. (Unruhe und Zurufe bei den Komm.) Die gegen die Kartelle geplanten Maßnahmen müßten auch gegen die sozialdemokratischen Konsumvereine angewandt werden. Die Revisionsmöglichkeiten des Dawesplanes müßten ausgenutzt werden. Die Regierungserklärung sei das Anerkenntnis des außenpolitischen Bankerotts, der hinter uns liege. (Große Heiterkeit bei der Mehrheit und Rufe: „Sie reden ja gegen die Rechtsregierung!") Die Ursache der außenpolitischen Niederlagen sei der Eintritt in den Völkerbund und der Dawesplan. (Rufe: „Den Sie ermöglicht haben!")

Reichsfinanzminister Dr. **Hilferding:**

Die Ausführungen meines Vorredners über den Dawesplan, für den er, wenn ich nicht sehr irre, selbst gestimmt hat, richten sich gegen die vorige Regierung. Sie hatte 1½ Jahre Zeit, eine große Politik in bezug auf den Dawesplan aufzuziehen. Sie hat aber nicht das Geringste getan. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Ausführungen über die Vermögenssteuer beziehen sich gleichfalls auf einen Gesetzentwurf der vorigen Regierung und ich fand es überhaupt sehr merkwürdig, daß der Herr Vorredner in dieser Weise den Dank an die vorige Regierung abgestattet hat, den Herr Graf Westarp von uns verlangt.

Nun zu meinem Verhalten während der Inflation. Ich erinnere an den Sturz des Ministeriums Cuno. Warum ist dieses Ministerium gestürzt worden? Nicht weil Sie (zu den Dnt.), die Sie damals die zuverlässige Stütze dieser Regierung gewesen sind, dazu die Initiative genommen haben, sondern weil damals vor den Toren dieses Hauses bereits die Massen aufmarschiert waren (Unruhe und Zurufe bei den Komm.) und niemand wußte, wie es am nächsten Tage in Deutschland überhaupt noch möglich sein sollte, eine Regierung aufrecht zu erhalten. (Stürmische Zurufe und andauernde Unruhe bei den Komm.)

Da war es die rettende Tat der Sozialdemokratie,

damals die Republik und die Demokratie zu sichern (lebhafte Zustimmung bei den Soz. und Dem.) und ich sage: es war in diesem Moment die größte Tat der Sozialdemokratie nach der Niederwerfung des Kapp-Putsches. (Anhaltende Unruhe und erregte Zurufe bei den Komm.) Die Währung ist doch in den letzten Monaten der Regierung Cuno unaufhaltsam gesunken. Es war doch so, daß die Ruhrkredite hunderte von Millionen monatlich erforderten.

Es war doch so, daß durch die Besetzung des Ruhrgebietes, durch den Abwehrkampf an der Ruhr die ganze deutsche Wirtschaft in Gefahr geriet, zum Stillstand zu kommen.

Glauben Sie denn, daß es damals irgendwo möglich gewesen wäre, von heute auf morgen die Währung zu retten? Damals standen sich sehr verschiedene Projekte entgegen. Ich habe aus politischen Gründen, um die Unterstützung der Landwirtschaft, um die Unterstützung auch der Deutschnationalen Partei hier im Hause bei diesem Rettungswerk möglichst zu erlangen, mich im wesentlichen auf ein technisches Kompromiß mit dem Projekt Helfferich eingelassen. Ich habe aber das Projekt Helfferich grundlegend geändert. Ich habe zunächst den gefährlichsten Gedanken, die Souveränität des Reiches zu Gunsten der industriellen und landwirtschaftlichen Organisationen über das Geldwesen, beseitigt und habe die Souveränität des Reiches über das Geldwesen gerettet. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. und bei der D. V.) Ich habe weiter den zweiten gefährlichen Gedanken des Helfferich'schen Projekts, die Anknüpfung des Geldwertes an den Roggenwert, beseitigt. Der Herr Reichskanzler Luther, mein unmittelbarer Nachfolger, sagt in seinem bekannten Buche: „Die weitere Entwicklung (fortgesetzte Zurufe bei den Komm.) mit dem außerordentlichen Schwanken der Roggenpreise dürfte gezeigt haben, daß die Anknüpfung an den Roggenwert höchst ungnädig gewesen wäre." (Hört! hört! und sehr richtig bei den Soz. und der D. V.) Ich möchte es noch schärfer ausdrücken:

Die Anknüpfung an den Roggenwert wäre ein nationales Unglück gewesen und daran ändern alle lyrischen Phrasen nichts.

In dem Helfferich-Projekt war vorgesehen, daß das Reich von der neu zu schaffenden Rentenbank einen Kredit von zwei Milliarden bekommen sollte. Das hätte nach meiner Auffassung die Gefahr einer Inflation bedeuten können. Ich habe diesen Kredit trotz der außerordentlichen prekären Lage der Reichsfinanzen heruntergedrückt auf 1,2 Milliarden und die Zukunft hat gezeigt, daß das die richtige Zahl gewesen ist. Aber das Entscheidende ist, daß keine Währung zu halten ist ohne Herstellung des Gleichgewichts im Budget. Diese Herstellung des Gleichgewichts im Budget war während meiner Ministerschaft im Finanzministerium gelungen und ich habe heute noch eine sehr dankbare Erinnerung und eine Bewunderung für die Tüchtigkeit und Energie, mit der damals die leitenden Herren mit mir zusammengearbeitet haben, darunter auch der spätere deutschnationale Minister Herr von Schlieben.

Der vierte und schwerwiegendste Vorwurf war in der damaligen Situation psychologisch sehr begreiflich. Es ist der Vorwurf, daß man nicht rascher gearbeitet habe. Wie war denn die Situation? Wir hatten zwar unsere Bereitwilligkeit erklärt, den passiven Widerstand abzubrechen, aber die Kredite gingen weiter. Sie sind lawinenhaft angewachsen und betrugen in den allerletzten Monaten hunderte von Gold-Millionen und das für dem immer weitergehenden Stillstand nicht nur der Rheinwirtschaft, sondern der gesamten Wirtschaft. Wenn man stabilisieren wollte, wenn man das Gleichgewicht im Budget herstellen wollte, so mußten diese Kredite zunächst abgestoppt werden. Das aber war bei der Lage der Dinge nicht von heute auf morgen zu machen. Ich habe schließlich trotz aller Widerstände doch durchsetzen können, daß diese Kredite zunächst vermindert und mit dem 15. Oktober vollständig eingestellt wurden. Das war schließlich die wichtigste Maßnahme, um die Stabilisierung überhaupt vornehmen zu können. Bevor aber diese Maßnahme durchgeführt werden konnte, ist das Kabinett gestürzt worden. Die Stabilisierung wurde dann von meinem Nachfolger durchgeführt. Aber der erste Entwurf trägt meine Unterschrift und im Reichstage habe ich den ersten Entwurf noch selbst begründet. Die später getroffenen Aenderungen sind meiner Meinung nach sekundärer Natur gewesen. Das ist der wirkliche Sachverhalt.

Jetzt, wo die Wahlen vorbei sind und wo sie (nach rechts gerichtet) kein agitatorisches Material mehr brauchen, möchte ich Sie bitten, endlich mit der alten Legende aufzuhören, nicht in meinem Interesse — aber lesen Sie, bitte, die französische nationalistische Presse. Das einzige Argument, das sie gegen diese Regierung hat, ist, daß eine Regierung, an der Sozialisten beteiligt sind, keine Sicherheit gibt für die Aufrechterhaltung des Gleichgewicht und der Stabilität.

Das Stichwort stammt nicht aus Paris, es stammt von der deutschen Rechtspresse.

(Lebhafte Zustimmung bei den Soz.. — Widerspruch rechts.) Wie damals, so sehe ich auch heute meine wichtigste Pflicht darin, unter allen Umständen das Gleichgewicht des Budgets aufrecht zu erhalten, unter allen Umständen die Währung, die meiner Meinung nicht im geringsten gefährdet, vielmehr sicher und fundiert ist, vor Verleumdungen zu schützen. (Bravo! Händeklatschen bei den Soz.)

Abg. **Stöcker** (Komm.) wirft den Sozialdemokraten vor, daß sie sich ganz unter den Einfluß der bürgerlichen Parteien begeben hätten. Minister Dr. Hilferding sei der willige Preisfechter der Bourgeoisie für den Kapitalismus.

Abg. **Strasser** (Natsoz.) bezeichnet die Regierungserklärung als eine Vorspiegelung falscher Tatsachen. Die wirkliche Regierungserklärung sei durch den Zwischenbericht des Reparationsagenten Parker Gilbert gegeben worden. Der jetzige Reichskanzler habe in Versailles das Todesurteil unterschrieben, das jetzt am deutschen Volke vollzogen wird. Nicht dem Volke wolle die Regierung helfen, sondern den Verbrechern durch Aufhebung der Todesstrafe. Der Redner erklärt schließlich: Es ist eine Schande, daß ein in Ostgalizien geborener negroider Jude hier als Reichsfinanzminister auftritt. (Große Erregung bei der Mehrheit.)

Präsident **Löbe:** Auf diese ungewöhnlich beschimpfende Bemerkung gegen ein Mitglied der Reichsregierung wende ich den § 91 der Geschäftsordnung an. Ich kann Ihr weiteres Verweilen in der Sitzung nicht mehr dulden und fordere Sie auf, den Saal zu verlassen. (Lebh. Beifall.) — Abg. Strasser trinkt noch ein Glas Wasser und verläßt dann langsam unter Entrüstungskundgebungen einzelner Sozialdemokraten den Saal.

Abg. **Alpers** (D. Hann.) vermißt in der Regierungserklärung ein Eintreten für die unterdrückten Deutschen Südtirols. Er verlangt eine Beschränkung des preußischen Einflusses im Reiche und erklärt, seine Freunde könnten der neuen Regierung nicht das Vertrauen aussprechen.

Abg. **Hillebrand**-Schlesien (D. Bauernpartei) begrüßt in der Regierungserklärung die Sätze, in denen die Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft und der Siedelung zugesagt wird.

Abg. **v. Lindeiner**-Wildau (Dnat.) erklärt in einer persönlichen Bemerkung, die beschränkte Redezeit mache es den Deutschnationalen unmöglich, auf die letzten Ausführungen des Ministers Hilferding zu antworten. Das Schweigen dürfe nicht als Zustimmung gedeutet werden.

Präsident **Löbe:** Der Aeltestenrat hat auf meinen Vorschlag den nationalsozialistischen Antrag zugelassen, weil er sich vorbehalten will, durch eine Aenderung der Geschäftsordnung in Zukunft vorzubeugen, daß Abgeordnete Anträge einbringen, für die sie selber nicht stimmen. (Abg. Stöhr (Natsoz.): „Dann können wir ja überhaupt keine Anträge mehr stellen!" — große Heiterkeit.)

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird in namentlicher Abstimmung mit 286 gegen 131 Stimmen bei 24 Enthaltungen beschlossen, daß an erster Stelle nicht über den Vertrauensantrag der Nationalsozialisten, sondern über den Billigungsantrag der in der Regierung vertretenen Parteien abgestimmt wird. Für den Vorrang des nationalsozialistischen Antrages haben die Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten gestimmt.

Die dann folgende namentliche Abstimmung ergibt die Annahme des Antrags:

Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung und geht über alle anderen Anträge zur Tagesordnung über.

Für den Antrag sind 261 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der bayerischen Volkspartei abgegeben worden. Dagegen haben 134 Stimmen abgegeben die Kommunisten, Deutschnationalen Nationalsozialisten, Christl.-nationale Bauern und Deutsch-Hannoveraner. Stimmenthaltung übten 28 Abgeordnete der Wirtschaftspartei und der Deutschen Bauernpartei.

Die mit der Beratung des Regierungsprogramms verbundenen kommunistischen Anträge zu sozial-wirtschafts- und steuerpolitischen Fragen werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. — Als gegen den Widerspruch der Kommunisten und Deutschnationalen der gegen den Bau des neuen Panzerschiffes gerichtete kommunistische Antrag nicht sofort verabschiedet, sondern dem Haushaltsausschuß überwiesen wird, kommen von den Kommunisten lebhafte Pfui-Rufe. —

Um 4¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag, den 10. Juli, 3 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Vorlage über den Nationalfeiertag, das neue Strafgesetzbuch und kleinere Vorlagen.

Die andere Welt.

Von Marianne Bruns.

1] (Nachdruck verboten.)

Paul bog, die Schulter werfend, scharf um die Straßenecke. Er schwank das rechte Bein im Bogen und stampfte auf. Sein Hosenrand war voll Schnee. Herunter damit!

„Je längere Schritte, desto weniger Schuhsohlen", das war seine neueste Erfindung. „Je kürzer der Weg, desto weniger Schritte", diesen Lehrsatz kannte und befolgte er schon, als er seine Laufburschenstellung antrat. Er hatte Schlosser gelernt und keine Arbeit gefunden, war Laufbursche geworden und betrieb seinen Beruf mit Hingabe. Er las täglich Sportberichte und studierte die Technik berühmter Läufer mit Hilfe seines Freundes, der Leichtathlet im A.S.V. war. Sobald er ihn wieder traf, wollte er über Langschritt-Technik mit ihm reden.

Er überquerte schräg die Gasse, um abzuschneiden und probierte einen Springschritt. Beinahe hätte er zwei junge Herren angerannt, die ihm entgegenkamen. Haarscharf schoß er an ihnen vorbei. Da auch sie stark ausschritten, prallte ihm im Vorbeigehen die Luft, die sie beiseitedrückte, ins Gesicht. Trotz seines Eifers stelle er fest: Zigaretten, Seife — — junger Mann. Ja, er faßte mit einem Augenwinkel die Gestalt des einen der Herren und drehte sich um. War das nicht der Student, von dem er Geld kassieren sollte? Hugo Plenger bei Reimann, Karlstraße 30? Student war er gewiß. Hier war die Universität. Er ging gerade darauf zu. Paul zögerte einen Augenblick: Zurückgehen verboten seine Grundsätze. War das aber wirklich „sein" Student — und das war er, zum Teufel! Paul glaubte sogar die Hose wiederzuerkennen, die er ihm vor drei Monaten abgeliefert hatte! — So gewann er Zeit. Er machte kehrt und folgte nach. „Die laufen so rum", dachte er, „als ob Schuhsohlen nichts kosteten! Als ob Gehen ein Kinderspiel wäre! Schiefe Absätze haben sie auch nicht!" — „Vermutlich ein Rückfall über die Kaufmannschaften seit Cyprian von Antiochia" — sagte der junge Mann mit wichtiger Handbewegung zu seinem Begleiter hin. Es muß doch ganz angenehm sein, gar nicht zu wissen, daß man geht! — —

„Verzeihen Sie, Herr Dr. — —". Aber der junge Mann, der sich nun umdrehte, war doch nicht der Gesuchte.

Indessen war Paul nun schon im Flur der Universität. Es kam warm aus der Vorhalle. In den Gängen Heizkörper. Er sah an sich herunter. Wie ein Lump sah er keineswegs aus. Er hatte anständige Sachen an. Hinein? Da hinein und sich wärmen? Er lugte mißtrauisch. Ob die einander erkannten, hier drinnen? Ob sie irgendein Abzeichen oder Geheimwort hatten? ‚Es riecht hier so verdammt! Etwas liegt in der Luft!' Er schnupperte, obwohl es nicht eigentlich mit der Nase zu riechen war. Die Wärme lockte. Selbst im Geschäft war er heute nicht warm geworden. Er hatte dreiviertel Stunden lang im zugigen Flur warten müssen. Er würde heute noch die halbe Nacht vor dem Bahnhof im Schnee stehen und konnte dann nicht einmal mehr bei seinem Mädel schlafen.

Paul ging also hinein, lehnte sich an einen Heizkörper und schloß die steifen Hände um die warmen Röhren. Nahm er sich schon einmal Ruhe, so tat er es gründlich und genoß sie voll. Er brachte sich in die wärmste und bequemste Lage, döste aber nicht, sondern sah sich um. Gegenüber öffnete sich eine Saaltür. Sie strötzten nicht gerade von Leben, die jungen Leute, die da herauskamen! Und eine trockene, verbrauchte Luft quoll mit. Nicht gut. Mädchen waren auch dabei. Ach, Mädchen! Meta würde diese Sorte nicht für voll rechnen!

Plötzlich überkam den sich wärmenden Laufjungen Lust, zu erfahren, was das eigentlich sei: Studieren, Kolleg, Universität. Er überlegte, ob er nicht hineingehen und eine Stunde zuhören sollte. „Es wird wahrscheinlich kein Entree kosten," dachte er, entschlossen, nichts auszugeben. Er wollte erst sehen, was die anderen täten. Sie gingen frank und frei hinein. Und kümmerten sich nicht viel umeinander. Paul überlegte: Er verlor am Bahnhofe 30, vielleicht auch 50 Pfennige, höchstens 1,50 Mark. Aber am Ende blamierte er sich hier irgendwie? Oder es wurde am Schluß doch noch kassiert? — Oder er verstand nichts! Verstand nichts? Er war doch nicht auf den Kopf gefallen! Es würde ja wohl immerhin deutsch sein, was so einer redet. Vermutlich eine Spezialart, wie Installations- oder Geschäftsdeutsch. Das wäre wohl zu schaffen. — Was aber würde der Mann reden? Ihm fiel ein, daß auch Pastoren auf der Universität ausgebildet werden, und er verspürte keine Lust, eine Stunde lang Bibelstellen anzuhören. Jedoch: Gab es nicht auch juristische Vorlesungen? Vielleicht wäre dabei etwas Nützliches zu erfahren. Wie man einen Vertrag schreiben muß, oder wie man sich auf dem Gericht zu benehmen hat. Noch besser — das durchzuckte ihn wie ein Blitz, und schon ließ er den Heizkörper los — wenn er etwas Medizin erfahren könnte! Vielleicht würde über Abtreibung gesprochen! Vielleicht konnte er lernen, wie man einem Mädel ein Kind abreiben kann, ohne daß es draufgeht. Der Gedanke machte ihn schwindlig. Das war doch vollkommen verrückt! Die Männer in diesen abgeschlossenen Räumen sollten das lernen, und die Mädels draußen wußten nichts, fraßen zu Hunderten Schmierseife und kamen um, ohne daß einer ihnen half! Verrückt! Er spähte noch einmal aus, ob irgendwo eine Kasse wäre und setzte sich schnell hin. Die anderen hingen ihre Mäntel an die Haken. Er behielt seine Windjacke an. Was man am Leibe hat, ist sicher. Er stand noch einmal auf und wählte einen günstigeren Platz am Mittelgang. Die hintere Saaltür war leicht zu erreichen. Das Katheder nicht allzu weit entfernt, aber auch nicht zu nahe.

Er war in das Faust-Kolleg eines berühmten Literatur-Historikers geraten. Ehe er sich noch ganz zurechtgesetzt hatte, donnerten plötzlich, sodaß er zusammenfuhr, die Füße der Studenten gegen den Boden, und der Dozent stand auf dem Katheder. Das Donnern hatte Paul aus der Fassung gebracht. Er selber bemühte sich in dem fremden und hohen Raum, leise zu sein. Und diese jungen Leute trampelten! Weiß Gott, was noch Seltsames bevorstehen mochte. Nun — er setzte sich gerade — ich bin nicht dieser und jener. Ich habe schon manchen Igel verkehrt durch ein Nadelöhr gezogen. Mal hören.

Er hörte also. Verstand aber nichts. Was? Wie war das? Worte. Worte. Ein wahrer Strom von Worten. Der Herr am Pult bewegte den Mund und die Hände. Aber wozu, um Himmelswillen! Paul verstand nichts. Es war der reine Spuk. Er sprach auch deutsch. Deutsch wohl. Aber begreifen? Nichts. Ruhe! Fassung! Die Zähne zusammen! Paul behielt dem Klang nach einige Worte im Kopf — er hatte solche Worte nie gehört — und kaute daran herum, während die Rede weiterfloß und ihn zurückließ. „Bewußtwerdung", was sollte das sein? „Faustischer Drang". — „Erkenntnis, nicht als das Erfassen, Lösen und Feststellen eines Teils aus dem Fluß des Unendlichen, sondern Erkenntnis begriffen als das Mitströmen in jenem Flusse, als volle jubelnde Hingabe mitten in die Kraft der Strömung hinein als in ein vertrautes Element." Erkenntnis als Mitströmen — ach Gott —. Erkenntnis als — —. Es würgte in ihm nach. Vergebens. Und doch fühlte Paul genau: der Herr auf dem Katheder meinte etwas Wirkliches. Er wußte nicht wieso, er verstand ja nichts. Aber er fühlte es. Autorität strömte aus. Begründete Autorität. Paul konnte nicht dagegen an. Er sank in sich zusammen. Die Worte begruben ihn. Er fühlte sich arm, klein, elend. Nein, nur nicht so zusammensinken! Nur nicht etwa einschlafen! Das ging gegen seinen Ehrgeiz. Aber schwierig war das! Der Saal war überheizt. Sein Körper quoll förmlich auf und wurde schwer und voll. Paul kannte ein Mittel gegen Erschlaffung: An der Fingerspitze saugen und so oft wie möglich schlucken. Er tat es und sah dabei fest auf den Mund des Redners.

(Fortsetzung folgt.)

Briand zur Räumungsfrage.

Paris, 5. Juli. (Eig. Drahtb.) Die Aufnahme der deutschen Regierungserklärung durch die hiesigen offiziellen Kreise ist um vieles günstiger als es die Kommentare der nationalistischen Presse anfänglich glauben ließen. Im Ministerrat nahm Briand am Donnerstag Gelegenheit, sich über die deutsche Forderung nach der Räumung des Rheinlandes zu äußern. Der Außenminister gab der Ansicht Ausdruck, daß die entsprechenden Erklärungen Hermann Müllers hätten erwartet werden müssen. Frankreich, so führte er weiter aus, habe jedoch keine Ursache, hierzu Stellung zu nehmen, solange nicht ein offizielles Räumungsgesuch vorliege. Sicherlich werde Deutschland im Herbst ein solches Gesuch stellen, das dann auf der Völkerbundstagung im September besprochen werden könne. Auf jeden Fall sei es angebracht, daß sich die Minister schon jetzt eingehender mit der Frage befaßten, um sich gegebenenfalls rasch eine Meinung bilden zu können, so daß dann ein baldiger Kabinettsbeschluß zustande kommen könne.

In bezug auf den litauisch-polnischen Konflikt erklärte Briand, daß nach den neuesten Depeschen eine gewisse Entspannung zu verzeichnen sei und Woldemaras eine versöhnlichere Haltung einnehme.

Vandervelde fordert die Aufhebung der Rheinlandbesatzung.

Brüssel, 5. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Brüsseler Bezirksverband der Sozialdemokratischen Partei hielt Vandervelde am Donnerstag ein Referat über die politische Lage Belgiens und den Kampf gegen die Militärvorlage der Regierung. Vandervelde wandte sich insbesondere gegen die starke Erhöhung der Militärausgaben, die der Regierungsentwurf notwendig machen würde. Im Laufe der Debatte der Militärkommission — so führte Vandervelde aus — wurde der Beweis erbracht, daß es die Rheinlandbesetzung ist, die uns zur Vermehrung der Militärausgaben zwingt. Schon aus diesem Grunde müssen wir die Beendigung dieser Besatzung fordern, die wirkungslos und zwecklos ist, die uns keinerlei Sicherheitsgarantien bietet, da sie für alle Fälle im Jahre 1935 aufhören muß.

In der Kammer wird übrigens der Kampf der sozialistischen Fraktion gegen den Versuch der Regierung, die Militärvorlage noch vor den Ferien durchzupeitschen, mit unveränderter Energie fortgesetzt. Auch am Donnerstag konnten die Sozialisten wiederum die Beratungsunfähigkeit der Kammer durchsetzen und die Vertagung der Sitzung erzwingen. Alle Bemühungen der Regierungsparteien, ihre Mitglieder zur restlosen Teilnahme an den Sitzungen zu bewegen, waren bisher ohne Erfolg. In der Nachmittagssitzung des Donnerstags kündigte Vandervelde deshalb an, daß die Sozialisten unter den gegebenen Umständen an keiner Abstimmung mehr teilnehmen würden. Die Regierungsparteien haben nunmehr in allen Fällen für die Anwesenheit von mindestens die Hälfte aller Abgeordneten zu sorgen, wenn das Haus überhaupt noch verhandlungs- und beschlußfähig sein soll. Das bedeutet, daß die Abgeordneten der Mehrheit dauernd fast vollzählig anwesend sein müssen. Man wird abwarten müssen, ob sie das schaffen können. Wenn nicht, dann ist die Vertagung der Militärreform und voraussichtlich eine Krise im Herbst kaum zu vermeiden.

Gespannte Beziehungen zwischen Rußland und Japan?

Wie aus Tokio gemeldet wird, ist als Folge der Annahme des Gesetzes zur Bekämpfung des Kommunismus durch den Thronrat eine gewisse Spannung in den russisch-japanischen Beziehungen eingetreten. Der Thronwart hat dem Kabinett empfohlen, die Behauptungen, nach denen die japanischen kommunistischen Vereinigungen durch die Moskauer Internationale unterstützt würden, und die Sowjetbotschaft in Tokio den kommunistischen Werbern als Hauptstelle diene, nachzuprüfen. Der japanische Ministerpräsident bezeichnet die Gerüchte als falsch, wonach ein Bruch in den Beziehungen zwischen beiden Ländern bevorsteht.

Friedensangebot der Mandschurei?

Paris, 5. Juli. Einer Privatmeldung des „Petit Parisien" aus Schanghai zufolge, machte der Sohn Tschangtsolins, der Diktator der Mandschurei, der nationalistischen Regierung ein Friedensangebot, wobei er sich verpflichtete, die nationalistische Flagge, sowie die Grundsätze Sunyatsens anzuerkennen. Nanking dürfte den Vorschlag annehmen.

Die Auflösung der griechischen Kammer beschlossen.

London, 5. Juli. Nach den Meldungen aus Athen hat die neue griechische Regierung am Mittwoch die Auflösung der Kammer beschlossen. Minister Sophulis wurde beauftragt, mit den Parteiführern Besprechungen darüber abzuhalten, ob sie einer Verschiebung des in der Verfassung vorgesehenen Zeitpunktes für die Neuwahlen um 14 Tage ihre Zustimmung erteilen wollen. Sollten diese Verhandlungen scheitern, so wird die Kammer am Sonntag aufgelöst und die Neuwahl auf den 19. August ausgeschrieben werden.

Der 26. Warschauer Weltfriedenskongreß

(Schluß.)

Wenn man den Feingehalt an sachlicher Förderung des Pazifismus auf dem Warschauer Friedenskongreß aus der Fülle des bunten reizvollen gastlichen Kongreßlebens herauslösen will, so ist in erster Reihe zu sagen: die Einsicht „Frieden durch Wirtschaftsverständigung" beginnt immer weitere Kreise zu ergreifen. Die von ökonomischen Laien oft vertretene Auffassung, daß rein privatwirtschaftliche internationale Unternehmerverbände ein Mittel zu sicherer Friedensorganisation seien, wurde von Genossen Dr. Richard Lewinsohn (Berlin) stark angezweifelt. Er forderte eine internationale beim Völkerbund einzurichtende Kontrolle solcher Kartelle und Trusts. Eine entsprechende Entschließung, die Bildung eines internationalen Wirtschaftsrats beim Völkerbund nach dem Vorbild des Internationalen Arbeitsamts vorzunehmen, wurde einstimmig angenommen. Ebenso wurde allseitig gebilligt ein Vorschlag Dr. Lewinsohns über ein ganz bestimmt geordnetes Schlichtungseingreifen des Völkerbundes spätestens drei Monate nach Ausbruch eines Wirtschaftskrieges. Auch diese Gedanken wurden in einer Resolution zusammengefaßt.

Die Frage des polnischen Handelsvertrages spielte selbstverständlich auf dem Kongreß eine große Rolle. Der endliche baldige Abschluß des für beide Länder lebensnotwendigen Vertrages wurde in einem von dem polnischen Delegierten Prof. Henryk Tennenbaum mit den Deutschen vorher durchgesprochenen Antrage energisch gefordert.

Daß es über die Fragen der politischen Grenzziehung und des polnischen Korridors in Polen keinerlei Diskussion gibt, war den Kennern polnischer Einstellung nichts neues. Sicherung der Grenzen, wie sie jetzt als Realität bestehen, rascheste Verständigung mit Deutschland, aber nur auf dem sogenannten Status quo ist ihr einheitliches Ziel. Der wunde Punkt des polnischen Korridors wird selbst auf der gleichzeitigen Tagung der pazifistischen Jugend Deutschlands, Polens und Danzigs nicht berührt. Als Ergebnis der Jugendtagung ist vor allem die Gründung eines ständigen Austauschbüros für deutsch-polnische Zusammenarbeit zu nennen, dessen Sitz von Jahr zu Jahr wechselnd in Deutschland und Polen sein soll.

Aus der Arbeit des Kongresses selbst sind noch besonders zu erwähnen eine an den bisherigen Völkerbundsverhandlungen scharfe Kritik übende Abrüstungsresolution. Die Methode der Abrüstungsverhandlungen wird als völlig unzureichend hingestellt. Wenn man sich über die Technik der Abrüstung im Völkerbund nicht einigen könne, so müßten die Rüstungen aller Länder systematisch herabgesetzt werden. Ein neues Wettrüsten, Zusammenbruch des Völkerbundes und ein neuer Weltkrieg wären die Folge.

Ueber die Bedeutung des KelloggPaktes gingen die Meinungen der Pazifisten ziemlich auseinander. Nach einem sachlichen Referat von Prof. Quidde betonte in der Aussprache Prof. Wehberg die Bedeutung der deutschen Regierungsanträge im Genfer Sicherheitsausschuß. In einer Entschließung wurde die Bedeutung des Kellogg-Paktes anerkannt, darüber hinaus aber ein pazifistisches Programm internationaler Rechtsordnung gefordert. Die Arbeiten und entsprechenden Entschließungen der Aktualitätenkommission befaßten sich in erster Reihe mit Minderheitenfragen und den Freiheitsbestrebungen des chinesischen Volkes.

Eine starke persönliche Note, die ihren Eindruck nicht verfehlte, brachten in den Kongreß hinein vor allem der rhetorisch sehr gewandte frühere Pariser Abgeordnete Le Foyer, der 82jährige französische Nobelpreisträger Buisson, General von Schönaich, dessen persönliche Erinnerungen an die polnischen Weltkriegsschauplätze und die furchtbare Sinnlosigkeit des Krieges die Kongreßteilnehmer bewegten. Auch Helmut v. Gerlach fand vielfach interessierte Zuhörer.

Mitgewirkt an der Organisation dieses im ganzen eindrucksvollen und fruchtbaren Kongresses hatte vor allem auch die polnische Sektion der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, die sich schon im Vorjahre durch ihre deutsch-polnische Grenzkonferenz im Verein mit der Beuthener und Breslauer Ortsgruppe als Vorkämpferin für deutsch-polnische Verständigung erwiesen hatte. K. M.

Die Krise der deutschnationalen Prinzipien.

Die Deutschnationale Volkspartei hat den Höhepunkt ihrer Entwicklungskurve überschritten. Ihr Aufstieg begann, als einst Helfferich nach der Wahl des Jahres 1920, am Beginn der Inflation und ihrer Wirren, das Bild des deutschen Kaiserreiches heraufbeschwor und die Erinnerung an das wilhelminische Reich zum Kampfpanier der Deutschnationalen machte. Welcher Sprecher der Deutschnationalen im deutschen Reichstage würde es heute noch wagen, jene Sätze von Helfferich zu wiederholen: „Da steigt vor unserem Auge das Bild des deutschen Kaiserreiches empor . . ." Ein stürmisches Gelächter würde solchem Bekenntnis antworten. Graf Westarp, einst Führer der Konservativen Partei, hat es ebenfalls nicht gewagt, dem Programm der Regierung Hermann Müller Erinnerungen an das Kaiserreich entgegenzustellen. Nicht einmal ein theoretisches Bekenntnis zum Monarchismus!

Das Reich Wilhelm II., das Bekenntnis zum monarchischen Prinzip ist für die Deutschnationalen nicht mehr Kampfpanier, ja nicht einmal mehr einheitliche Parteiideologie. Die konservativen Republikaner buddeln am Wortlaut des überlieferten Programms in der Partei, das nach nicht einem Jahrzehnt schon überholt ist. Wenn auch die Schemen der Vergangenheit krampfhaft den Versuch unternehmen, den deutschnationalen Parteimitgliedern lebendiges, monarchisches Gefühl im Volke vorzureden, so können sie doch über die wahre Situation der Deutschnationalen nicht hinwegtäuschen. Wer lacht z. B. nicht, wenn ein Generalleutnant von Cramon in der deutschnationalen Presse erzählt, daß aus allen Schichten des deutschen Volkes die Frage erklingt: „Wann kommt die Monarchie wieder?" Das glaubt ihm keiner. Man stellt nur fest, daß selbst Herr Cramon die Frage nicht lauten läßt: Wann kommt der Kaiser wieder?

Für die Kreise in der Deutschnationalen Volkspartei, die am monarchistischen Programm festhalten, lautet die Frage nicht einmal: Wann kommt die Monarchie wieder? Sie lautet nur: Aufrechterhaltung der monarchistischen Programmsätze, der Forderung nach dem Bekenntnis zur Monarchie bei allen Parteimitgliedern. Die monarchische Frage ist auch bei ihnen aus der Sphäre der praktischen Politik verschwunden. Sie ist zu einer weit entfernten Zukunftsforderung geworden, zu einer nicht mit der praktischen Politik im Zusammenhang stehenden Ideologie, die höchstens noch für Werbungszwecke benutzt wird.

Die Differenz zwischen Herrn Lambach und der Mehrheit der Deutschnationalen Reichstagsfraktion besteht darin, daß Lambach die Verpflichtung auf diese Ideologie aufheben will. Lambach hat einen gesunden realpolitischen Blick. Es ist ihm Angst um die Jugend. Er sieht, daß seine Partei eine aussterbende Partei ist, daß das Bekenntnis zur Monarchie den politischen Nachwuchs von seiner Partei fernhält. Er hat nach dem Beschluß der Deutschnationalen Reichstagsfraktion, der ihn als reumütigen, sich unterwerfenden Sünder erscheinen ließ, seinen Standpunkt noch einmal präzisiert. In einem Aufsatz, der gleichzeitig im „Deutschen" und in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht wird, setzt er sich mit dem Fraktionsbeschluß auseinander. Er stellt die Frage nach der politischen Heimat christlicher, nationaler und konservativer junger Menschen, denen die Monarchie nicht mehr Erlebnis ist. Er will ihnen den Weg zur Deutschnationalen Volkspartei öffnen, den ihnen das Bekenntnis zur Monarchie versperrt. Er versichert, daß diese jungen Menschen keine Anhänger der parlamentarischen Republik im Sinne der Verfassung von Weimar seien — aber auch nicht legitimistische Monarchisten. Er zieht eine außerordentlich scharfe Grenze gegenüber dem Legitimismus, indem er betont, daß die Jungen es nicht vor ihrem Gewissen verantworten könnten, sich in den Dienst der Restauration der legitimen Dynastien zu stellen.

Diese Erklärung des Herrn Lambach über seine Stellung ist sehr interessant, weil sie zeigt, auf welchem Standpunkt er selbst steht. Er ist nicht Legitimist, sondern nur Monarchist. Er bekennt sich nicht zu den Restaurationsbestrebungen der ehemaligen Dynastien, er vertritt nur eine theoretische, staatsphilosophische Anschauung. Wobei es offen bleibt, ob diese Anschauung auf eine konstitutionelle Demokratie mit einem Monarchen an der Spitze, also auf eine Anerkennung der Volkssouveränität hinausläuft oder auf ein Bekenntnis zum Gottesgnadentum. Das ist etwas ganz anderes, als man aus der kurzen Erklärung der Deutschnationalen Reichstagsfraktion herauslesen mußte. Herr Lambach hat sich nicht, wie diese Erklärung vorspiegelte, löblich unterworfen. Er hält fest an dem, was er öffentlich vertreten hat. Diese Erklärung des Herrn Lambach enthält zugleich eine schwere Anklage gegen die Deutschnationale Reichstagsfraktion. Er wirft ihr vor, daß sie sein Schreiben an den Grafen Westarp nur bruchstückweise verwertet und damit in der Oeffentlichkeit Gelegenheit zu ihn herabsetzenden Kommentaren gegeben habe. Als Antwort auf diese Methode veröffentlicht er den folgenden Wortlaut seines Schreibens:

„Mit Bedauern habe ich feststellen müssen, daß mein Aufsatz „Monarchismus" aus der „Politischen Wochenschrift" Diskussionen ausgelöst und Mißverständnisse hervorgerufen hat, die sich von den Absichten meiner Veröffentlichung weit entfernten. Aus den Erfahrungen des Wahlkampfes heraus wollte ich gerade als Monarchist, als den mich erfreulicherweise auch die Presse, die mich und mein Wirken näher kennt, angesprochen hat, die Frage zur Besprechung stellen, wie es möglich sei, die jugendlichen Kreise, denen die Monarchie nicht mehr persönliches Erlebnis sein kann, für die deutschnationale Gedankenwelt und damit auch für den konservativen Gedanken eines geheiligten Führertums zu gewinnen. Ich lege Wert darauf, diesen Grundgedanken und diese Ziele meiner Veröffentlichung eindeutig herauszustellen, bedaure, wenn einzelne mißverständliche Aeußerungen meine Absichten verdunkelt haben sollten und hoffe, daß nach dieser Erklärung diese weitere Erörterung der ganzen Frage positive Ergebnisse zugunsten der deutschnationalen Gedankenwelt, wie sie in unserem Parteiprogramm ihren Niederschlag gefunden hat, zeitigen wird. Ich darf aber auch wohl vermuten, daß diese Absichten nicht wieder durch Veröffentlichung verletzender Anträge unzuständiger Stellen, wie sie durch den Landesverband Hamburg der Partei vorgenommen worden sind, gestört und erschwert werden."

Die Entschließung der Deutschnationalen Reichstagsfraktion, die nur zwei Worte aus diesem Schreiben benutzt, ist also eine glatte Fälschung, eine Fortsetzung des Systems der Vertuschung und eine Lüge gegen die eigenen Anhänger, ein Versuch, durch Diskreditierung Lambachs die Diskussion abzuwürgen. Gegenüber diesem Versuch stellt Lambach fest:

„Es scheint danach, als ob die ganze Fragestellung durch jenen Fraktionsbeschluß zum Schweigen gebracht worden sei. Die das glauben, täuschen sich."

Die Diskussion werde weitergehen, selbst wenn er schweigen wollte. Klarer kann man nicht aussprechen, daß die Deutschnationale Partei an einem Krisenpunkt ihrer Entwicklung angelangt ist, der nicht mehr vertuscht werden kann.

Inzwischen wächst die Zustimmung der deutschnationalen Angestellten zu der Haltung Lambachs. Die vereinigten Landesangestelltenausschüsse der Deutschnationalen Volkspartei für Berlin und Potsdam I und II haben eine Entschließung gefaßt, in der die Aussprache über die grundlegenden Sätze der Parteiverfassung, die sich mit der monarchistischen Frage befassen, begrüßt wird. Die Haltung Lambachs wird als eine Tat bezeichnet, der Antrag auf Ausschluß Lambachs eine Bedrohung der Deutschnationalen Volkspartei in ihrer Gesamtheit genannt. In dieser Entschließung ist das Wesen der Krise der Deutschnationalen scharf formuliert. Solche Krisen lassen sich nicht durch fälschende Entschließungen, auch nicht durch Machtsprüche höchster Parteiinstanzen lösen!

Die 80 Millionen-Anleihe des preußischen Staates,

von der die Sparkassen 30 Millionen übernommen hatten, ist überzeichnet worden. Wie wir erfahren, konnte die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, das ihr zugewiesene Kontingent im Gegensatz zu den Privatbanken mehrfach unterbringen.

Spitzel Semmelmann vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 5. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts befaßte sich in den letzten Tagen mit einem üblen Spitzel, einem Vertreter Georg Semmelmann aus München. Semmelmann wurde von dem flüchtigen Lehrer Braun als Nachrichtenleiter der Kommunistischen Partei in München eingesetzt. Er versuchte u. a. die Rechtsverbände, sowie das Reichsbanner zu bespitzeln. Der Angeklagte war mit falschen Papieren in die verschiedensten Formationen eingetreten und stand zeitweise als Oberleutnant bei einem Freikorps in Oberschlesien. Damals wurde er wegen Waffendiebstahls und Verschiebung zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt. Nachdem er in den rechtsradikalen Verbänden Olympia u. a. m. seine Tätigkeit ausgeübt hatte, trat er zur KPD. über. Bei der KPD. wurde er zu Spitzeldiensten verwendet.

Der Reichsanwalt bezeichnete Semmelmann als den typischen Parasiten der Gesellschaft, der seine Straftaten nicht aus politischer Ueberzeugung, sondern nur aus verbrecherischer Neigung begangen habe. Semmelmann habe sich des Betruges, der Urkundenfälschung in 70 Fällen und der Unterschlagung schuldig gemacht. Auch wegen Vorbereitung zum Hochverrat sei er zu bestrafen. Er beantragte 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 3 Jahre Ehrenrechtsverlust. — Das Urteil wird am Freitag verkündet werden.

Die Koalitionsverhandlungen in Bayern.

München, 5. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die seit acht Tagen zwischen den bisherigen drei Bürgerblockparteien zur Neubildung einer Regierung geführten Verhandlungen wurden am Donnerstag nachmittag ergebnislos abgebrochen. Nachdem schon eine weitgehende Uebereinstimmung über das künftige Koalitionsprogramm zustande gekommen war, handelte es sich bei den Besprechungen am Donnerstag um die Besetzung der Ministerien. Auf Grund seines Mandatszuwachses verlangte der Bauernbund im neuen Kabinett zwei Ministerien, darunter wiederum das Landwirtschaftsministerium, für das er dessen bisherigen Inhaber, Professor Dr. Fehr, präsentierte. Beiden Ansprüchen widersetzten sich die Unterhändler der Bayrischen Volkspartei, die durch den Beschluß ihres Landesausschusses gebunden sind, das Landwirtschaftsministerium nicht mehr mit einem Vertrauensmann des Bauernbundes besetzen zu lassen. Die Gegnerschaft der Bayrischen Volkspartei richtete sich insbesondere gegen Fehr, dem man vorwarf, daß er während seiner Amtszeit als Landwirtschaftsminister dieses Ministerium zu einer Parteizentrale des Bauernbundes gemacht habe. Der Landesausschuß der Bayrischen Volkspartei ist für Montag nachmittag nach München einberufen worden.

Letzte Nachrichten.

Selbstmord Löwensteins?

In einer in Brüssel verbreiteten Sonderausgabe der „Independence Belge" gibt eine Brüsseler Persönlichkeit aus der Umgebung Löwensteins einen Bericht, aus dem folgendes interessant erscheint:

Löwenstein selbst habe empfunden, daß seine Bestrebungen der letzten 1½ Jahre, bezüglich der Schaffung eines Elektrizitätstrusts nicht den gewünschten Erfolg gehabt hätten. Nachdem nun in der letzten Woche ein Versuch, maßgebenden Einfluß auf die Bank von Brüssel zu gewinnen, gescheitert wäre, hätte eine englische Bankgruppe ihm einen Kredit von 200 Millionen verweigert. Dadurch sei die Lage Löwensteins sehr heikel geworden. Die Rückwirkungen des Todes Löwensteins auf die Brüsseler Börse sind katastrophal.

Blutige Kämpfe bei französischen Truppenmanövern.

Wie der sozialistische „Populaire" meldet, ist es bei dem großen französischen Truppenmanöver in Marokko zu blutigen Kämpfen gekommen, die von der französischen Regierung geheim gehalten wurden. Bei einem dieser Kämpfe seien die Franzosen regelrecht geschlagen worden und hätten einen Offizier und 16 Mann verloren. Die Eingeborenen, die auf französischer Seite gekämpft hätten, hätten sehr schwere Verluste.

SAISON-

Jetzt gilt's! Jetzt gilt's! AUF

Unser Ausverkauf

Ist die Sensation von Breslau. Tausende haben es in diesen Tagen anerkannt! Tausende haben sich die Vorteile unserer Angebote zu Nutze gemacht! / Kommen Sie auch baldigst, wir raten Ihnen gut, diese einzigartige Kaufgelegenheit wahrzunehmen. — — **Jetzt gilt's!**

Frauenhüte aus bestem Material, extra weit 2.90
Jugendliche Hüte mit Blumen- od. Bandgarnitur 5.90, 4.90 — 3.90
Mädchen-Kleider Leinen- u. Trachtenst., niedlich verarbeitet, Größe 55-90, durchw. 3.90
Windjacken für Mädch. v. 6-14 Jahr. kariert und glatt, impr. Stoffe, durchweg . . 5.90
Spielhosen zum Teil mit Stickerei . . . -.95
Sport-Anzüge mit Knickerbock., aus engl. gemust. Stoffen Größe 6-12, Größe 8 Steigerung 75 Pf. 15.50
Mitteldecken mit Spitze . . . . . -.65
Indanthrendecken vorgezeichnet, in 100×100 cm 1.90
Damen-Pullover eparte Jacquard-Muster oder Wolle plattiert, mit Kunstseide gemustert 4.90
Damen-Strümpfe Waschkunstseide, mit Doppelsohle u. Hochferse, farbig sort. 1.95
Damen-Strümpfe Bemberg Wasch-Kiseide, Silberstempel neueste Farbtön. 2.95 — 2.45
Damen-Schlüpfer Kiseide, fehlerfrei 2.35, 1.55 — 1.25
Kunstseid.-Complets Rock mit Höschen . . . 7.50 — 4.95
1 Posten **Kinder-Prinzeßröcke** 2.25, 1.65 — 1.25

Blusen Perkal, klein gemustert, mit langem Arm *jetzt* 1.50
Kleider Vollvoile, bunt, mit kurzem Arm, z. Teil Bordürenmuster *jetzt* 8.75
Lüstersaccos gute erprobte Qualitäten, in verschied. Farb. 12.75, 8.75 — 5.90
Sommer-Mäntel zweireihig, a. prakt. Stoffen 48.-, 39.- — 24.50

Röcke Cheviot, Reine Wolle, blau und schwarz *jetzt* 4.90
Mäntel farbig Ripe und Ripe-Popeline, Kasha, fesche Form. *jetzt* 9.75
Windjacken aus imprägniert. Stoffen 12.75, 9.75 — 5.90
Sport-Anzüge 4teilig, a. prakt. Stoff., lg. u. Sportn. 68.-, 48.- — 39.00

Kleider Volle, bunt gemustert, flotte jugendl. Form *jetzt* 4.90
Mäntel Herrenst., K'seide-F.T. ganzgefütt. *jetzt* 14.75
Anzüge solide Ausführg., sehr billig 29.-, 24.50 — 16.50
Blaue Anzüge a. gutem Melton u. Twill-stoffen 2-reih. 49.- — 39.00

Sport-Zefir einf. u. gestr., für Kleider u. Sporthemd., Mtr. -.58 — -.42
Travers kashaartig u. Canevas eparte Stellungen, Meter 1.75 — 1.45
Crêpe de Chine aus Agfa-Travis-Seide, ca. 100 cm breit, in entzück. Ausmust., Mtr. 2.75 — 2.45
Mantelstoffe kashaartig reine Wolle, 130/140 cm breit, nur erstklass. Qual., Mtr. 5.90 — 4.50
Bademäntel mit langem Arm . . . . 13.75 — 8.90
Strumpfhaltergürtel in verschied. Ausführung. —.95 — -.45
Herrenkragen Stehumlg.- oder Eckenform. Mako 4fach, Einstoffkragen halbsteif, jetzt -.45
Selbstbinder Shantun u. Kunstseide, der mod. Sommerbind., lang. Sportform 1.45, -.95 — -.85
Oberhemden weiß Piquéeinsätze und Klappmanschetten, ungewaschen . . 2.95
Nachthemden für Herren, gute Wäschestoffe m. bunt. Besatz, mit Krag. u. halsfrei 3.95 — 2.95
Korbsessel-Garnitur. große Form. beste bunt. Satins, 2teilig, mit Knöpfen 2.95
Divandecken Gobelingewebe, hervorragend. Qualität . . . . . 15.90 — 10.90
Etamine für Gardinen, farbig, gestreift, waschecht, 150 cm breit . . . . . Meter -.95
Tüllgarnituren 3teilig, ganz hervorragende weiche Qualitäten . . . 10.90 — 8.50

LINDEMANN & Co AG

BRESLAU · OHLAUER STRASSE 71-73

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

Am 4. Juli starb infolge Unglücksfall beim Sport unser inniggeliebter, guter Sohn, Bruder, Schwager, Onkel, Cousin und Neffe, der Maurerlehrling

Robert Wloszczyk

im blühenden Alter von 16½ Jahren. Dies zeigen schmerzerfüllt an

Woischwitz, den 6. Juli 1928.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 2 Uhr vom Trauerhause aus statt. 686

Für Klischees

und Matrizen, die innerhalb 14 Tagen nach Ablauf des Auftrages nicht abgeholt, kann eine Gewähr für Aufbewahrung nicht übernommen werden.

Verlag der Volkswacht

Die Romane des großen sozialen Kritikers

Upton Sinclair

Metropole / 100 % / Nach der Sintflut
/ / / Man nennt mich Zimmermann / / /
Der Liebe Pilgerfahrt / / / / / Wechsler
jeder Band Mk. 2.00

Petroleum . . . . brosch. 4.80, gebd. 7.00
Die goldene Kette . brosch. 2.80, gebd. 4.80
Sumpf . . . . . brosch. 2.80, gebd. 4.80

Das Buch des Lebens
3 Bände in Kassette, statt Mk. 6.00 **3.25**

Gesammelte Romane
5 Bände in Kassette, statt Mk. 35.00 **16.00**

Volkswacht-Buchhandlungen
Modernes Antiquariat
Neue Graupenstraße 5 / Neue Taschenstraße 11 / Flurstraße 4

In den Sommermonaten probieren Sie unsere
Weiche Zervelatwurst ¼ Pfd. 40 Pf.
Berliner Mettwurst . . . ¼ Pfd. 30 Pf.
Braunschweiger . . . ¼ Pfd. 30 Pf.
Wurstfabrik Weiß
Matthiasstraße 177.

Parteigenossen
besucht unsere **Reichsdruckausstellung** in unserer Buchhandlung Neue Taschenstraße 11
Eintritt frei!
Augenblicklich ausgestellt
Dürer — Rembrandt

Die schönsten Hosen

in allen Weiten und Größen
Windjacken, Wettermäntel, sie passen
Oskar Dehmel
Neumarkt 45.

Riesige Auswahl — Billige Anfertigung

Der gute **Schriftführer und Berichterstatter**
Hilfsbuch für alle in der Arbeiterbewegung schriftlich Tätigen
Preis 40 Pf.
Buchhandlung

Inserate erzielen in der "Volkswacht" den größten Erfolg

Proletarier!
Beseitigt die Hindernisse Sprachschranken! Lernt Weltsprache Esperanto die von Arbeitern aller Nation gesprochen und verwendet w

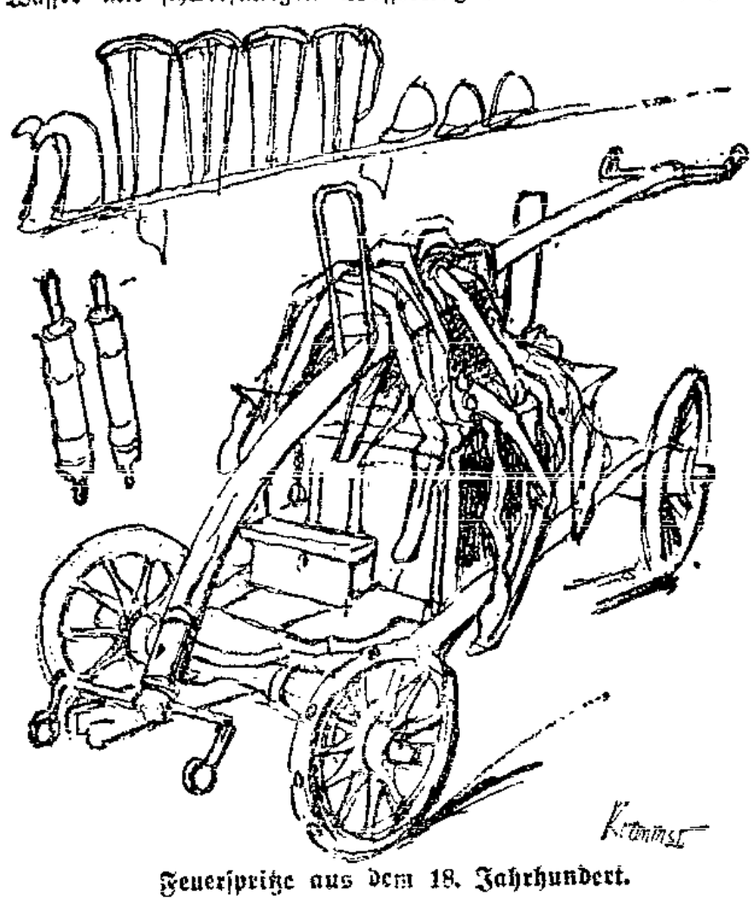
Für die Redaktion verantwortlich: Rolf Reventlow; für die Anzeigen: Max Tockus. — Redaktion: Fränkelplatz 3. — Hauptexpedition: Flurstr. 4 — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtl. in Breslau

Breslauer Nachrichten.

Freitag, den 6. Juli 1928.

Zum 20. deutschen Feuerwehrtage.

Eine Woche lang wird Breslau die Vertreter der Feuerwehren von fern und nah, auch solche aus dem Auslande, bei sich beherbergen. Da werden Spritzen und sonstiges Gerät vorgeführt und besichtigt, Filme gezeigt und Uebungen aller Art ausgeführt werden, um das beste auf diesem Gebiet kennen zu lernen, und um es später daheim zu verwerten. Das Feuerlöschwesen hat eine große Entwicklung durchgemacht. Wie sehr hat sich das Bild der ausrückenden Wehr nicht allein in der letzten Zeit verändert, seit das Automobil anstelle rasender Pferdegespanne getreten ist. Und gar erst, wenn man auf Jahrhunderte zurückschaut, wie auf unser Bild einer Feuerspritze aus dem 18. Jahrhundert. Mit solchem Gerät wäre allerdings heut gar nichts mehr auszurichten, doch die Entwicklung hat dafür gesorgt, daß es auch einmal in der Feuerbekämpfung vorwärts ging. Seit dem Aufkommen der Wasserleitung fehlt es eigentlich am Nötigsten zum Feuerlöschen nur noch selten, während früher das Wasser mit schwerfälligen Wasserwagen aus Brunnen, Flüssen



Feuerspritze aus dem 18. Jahrhundert.

und Teichen herangeholt werden mußte. Und mit der Motorspritze können heute große Wassermengen in jeden Brandherd geschleudert werden. Daß man bei der Feuerwehr auch frühzeitig an die in unseren Tagen so berühmte „Rationalisierung" dachte, geht schon daraus hervor, daß seit mehr als 60 Jahren in ganz Schlesien ein einheitliches Schlauchverschraubungsgewinde eingeführt ist.

Trotzdem sich der moderne Mensch nicht allein auf die Feuerwehr verläßt, sondern zugleich feuersicher zu bauen trachtet, sind leider auch Riesenbrände durchaus keine Seltenheit. Wo große Warenmassen lagern, wo mit feuergefährlichen oder explosiven Stoffen gearbeitet wird, kann großes Unheil vorkommen. Der Blitz als Feuerzünder ist kaum auszuschalten, und elektrische Anlagen haben ihre Tücken. Die größte Zahl der Brände ist allerdings auf Brandstiftung zurückzuführen. Von 3,7 Millionen Mk., die die Niederschlesische Feuersozietät im vorigen Jahre als Brandschaden festgestellt hat, entfallen 2,1 Millionen auf Brandstiftung. Habgier und Rachgier, die übelsten menschlichen Eigenschaften, bringen derartiges hervor, und so mancher Feuerwehrmann muß dann im Dienste seiner gefährdeten Mitmenschen Leben und Gesundheit lassen, wo es nicht nötig wäre.

Der Feuerwehr haben wir alle viel zu danken. Ohne ihren Schutz-, Lösch- und Rettungsdienst wäre in keiner Stadt auszukommen. Deshalb begrüßen wir die Wehrmänner von fern und nah; mögen sie auch finden, daß sich in diesen heißen Tagen in Breslau der Durst gut löschen läßt. Die Tagung selbst wird sicher nicht verfehlen, das Feuerlöschwesen weit und breit zu fördern.

—i.

Wohin am Sonntag?

Viel bekannt ist bei den Breslauern der Muderauer Wald bis Kirschberg, aber umso weniger die Gegend hinter Nippern, und so wollen wir diejenigen, die gerne einmal Sonntags ein Stück Weg zu Fuß gehen, in eine weniger begangene Gegend führen.

Früh 6,11 Uhr führt uns ein Zug ab Hauptbahnhof über Deutsch-Lissa nach Nippern. Sonntagsfahrt..rte 1 Mark. Vom Hauptbahnhof führt die Straße rechts ab nach dem Dorfe, die wir bis zum Teiche benützen wollen um hier den Fußweg, der rechts ab von der Straße, dem Teiche entlang uns nach dem Wegweiser Wohnwitz—Groß-Bresa führt. Derselben Richtung wie der Fußweg folgend, gehen wir zwischen Kirschbäumen den Hügel hinauf, durch den Kieferwald und hinter diesem einen schmalen Fußweg, der uns durch blumige Wiesen führt, nach dem Wasserschloß Wohnwitz. Malerisch liegt dieses von einem breiten Wassergraben umgebene, zwischen hohen Kiefern und Fichten und mancher Knipser und Zeichner wird hier ein gutes Motiv finden. Durch das Gut kehren wir wieder zur Dorfstraße zurück und verfolgen dieselbe bis zu den letzten Häusern und dem Wegweiser. Links einbiegend benützen wir den Weg nach Breslau, der uns nach etwa einer halben Stunde an einem oberhalb des Weges liegenden Waldfriedhof vorbeiführt. Kurz vor dem Dorfe Belkau führt ein Weg rechts ab zwischen Viehweiden und durch den Wald nach dem Dorfe Tschirnau und weiter nach Brandschütz und zur Fähre Auras. Der heißen Jahreszeit anpassend, wollen wir uns an der Oder einige Stunden Ruhe und ein erfrischendes Bad gönnen. Zur Heimfahrt lassen wir uns auf der Fähre nach Auras übersetzen, um nach dem Bahnhof Auras-Hennigsdorf zu gelangen, oder wir benützen den Feldweg, der rechts von der Fähre nach Klein-Bresa führt, um von dort die Heimfahrt anzutreten.

Und nun auf zur frohen Wanderfahrt. „Berg frei!"

Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Breslau.

Wanderauskunftsstelle: Gewerkschaftshaus, jeden Donnerstag von von 7—8 Uhr im Restaurant.

Breslauer Stadtverordneten-Versammlung

Stadtrat Ammon: „Ich schwöre Treue der Reichsverfassung!"

Am Beginn der gestrigen Sitzung wurden die gewählten unbesoldeten Stadträte eingeführt und vom Oberbürgermeister auf ihr Amt verpflichtet. Soweit sie nicht schon früher auf die Verfassung vereidigt waren, hatte dies nunmehr zu geschehen. Als erster leistete der Kommunist Ammon laut und deutlich unter Aufheben der rechten Hand den Eid auf die preußische Verfassung: „Ich schwöre, daß ich das mir übertragene Amt unparteiisch nach bestem Wissen und Können verwalten und die Verfassung gewissenhaft beobachten will." Unmittelbar darauf leistete er den Eid auf die Reichsverfassung, der aus den schlichten Worten besteht: „Ich schwöre Treue der Reichsverfassung". So machen es alle, ob sie von rechts kommen und Hindenburg, Hergt oder Schiele heißen, oder ob sie von links her gegen die Verfassung anrennen. Haben sie es zu etwas gebracht, dann schwören sie auf Schwarz-Rot-Gold. Wir sind überzeugt, daß sich Herr Ammon im Rahmen der beschworenen Verfassung halten wird, und je mehr ihrer geschworen haben, um so mehr wird auch ihre Neigung zur Sachlichkeit wachsen. Vielleicht gehen manchem durch allerhand Parolen verführten Arbeiter mit der Zeit die Augen auf.

Die Sitzung war dann sehr lang, galt es doch, vor den Ferien aufzuarbeiten. Unsere Partei hat erreicht, daß die Erwerbslosen eine baldige Wirtschaftsbeihilfe erhalten. Den Wohlfahrtsempfängern will der Magistrat leider erst zum ersten Oktober die von unserer Partei beantragte und beschlossene Erhöhung der Unterstützungssätze gewähren. Das ist im höchsten Maße bedauerlich und Genosse Krumm hat dargelegt, wie schlecht es zusammenpaßt, daß die Stadtväter nunmehr zur Erholung verreisen, während die Aermsten diese Ferienzeit weiter unter Mangel am Nötigsten verbringen sollen. Im übrigen hat man auf der bürgerlichen Seite gestern bereits die Schimpf- und Hetzfront gegen unsere Partei bezogen. Man darf sicher sein, daß in den nächsten vier Jahren da drüben genau wieder so geschimpft und gehetzt werden wird, wie ehemals gegen die sozialdemokratische Mehrheit; nur nutzen wird es nicht mehr so viel, denn die Taten des vergangenen Bürgerblocks werden in vier Jahren von der Arbeiterschaft noch keineswegs vergessen sein.

* * *

Die Sitzung wird kurz nach 17 Uhr durch Stadtverordnetenvorsteher **Bandmann** eröffnet. Nach Verlesung der geschäftlichen Mitteilungen durch Bürodirektor **Schmidt** erfolgt die

Einführung der unbesoldeten Stadträte.

Oberbürgermeister **Wagner** wendet sich zunächst in einer kurzen Ansprache an die Stadträte, die in einer wirtschaftlich nicht gerade günstigen Zeit ihr schweres Amt antreten. Der Magistrat der Stadt bringt ihnen Vertrauen entgegen, und es ist seine Absicht, möglichst auch jedem unbesoldeten Stadtrat ein bestimmtes Dezernat zu geben, das er dann zum Wohle der Stadt verwalten soll. Es wird zuerst der kommunistische Stadtrat

Ammon auf die Verfassung vereidigt,

dem dann die übrigen neugewählten Stadträte folgen. Anschließend richtet noch Stadtverordnetenvorsteher **Bandmann** begrüßende Worte an die neuen Magistratsmitglieder und wünscht auch mit ihnen eine gemeinschaftliche Zusammenarbeit. Den scheidenden Stadtratsmitgliedern spricht er den Dank der Stadtverordneten-Versammlung für ihre oft langjährige Tätigkeit im Dienste der Stadt aus.

Zur endgültigen Beschlußfassung liegt der Magistratsantrag vor, daß eine auf dem städtischen Grundstück Blücherplatz 16 (Alte Börse) lastende, aufgewertete Restkaufgeld-Hypothek unter Aufhebung des Tilgungsplanes sofort mit 60 400 Mark an den Verein christlicher Kaufleute zurückgezahlt wird. Stadtv. Dr. **Eckstein** (Soz.) beantragt, die Summe um den Zwischenzins von 12 000 Mark zu kürzen. Wenn es sich um die Arbeiterwohlfahrt, und nicht um die christlichen Kaufleute handeln würde, hätte sicher die Stadt nicht solches Entgegenkommen gezeigt. Der Kürzungsantrag wird abgelehnt, der Magistratsantrag mit einer Stimme Mehrheit angenommen.

Auch über einen Antrag, den Leiter des Jugendheimes an der Matthiaskunst vom 1. April ab als

Stadtjugendpfleger hauptamtlich anzustellen,

und diese Stelle dem Lehrer Karl Kander zu übertragen, gibt es geteilte Meinungen. Stadtv. **Fritz Pietsch** (Soz.) fordert Ablehnung des Antrages, da hier eine Stelle besetzt werden soll, noch ehe sie überhaupt im Etat vorgesehen und geschaffen worden ist. Diese Stellungnahme bringt die Rechte in Aufregung, und Stadtv. **Soblowsky** (Dnat.) glaubt sogar zu wissen, daß die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie nur dadurch zu erklären ist, daß eben die anzustellende Person kein Mitgliedsbuch der Sozialdemokratischen Partei in der Tasche habe. Durch Zurufe und durch Stadtv. **Fritz Pietsch** (Soz.) wird ihm der nötige Bescheid gegeben. Stadtv. **Soblowsky**, der sogar den Namen der Person, die den anzustellenden Lehrer aufgefordert habe, der Sozialdemokratischen Partei beizutreten, nennen konnte, mußte sich erwidern lassen, daß dieser überhaupt nicht in unserer Partei organisiert ist und seine Ausführungen dadurch glatte Lüge sind. Der Antrag wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Mieter abgelehnt.

Zur verstärkten

Förderung der Notstandsarbeiter

wird ein Darlehen von 286000 Mark aus den Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge gefordert. Es handelt sich u. a. hierbei hauptsächlich um restliche Arbeiten am Stadion, Restarbeiten für die Herrichtung des Sportparks Gräbschen am Hardenberghügel, Herstellung eines Verkehrsweges auf dem Morgenauer Deich, Herrichtung von zwei Spielwiesen in Woischwitz. Stadtv. **Zylla** (Komm.) ist wohl mit der Notstandsarbeit, aber nicht mit der Art ihrer Ausführung zufrieden. Er wünscht vor allem, daß Notstandsarbeiten nicht von Privatfirmen, sondern nur von der Stadt selbst ausgeführt werden sollen. Stadtv. **Unterberger** (Ztr.) verteidigt zu dieser Sache den Unternehmerstandpunkt und erklärt gegenüber dem kommunistischen Redner, daß das Zentrum nicht wie die Kommunisten die Notstandsfragen als Mittel zum Zweck, sondern aus sozialem Gefühl heraus behandeln. (Gelächter links.) Nachdem noch verschiedene Redner sich über die Art der Ausführung von Notstandsarbeiten äußerten, Stadtv **Darf** (Soz.) in seinem Schlußwort als Berichterstatter hervorhob, daß man leider gezwungen ist, um Mittel bewilligt zu erhalten, auch Notstandsarbeiten an Private zu vergeben, wird die Vorlage mit 75 Stimmen einstimmig angenommen.

Es stehen nun

eine Reihe von Dringlichkeitsanträgen

zur Beratung. Die Erhebung einer einmaligen Gebühr für den Anschluß an die Schwemmkanalisation dahingehend zu ergänzen, daß die Anschlußgebühr nicht erhoben wird, wenn durch die angeschlossenen Grundstücke eine erhebliche Mehrbelastung nicht eintritt. Der Antrag findet einstimmige Annahme.

Zum Zwecke einer Sonderregelung der Stadt Breslau mit dem Reiche, die sich durch Ablauf des § 240 des Gesetzes über Arbeitsvermittelung und Arbeitslosenversicherungsgesetzes ergibt, soll eine dreigliedrige Kommission aus der Stadtverordnetenversammlung gewählt werden. Es werden, den jetzigen Mehrheitsverhältnissen entsprechend, die Stadtv. Krumm (Soz.), Ruffert (Soz.) und v. Eichborn (Dnat.) gewählt. Die Wahl wird mit dem recht unqualifizierten Zuruf des christlichen Zentrumsvertreters **Wolf** „Pfui Teufel" quittiert, der deshalb zur Ordnung gerufen wird.

Stadtv. **Klar** (Soz.) begründet einen Antrag, dem Breslauer Graphischen Kartell für eine

Delegation zur Presse

3000 Mark zu bewilligen. Schon 1896 wurden aus städtischen Mitteln Beihilfen zum Besuch der Weltausstellung den Arbeitern gegeben. Neuerdings hat auch die Stadt Lübeck solche Beihilfen gewährt. Selbstverständlich ist die Rechte dagegen. Stadtv. **Bergmann** (Dnat.) kann es nicht verstehen, daß ausgerechnet die wirtschaftlich Starken (!) solche Beihilfen fordern. Auch die Demokraten sind, wie ihr Sprecher C. W. **Wolf** mitteilt, aus grundsätzlichen Bedenken dagegen. Ein Antrag des Stadtv. **Kabus** (Ztr.), der von den geforderten 3000 Mark ein Teil für den christlichen graphischen Verband abzweigen will, wird abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag mit den Stimmen der Linken wurde angenommen.

Für die Notleidenden.

Auf sozialdemokratischen Antrag ist beschlossen worden, die am 1. Juli im Reiche eingetretene Erhöhung der Sozialrenten auf die Leistungen des Breslauer Wohlfahrtsamtes nicht anzurechnen, die Richtsätze des Wohlfahrtsamtes um 10 Prozent zu erhöhen und den Erwerbslosen eine Wirtschaftsbeihilfe von 20 Mark für den Mann, 10 Mark für die Frau und 5 Mark für jedes Kind zu gewähren. Letzteres an Stelle eines vor den Wahlen nicht mehr verabschiedeten kommunistischen Antrages. Der Magistrat hat zu den Beschlüssen wie folgt Stellung genommen:

Die am 1. Juli d. J. eintretende Erhöhung der Sozialrenten ist auf die Leistungen der öffentlichen Fürsorge so lange nicht anzurechnen, als die Richtsätze gleichbleiben.

Die Richtsätze des Wohlfahrtsamtes sind nach dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung um 10 v. H. zu erhöhen. Die Erhöhung soll am 1. Oktober d. J. in Kraft treten. Da die Stadt bei einer Aenderung der Krisenfürsorge, mit der zu rechnen ist, noch nicht abzusehende neue Lasten zu tragen hätte, wird die Auszahlung der erhöhten Sätze anzuhalten sein, bis die Fragen der Krisenfürsorge und der Deckung für die erhöhten Richtsätze geklärt sind.

Magistrat bewilligt 500 000 Mark zu einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe für die Erwerbslosen. Bei der Auszahlung ist die Bedürftigkeit zu prüfen, die grundsätzlich bei den obersten Lohnklassen ganz oder zum Teil zu verneinen sein wird.

Zur Deckung der Beschlüsse aus den für die Stadt erwachsenden Kosten wird der Stadtverordnetenversammlung rechtzeitig Vorlage zugehen.

Stadtv. **Fritz Pietsch** (Soz.) bedauert als Berichterstatter, daß der Magistrat den Anträgen seiner Partei nicht sofort entsprochen und die Wohlfahrtsempfänger bis zum Herbst warten lassen will. Zur Deckungsfrage übergehend, sieht er in der Gewerbesteuer die einzig tragbare Möglichkeit, da die kleinen Gewerbetreibenden von dieser Steuer nicht berührt werden. Der Redner stellt fest, daß sich der Vertreter der Kommunisten im Ausschuß bezüglich der Erwerbslosen vollkommen auf den Standpunkt der Sozialdemokraten gestellt hat, und ebenso in der Deckungsfrage.

Oberbürgermeister Dr. **Wagner** verteidigt den Magistrat, der nicht arbeiterfeindlich ist, auch wenn er einmal einer Vorlage der Linken nicht zustimmt.

Stadtv. **Wolf (Dem.)** wendet sich gegen eine beabsichtigte Erhöhung der Gewerbesteuer. Die Wirtschaft in Breslau sei nicht so kapitalskräftig, daß sie durch eine einseitige Steuermaßnahme belastet werden könne. Der Stadtv. **v. Eichborn** (Dnat.) ist ebenfalls als Vertreter des Großkapitals und Stadtv. **Unterberger** (Ztr.) als Vertreter des Handwerks gegen diesen Deckungsvorschlag. Stadtrat **Ammon** weist darauf hin, daß auch die Wirtschaftsführer über die Auswirkungen der Erhöhung der Gewerbesteuer geteilter Meinung sind, und wünscht ferner, daß die Beihilfe für die Erwerbslosen möglichst bald zur Auszahlung komme, was der Oberbürgermeister anschließend versprach.

Nachdem noch einige Redner der Rechten gegen die Deckungsvorlage polemisiert hatten, erwidert Stadtv. **Krumm (Soz.)** in ausführlicher Rede. Unsere Anträge, die wir heut und hier stellen, liegen nur in der Konsequenz unserer Wahlversprechungen. Wir bedauern, daß der Magistrat nicht wie in anderen Städten beschlossen hat, die zehnprozentige Erhöhung der Richtsätze ein Vierteljahr vor der festgesetzten Frist zur Auszahlung zu bringen. Die Sozialdemokratie ist ebenfalls für eine gleichmäßige Verteilung der Lasten, aber nicht wie es die Rechte gern haben will, für eine erneute Belastung der wirtschaftlich Schwächeren. Die heut so ausgedehnte kommunale Wohlfahrt ist ein

Ausdruck der verheerenden Folgen des Krieges.

Mögen bei all diesen Vorlagen die Kriegsbefürworter an die großen Kriegsleiden erinnert werden. Wenn die Sozialdemokratie ihre Macht so brutal ausnützen würde, wie es jahre- und jahrzehntelang die Rechte getan hat, so würde man auf dieser Seite noch ganz andere Augen machen.

Stadtv. **Stein** (Deutsch-Soz.) bringt in wenig Belustigung in die Debatte, als er erklärt, daß ja unsere Partei mit Schuld an den jetzt zu mildernden Zuständen ist, da sie nicht der Schuldlüge entgegengetreten ist. Im Schlußwort setzt sich Stadtv. **Pietsch** (Soz.) noch kurz mit den Ausführungen der einzelnen Redner auseinander und hebt noch einmal nachdrücklichst hervor, daß eine Erhöhung der Gewerbesteuer nur denen auferlegt werden soll, die wirtschaftlich dazu fähig sind. Die Anträge werden mit dem Zusatzantrage, die entstehenden Kosten in erster Linie aus der Gewerbesteuer zu decken, angenommen.

Stadtv. **Jenohr** (Soz.) richtet

eine dringliche Anfrage

an den Magistrat, ob es richtig ist, daß nach der Eingemeindung von Deutsch-Lissa die Notstandsarbeiten in bedenklichem Maße zurückgegangen sind, ob es richtig ist, daß zur Behebung der Wohnungsnot in Deutsch-Lissa 300 000 Ziegelsteine angekauft wurden, die trotz der augenblicklichen Bausaison zu Bauzwecken keine Verwendung finden.

Darüber hinaus ist uns mitgeteilt worden, daß auch Differenzen persönlicher Art in der Verwaltung zwischen den Eingemeindeten und der Verwaltung derjenigen, die eingemeindet haben, bestehen sollen. Diese Anfrage wird von den Stadtbauräten beantwortet. Die Ziegelsteine sollen demnächst dem Wohnungsbau zugeführt, die übrigen Fragen überprüft werden.

Das Evangelische Vereinshaus (Breslauer Stadtmission) will für den weiteren Ausbau der Obdachlosen-Arbeitsstätte am Bodelschwinghwege eine einmalige Beihilfe von 2500 Mark. Stadtv. Darf (Soz.) spricht gegen eine solche

Bewilligung, da die Stadt es nicht notwendig hat, die eigene Konkurrenz groß zu ziehen. Auch Stadtv. **Zulla** (Komm.) ist für Ablehnung, da es sich hier um ein im deutschnationalen Geiste geleitetes Ausbeuterinstitut handelt. Stadtv. **Stein** bittet um Zustimmung und gibt wieder einmal Anlaß zu stürmischer Heiterkeit, als er mitteilt, daß man auch nicht alles glauben brauche, was er erzählt und der es für richtig findet, daß in der betreffenden Anstalt tüchtig gebetet wird, denn auch Sie (zur Linken) haben es auch

sehr nötig, zum Herrgott zu beten.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Mieter abgelehnt.

Der Magistrat ersucht um Zustimmung für die Besetzung der neugeschaffenen Stelle eines Magistratsrates. Stadtv. **F. Pietsch** (Soz.) spricht sich gegen die baldige Neuschaffung dieser Stelle aus unbeantragt, erst das Gutachten einer Sonderkommission über die Notwendigkeit der Stellenbesetzung abzuwarten.

Ein kommunistischer Antrag fordert, daß die für den Zuhörerraum im Stadtverordneten-Sitzungssaale ausgegebenen

Tribünenkarten

aufgehoben werden sollen. Stadtv. **Eckstein** (Soz.) beantragt Ausschußüberweisung, da die Geschäftsordnung der Stadtverwaltung allgemein revisionsbedürftig ist. Auch er stehe auf dem Standpunkt, daß die Verhandlungen in breitester Oeffentlichkeit geführt werden müssen, doch muß auch den wegen ihrer längeren Arbeitszeit später kommenden Arbeitern Gelegenheit gegeben werden, an den Versammlungen teilnehmen zu können. Der Antrag wird dem Ausschuß überwiesen.

Auch bei einem weiteren Antrag, die Anerkennungsgebühr bei Benutzung der städtischen Spielplätze von den

dem Arbeiter-Sportkartell angeschlossenen Vereinen

nicht zu erheben, wird Ausschußüberweisung beantragt. Stadtv. **Döblitz** (Soz.) beantragt, auch die Entschädigung für die Tennisplätze, die bisher bei solchen Gebühren nur ein Privileg der besitzenden Klasse sind, herabzusetzen, und das Beleuchtungsgeld für Turnhallen in Zukunft wegfallen zu lassen. Sämtliche Anträge werden dem Ausschuß VIII überwiesen.

Die Versammlung erledigte noch

eine Reihe kleinerer Vorlagen,

die zum größten Teil einstimmige Annahme fanden. Für die Bühnenbeleuchtung im Stadttheater wird ein Hauptschalter mit Fernsteuerung eingebaut. Das Straßenland vor dem neuen Postscheckamt in der Feldstraße wird erworben. Der Magistrat wird angefragt, aus welchem Grunde die Gleisverbindung der Straßenbahn zwischen Zwinger- und Weidenstraße entfernt wurde, und warum die Straßenbahnverwaltung, trotz des Protestes der Bevölkerung, die Sternstraße vom Gneisenauplatz bis zur Adalbertstraße stillegen will.

Schluß der öffentlichen Sitzung 22½ Uhr. Es folgte noch eine geheime Sitzung.

Wie auf dem Landeshaus gearbeitet wird.

Wir erhalten vom Landeshauptmann der Provinz Niederschlesien folgendes Schreiben:

Breslau II, den 3. Juli 1928.
Landeshaus.

Zu der in der „Volkswacht" vom 21. Juni 1928 gebrachten Besprechung teile ich mit, daß der Artikel der Provinzialverwaltung lediglich die gekürzte Wiedergabe eines Berichtes ist, den Herr Landtagsabgeordneter Pischke auf der Grenzmarktagung der Deutschen Bodenreformer in Liegnitz am 3. September 1927 erstattet hat.

Infolge eines Versehens ist im Artikel ein entsprechender Hinweis unterblieben.

J. A.: **Werner.**

* * *

Was soll eigentlich dieser Brief? Glaubt der Landeshauptmann, daß durch diese Mitteilung er selbst oder seine Pressestelle von der Verantwortung für die Irreführung der Oeffentlichkeit befreit wird, die durch die Verbreitung der falschen Behauptungen und zum Teil falschen Zahlen in dem genannten Artikel herbeigeführt wurde? Wenn die Pressestelle den Inhalt eines Vortrages verbreitet, so ist es doch wohl ihre Pflicht, das in dem Vortrag Gesagte vorher auf seine Richtigkeit zu prüfen, umsomehr, wenn irgendein akuter Anlaß zu dieser Verbreitung, wie in diesem Falle gar nicht vorliegt, da es sich weder um eine Rede handelt, die in einer amtlichen Tagung der Provinzialbehörden gehalten worden ist, noch um eine Rede, die unmittelbar vor der Verbreitung gehalten wurde. Außerdem muß aber auch die Pressestelle diesen irreführenden und falschen Vortrag für besonders wertvoll und richtig gehalten haben, denn sonst würde sie kaum Veranlassung genommen haben, mehr als dreiviertel Jahre, nachdem der Vortrag gehalten wurde, ihn plötzlich an die gesamte Presse mit der Bitte um Nachdruck zu versenden, noch dazu unter eigener Firma.

Im übrigen wird unsere Kritik an dem Artikel durch diese höchst gleichgültige Mitteilung des Landeshauptmanns in keiner Weise widerlegt. Da der Landeshauptmann sachlich auf unsere Ausführungen überhaupt nicht eingeht, scheint er sie sachlich auch nicht widerlegen zu können. So ist die einzige Folge des Schreibens, daß die Vorwürfe wegen der unsachlichen und unwissenschaftlichen Darstellung jetzt nicht nur den Landeshauptmann, sondern auch noch den Redner, den Landtagsabgeordneten der Deutschen Volkspartei, Herrn Pischke, treffen, vorausgesetzt, daß der Inhalt dieses Vortrages durch die Pressestelle des Landeshauptmanns richtig und vollständig wiedergegeben wurde, was für uns nicht ohne weiteres feststeht. Die Leichtfertigkeit des Verfahrens des Landeshauptmanns in dieser Angelegenheit bleibt also in vollem Umfange bestehen.

Arbeitsgericht.

1159 Mark Tarifgehalt werden eingeklagt.

Ueber zwei Jahre war der Lagerhalter R. bei der Firma H. beschäftigt, hatte aber während dieser ganzen Zeit nur monatlich 120, später 150 Mark erhalten, ein Betrag, der natürlich nicht dem für diese Arbeit zustehenden Tarifgehalt entsprach. Nach seiner Entlassung erhob er darum Klage vor dem Arbeitsgericht auf Zahlung des Differenzbetrages in Höhe von 1159 Mark. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Tätigkeit des Klägers tatsächlich unter eine höhere Gruppe fällt. Andererseits mußte jedoch berücksichtigt werden, daß wegen des geringen Umfanges des Betriebes, in dem der Kläger beschäftigt war, eine volle Verantwortlichkeit — wie sie die höhere Tarifgruppe vorsieht — nicht in Frage kam. Aus diesem Grunde schloß man auf Anregung des Gerichts einen Vergleich, der dem Kläger 497 Mark brachte.

Schadenersatz bei Zurückhaltung der Arbeitspapiere.

Die Hausangestellte K. mußte ihre Stellung bei ihrer Dienstherrin verlassen, da ihre Mutter schwer erkrankte und sie daheim benötigt wurde. Das schien aber der Dienstherrin nicht zu gefallen, denn sie weigerte sich, trotz mehrmaliger Aufforderung, der Klägerin Arbeitszeugnisse und sonstige Papiere herauszugeben. Vor dem Arbeitsgericht forderte nun das Mädchen die Herausgabe ihrer Papiere und außerdem einen Schadenersatz in der Höhe von 30 Mark, da sie nachweisbar durch die Nichtherausgabe der Papiere einen Schaden erlitten hatte. Da in der Beweisaufnahme tatsächlich ein erlittener Schaden festgestellt werden konnte, mußte sich die Beklagte schließlich damit abfinden, dem Mädchen außer der Herausgabe der Papiere 30 Mk. zu zahlen.

Wegen ein Paar Wiener fristlos entlassen.

Beim Fleischermeister M. war das Tagmädchen R. beschäftigt. Eines Tages wurde sie des Diebstahls (!!) beschuldigt und fristlos entlassen. Da sie sich aber eines Diebstahls keineswegs bewußt war, ging sie zum Arbeitsgericht und klagte auf Zahlung des Gehaltes bis zum Ablauf der gesetzlichen Kündigungsfrist in Höhe von 40 Mark. Der Fleischermeister beantragte Abweisung der Klage, da die Klägerin sich „hin und wieder einmal" ein Stück Wurst ohne seine Erlaubnis angeeignet, ja sogar einmal — man denke — ein Paar Wiener mit nach Hause genommen habe. Das sei ihm denn doch „zu toll" gewesen, und so habe er das Mädchen auf die Straße gesetzt. Von dem Prozeßvertreter des Mädchens wurde zugegeben, daß die Klägerin ab und zu sich einmal ein Stückchen Wurst angeeignet habe. Dies könne bei der Sachlage aber weder als Mundraub, geschweige denn als Diebstahl angesehen werden und somit nicht als Grund für eine fristlose Entlassung in Frage kommen. Ein Vergleich brachte dem Mädchen 23 Mark.

Nach Beendigung der Lehre als Volontär weiterbeschäftigt.

wurde die Putzarbeiterin B. Natürlich geschah dies — wie man es ja oft in ähnlichen Fällen zu hören bekommt — aus „Gnade und Barmherzigkeit", in Wirklichkeit aber, um dem Mädchen statt des ihr zukommenden Tarifgehaltes von monatlich 100 Mk. nur 45 Mark zu zahlen. Das Mädchen strengte deshalb nach dem ersten Monat dieser Beschäftigung vor dem Arbeitsgericht eine Klage gegen die Firma auf Nachzahlung von 55 Mark an. Da es nach dem letzten Entscheid des Reichsarbeitsgerichtes einen stillschweigenden Verzicht auf den Tariflohn nicht gibt, mußte das Gericht den Anspruch der Klägerin als berechtigt anerkennen. Aus Billigkeitsgründen, die bei diesem Ausbeutungsversuch allerdings nicht unbedingt angebracht erscheinen, erklärte sich das Mädchen mit einem Vergleich in Höhe von 50 Mark einverstanden.

Eine besondere Leistungsvergütung.

wollte die Hausmeisterin R. für die Zeit der Wintermonate, da sie während dieser Monate besonders in Anspruch genommen war, erhalten. Als sie während des ganzen Winters eine derartige Sonderbezahlung nicht erhielt, reichte sie Klage vor dem Arbeitsgericht ein und forderte eine Nachzahlung für die Dauer der Wintermonate. Der Nachweis für die Berechtigung der Klage war aber für sie schwer zu erbringen, da weder vertraglich noch mündlich eine Vereinbarung mit dem Hauswirt getroffen war. Sie stützte ihre Klage vielmehr darauf, daß auch die frühere Hausmeisterin, ihre Vorgängerin eine solche Vergütung erhalten habe. Ob diese Begründung ausreicht, dürfte auch nach Abschluß der angeordneten Beweisaufnahme fraglich sein.

Die Aufgaben der Feuerwehr bei passiver Abwehr von Luftangriffen.

Im weiteren Verlauf der Tagung des Reichsvereins Deutscher Feuerwehr-Ingenieure hielt am Donnerstag Brandingenieur Rumpf-Königsberg zu obigem Thema einen Vortrag, der weitesten Kreisen zugänglich gemacht zu werden verdient, da in ihm die während des letzten Krieges gemachten Erfahrungen, die für das Feuerlöschwesen bei Luftangriffen zusammengetragen sind, gleichzeitig aber auch die für das Feuerlöschwesen sich ergebenden Probleme eines künftigen Krieges aus der Luft aufgeworfen werden. Der Redner, der sich hauptsächlich mit den für die Feuerwehr in Frage kommenden Abwehrmaßnahmen gegen Luftangriffe beschäftigte, führte aus, daß sich schon im letzten Weltkriege der Feuerkrieg bemerkbar gemacht habe, der sich hauptsächlich gegen das Hinterland der kriegführenden Mächte richtete, da alle kriegführenden Länder bereits über Brandbomben verfügten, die in die Reihe der Kriegswaffen eingereiht wurden. Die allerdings noch primitiven Konstruktionen ließen einen planmäßigen wirkungsvollen Einsatz nicht zu, obwohl es bereits mit den Elektron-Brandbomben, die nur ein Kilo wiegen und durch Wasser nicht gelöscht werden können, möglich gewesen wäre, durch ein kleines Flugzeuggeschwader soviel Brandherde in einer Stadt hervorzurufen, daß die Organisation des Löschens sehr schwierig geworden wäre. Ebenso gefährlich sei auch die bereits damals bekannte französische Chenard-Bombe, die sich schon in der Luft entzünde und brennend ihr Ziel erreiche, wo sich der lodernde Inhalt entleert, der noch 15 Minuten schmelzend und brennend umherfließt und alles brennbare Material in Flammen aufgehen läßt. Nicht weniger gefährlich sei die englische Baby-Brandbombe von nur 200 Gramm Gewicht, die einen Massenabwurf gestattet und es dadurch ermöglicht, eine begrenzte Strecke geradezu mit Feuer zu überschütten.

Freilich gingen noch heute die Ansichten der Fachleute über die Wirksamkeit von Spreng- und Brandbomben sehr auseinander, trotzdem verdiene eine Wahrscheinlichkeitsberechnung eines englischen Majors Beachtung, der zu der Feststellung gelangt sei, daß bei einem Angriff von 36 Flugzeugen mit je 500 Brandbomben nur die Hälfte ihr Ziel zu erreichen brauche, deren Munition wieder nur zur Hälfte wirksam und nochmals zur Hälfte zu zünden brauche, um trotzdem 2250 Brandherde hervorzurufen, die mit normalen Mitteln der Feuerwehren nicht zu bekämpfen, viel weniger noch zu löschen seien, während ein anderer Fachmann die Brisanz-Sprengbombe für wirksamer hält, die nach dem heutigen Stande der Technik bei einem Gewicht von 200 Kilogramm zur Zerstörung eines großstädtischen Hauses und bei einem Gewicht von 500 Kilogramm zur Niederlegung eines ganzen Häuserviertels ausreiche, wodurch die damit erreichte Sprengung der in einem Häuserviertel zahlreich verlegten Gasleitungen die Hilfsmaßnahmen von Feuerwehren ganz wesentlich behindern würde.

Die wirksame Brandbombe sei ein Kind der Nachkriegszeit und mit den während des Krieges verwandten Konstruktionen nicht zu vergleichen. Sie gehöre zu den Kampfmitteln, mit deren Anwendung in einem künftigen Kriege mit aller Wahrscheinlichkeit zu rechnen sein wird. Planmäßige Angriffe mit großem Munitionseinsatz, bei einem möglicherweise Tag und Nacht ununterbrochen anhaltendem Bombardement könnten daher eine Bedrohung bedeuten, die nicht ernst genug genommen werden könne, wenn es dem Gegner darauf ankomme, lebenswichtige Betriebe und große Teile der Wohnungsmöglichkeiten zu zerstören, um dadurch die Widerstandskraft des feindlichen Volkes zu brechen, ohne es selbst hinzumorden. Die Feuerbeständigkeit unserer heutigen Großstädte würde meist zu optimistisch beurteilt, da die große Masse der Großstadthäuser mit hölzernen Dachkonstruktionen, teergetränkten Pappdächern, Fensterrahmen, Holzdeckenden und oft ungenügenden Brandmauern oder sonstigen baulichen Mängeln einer nachsichtigeren Zeit als alles andere, nur nicht als feuersicher zu bezeichnen sei. Selbst an Beispielen für Brände in Bauten aus Stein und Eisen fehle es nicht, da eben nur die rechtzeitige Löschhilfe eine maßgebliche Rolle spielt.

Ebenso dringende Beachtung verdienten die Kampfgase, deren Zahl sich von dreißig während des Weltkrieges auf etwa tausend erhöht habe, die aber keine größere Wirksamkeit hätten, als die bekannten Blaukreuz-, Grünkreuz- und Gelbkreuzgase.

Die Aufgaben der Feuerwehr bei solchen Luftangriffen eines künftigen Krieges seien ganz besonders umfangreich. Vor allem sei eine Organisation der Feuerwehr notwendig, die es gestatte, die gut disziplinierten Schutzkorps schnellstens und plötzlich verfügbar zu haben. Des weiteren sei die Aufklärung der Zivilbevölkerung über das Wesen eines solchen Luftkrieges erforderlich, die durch Feuerwehrfachleute verbreitet werden müßte, wie dies schon in vielen anderen Ländern der Fall ist. Bei einer unwissenden Bevölkerung könnte solch ein Brand-, Gas- oder Sprengbombenangriff zu einem nicht auszudenkenden, furchtbaren Schrecken führen. Weiter sei eine Auffüllung der Feuerwehrpersonalbestände notwendig, da diese heute kaum zur Bewältigung friedensmäßiger Aufgaben ausreichend seien. Das in der Regel übliche Zentralwachensystem würde bei Luftangriffen die Aufgaben der Feuerwehr schwer, zum Teil sogar unmöglich machen, da die Erreichung entfernt liegender Brandstellen durch Straßenzerstörungen oft zur Unmöglichkeit gemacht werden könne, weshalb Vorbereitungen weitgehendster Dezentralisierung durch Sicherstellung von Hilfsfeuerwachen notwendig erscheinen. Ferner hätten sich die Wehren auf Entnahme des Löschwassers aus offenen Gewässern einzustellen, da natürlich durch Zerstörung des Wasserwerkes oder des Rohrnetzes die Feuerwehr von vornherein an tatkräftigem Eingreifen verhindert werden könne. Da bei großer Zerstörung der Telegraph vernichtet werden könne, sei eine vorherige Organisierung eines Läuferdienstes zweckmäßig. Die Ausrüstung der Feuerwehr mit Gasmasken sei eine Friedensmaßnahme, die schon in vielen europäischen Ländern durchgeführt und sogar auf die Zivilbevölkerung ausgedehnt worden sei. Ein gewisser Schutz wäre in einer Vernebelung der angegriffenen Städte zu suchen, aber diese Technik sei noch nicht so weit, um eine ganze Großstadt in Nebel einhüllen zu können.

Bemerkenswert sei noch eine im Januar in Genf abgehaltene Tagung des internationalen Roten Kreuzes, die sich erstmalig auf den Standpunkt stellte, den Brand- oder Gasangriff aus der Luft als gegebene Tatsache des künftigen Krieges anzuerkennen, den sie vorher stets abzulehnen für notwendig betrachtet hätte. Nach diesem Meinungsumschwung habe das Rote Kreuz die Staaten um intensivere und größere Unterstützung gebeten, um bei Eintreten eines solchen Krieges hilfreicher wirken zu können.

Zahlreiche Lichtbilder, die hauptsächlich die Zerstörungskraft der Bomben veranschaulichten, begleiteten den interessanten Vortrag.

* * *

Eine Tagung, die sich mit solchen Problemen beschäftigen muß, ist ein mahnendes Spiegelbild unserer Zeit, denn während man hier über die Maßnahmen eine Abwehr und Rettung von solch grausamer und brutaler Greuel eines Zukunftskrieges berät, beschäftigen sich andere Tagungen vielleicht mit dem Ersinnen noch fürchterlicherer Vernichtungsmöglichkeiten.

Der Sturm in den Anlagen.

Die städtische Gartenverwaltung meldet:

Der Sturm, der am Mittwoch Nachmittag auch unsere Stadt heimgesucht hat, hat großen Schaden an dem Baubestande unserer im schönsten Sommerschmuck prangenden Park- und Promenadenanlagen angerichtet. Bis in die späten Abendstunden waren verstärkte Aufräumungskolonnen am Werke, um die gröbsten Verkehrshindernisse zu beseitigen. Doch werden noch der heutige und morgige Tag vergehen, ehe alle die heruntergebrochenen Aeste und Stämme fortgeschafft sein werden.

Im Scheitniger Park hat der Sturm sehr heftig gehaust. Am Naturtheater wurde eine Ahornkrone glatt abgedreht; im alten Teil des Parkes wurden zwei mächtige Eichen, im Ausstellungsgelände eine große Anzahl Lindenpfähle umgebrochen. Auch auf der Friedrich-Ebert-Straße wurden mehrere Baumkronen abgedreht. Großer Schaden ist auf den Obstalleen in Schwoitsch, Cavallen und Hundsfeld entstanden. Das gleiche Bild der Verwüstung zeigte sich im Süden der Stadt. Auf der Hochwaldstraße sind zwei Linden, auf der Kürassierstraße ein Weißdorn, auf der Kirschallee ein alter Kirschbaum vollständig umgebrochen, desgleichen auf der Hartlieber Chaussee mehrere Obstbäume. Auf der Lohe-, der Steinstraße, in den Anlagen der Steinstraße und an der Salvatorkirche sind eine große Anzahl Bäume, an der Hubenstraße 20 Kastanienpfähle weggebrochen. — In den Parkwäldern haben die Jungpflanzen stark gelitten. Ueberall sind die Wege mit herabgebrochenen Aesten besät. Auch hier sind eine Anzahl große Bäume umgestürzt. Besonders im Eichenpark (West) ist der Verlust von drei starken Eichen, einem Ahorn und einer Weide zu beklagen.

Das Innere der Stadt bot gleichfalls ein trauriges Bild der Verwüstung. Am Tauentzinplatz wurde eine gesunde, kräftige Linde von etwa 35 cm. Durchmesser entwurzelt, sodaß die schweren Bürgersteigplatten aus ihrer Lage herausgerissen wurden. Am inneren Stadtgraben gegenüber der Kaserne hat ein starker Ahornast zwei Promenadenbänke vollständig zertrümmert; auf der Liebichshöhe sind zwei große schöne Bäume abgebrochen. An den Linden-, Pappel- und Ahornbäumen in der Scheitniger Vorstadt ist gleichfalls großer Schaden entstanden. Im Grundstück Fürstenstraße 106 fiel ein Ahorn auf das Dach des Wohnhauses, drückte den Dachreiter ein und zerstörte den Schornstein. Am Friesenplatz sind zwei große Pyramidenweiden zerbrochen. Im Restaurationsgarten Lehmdamm 82 zerschlug ein umgestürzter Ahorn Tische, Stühle und Zaun.

Die Sturmschäden der Post.

Durch den am Mittwoch herrschenden Gewittersturm sind zahlreiche Störungen in den Telegraphen- und Fernsprechleitungen verursacht worden. Besonders stark scheint der Sturm in Oberschlesien gewütet zu haben, da in dieser Richtung die meisten Störungen aufgetreten sind. Das hiesige Telegraphenamt ist z. Zt. noch ohne seine unmittelbare Verbindung mit Beuthen, Gleiwitz, Königshütte, Krakau und Budapest und beim hiesigen Fernsprechamt sind noch die Leitungen nach Kattowitz, Mährisch-Ostrau und Budapest gestört.

Die großen Inlandsverbindungen des Fernsprechamts sind, da sie zum größten Teil schon unterirdisch verlaufen, nicht unterbrochen worden. Dagegen sind die oberirdisch geführten Telegraphenleitungen nach Chemnitz, Leipzig, Magdeburg, Köln, Frankfurt (Main), Hamburg und Stettin zerstört. Die Zahl der Störungen in den Bezirksleitungen ist verhältnismäßig gering.

Die Instandsetzung der Leitungen ist sofort in Angriff genommen worden. Es kann damit gerechnet werden, daß die Unwetterschäden im hiesigen Bezirk im Laufe des heutigen Tages restlos beseitigt werden.

Achtung! Pöpelwitz!

Wir erinnern nochmals daran, daß heute abend im Stadtteil Pöpelwitz eine neue Gruppe der Sozialistischen Arbeiter-Jugend Breslaus eröffnet wird.

Der Werbeabend findet im Lokal des Kurgartens, Frankfurter Straße, statt. Ein Jugendgenosse wird über „Die Bedeutung der Arbeiterjugendbewegung als ein Glied der Arbeiterbewegung" sprechen. Der Eintritt ist frei. Beginn 8 Uhr.

Wir laden alle Arbeitermädel und Arbeiterburschen zu dieser Veranstaltung ein und hoffen, daß recht viele unserem Rufe folgen werden. Besonders die Parteigenossenschaft der Umgegend ist recht, recht herzlichst eingeladen.

Zentral
THEATER-WESTEND-STR. 50
Heute bis einschl. Donnerstag, den 12. Juli
Beginn: 6¼ u. 8¾, Sonnt. ab 5
Das große Doppelprogramm:
Wilhelm Dieterle
in
Liebesreigen
Zweiter Schlager:
Der Lumpenkavalier
Sonntag 3 Uhr nachmittags:
Große Jugendvorstellung.
6541

Platzkonzerte zugunsten der Arbeiter-Samariter.

Zur Unterstützung der öffentlichen Straßensammlung der Arbeiter-Samariter-Kolonne Breslau werden am Sonntag vormittag in der Zeit von 11 bis 12 Uhr an folgenden Plätzen der Stadt Platzkonzerte veranstaltet werden: Königsplatz, Kapelle der Schutzpolizei Breslau; Blücherplatz, Kapelle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold; Am Wäldchen, Kapelle des Sozialistischen Jungordnerdienstes. Die Arbeiter-Samariter, die sich jederzeit in den Dienst der Arbeiterbewegung stellen, erwarten bei diesen Veranstaltungen auch ihrerseits einmal die vollste Unterstützung.

Frühkonzert des Reichsbanner-Orchesters.

In den Tagen am 7. und 8. Juli führt der Arbeiter-Samariterbund seine behördlich genehmigte öffentliche Sammlung aus. Sicher werden alle mit ihm sympathisierenden und befreundeten Kreise der Breslauer Bevölkerung die selbstlosen, in den Dienst der Allgemeinheit gestellten Bestrebungen weitestgehend unterstützen. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltet Sonntag, den 8. Juli von 6 bis 9 Uhr im Gartenlokal Henkner-Morgenau ein Frühkonzert, dessen Reinertrag der oben erwähnten Sammlung zugeführt wird. Um diese Sammlung recht ergibig zu gestalten, wird nicht nur die Teilnahme aller Reichsbannerkameraden mit ihren Angehörigen, sondern aller Kreise der Bevölkerung erwartet, die die Aufgaben des Arbeiter-Samariter-Bundes zu fördern bereit sind. Ein ebenfalls Sonntag, von 11 bis 12 Uhr auf dem Blücherplatz stattfindendes Platzkonzert des Reichsbanner-Orchesters dient demselben Zweck.

„Unfälle und ihre Verhütung."

Ueber dieses Thema spricht heute, Freitag, um 18,30 Uhr, im Rundfunk der Kreisvorsitzende des Arbeiter-Samariter-Bundes, Kreis Schlesien, Genosse Willy Richter. Der Vortrag verdient, in den weitesten Kreisen gehört zu werden.

Arbeiter-Samariter-Kolonne.

Sonntag früh treffen sich um 8 Uhr alle aktiven und passiven Mitglieder sowie die Sportler, die uns bei der Sammlung unterstützen, in den Abteilungslokalen

Müller, Friedrich-Wilhelm-Straße 67,
Daniel, Lehmdamm 38/40,
Klar, Uferstraße 25,
Rauch, Vorwerkstraße, Ecke Tauentzienstraße,
Klante, Hochstraße 7.

Für Sonnabend trifft sich alles zu den von den Abteilungen festgesetzten Zeiten. Sonntag ist in den Geschäftsräumen der „Volkswacht" eine ständige Zentrale eingerichtet, wohin Beschwerden und Behinderungen sofort zu melden sind; Telephon Nr. 21737 und 21739.

Dachstuhlbrand in der Bohrauer Straße.

Heute morgen gegen ½9 Uhr brach aus einer noch nicht geklärten Ursache in dem Hause Bohrauer Straße 114, Ecke Helmutstraße, ein größerer Dachstuhlbrand aus. Die sofort alarmierte Feuerwehr rückte in mehreren Löschzügen an und griff das an der vorderen Hausspitze schon stark um sich gegriffene Feuer sofort mit fünf Schlauchleitungen an. In einer knappen Stunde konnte das Feuer abgelöscht werden, während die Aufräumungsarbeiten noch den ganzen Vormittag in Anspruch nahmen. Es sind ein großer Teil von Bodenräumen ausgebrannt. Auf Wohnungen griff das Feuer dank der raschen Bekämpfung nicht über.

---

* **Silberhochzeit** feiert heute der Monteur Richard Ulbrich und seine Ehefrau Berta, Siebenhufenerstraße 73. Seit 1900 in der Partei organisiert, sind beide echte Klassenkämpfer und Vioniere in der Arbeiterbewegung. Es gratuliert herzlich der Distrikt 3.

* **Die Töpfer im Baugewerksbunde** haben Montag, 9. Juli, 19½ Uhr, eine wichtige Versammlung im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses.

* **Der Direktor des Hauptversorgungsamtes Breslau** ist vom 7. Juli bis 4. August beurlaubt. Vertreter: Oberregierungs-Medizinalrat Dr. Ditten und Oberregierungsrat Gerstenberg.

* **Von der Arbeit der Taschendiebe.** Recht unangenehm machten sich gestern wieder einmal die Taschendiebe bemerkbar, die durch die Sorglosigkeit vieler Straßenpassanten wieder einmal reiche Beute machen konnten. So wurde einer Frau im Hauptbahnhof die Geldtasche mit 200 Mark aus der Handtasche gestohlen. — Einer anderen auswärtigen Frau konnte ebenfalls im Hauptbahnhofe das Portemonnaie mit 110 Mark aus der Handtasche herausgefingert werden, während einem Manne in einem Warenhause in der Schmiedebrücke unbemerkt die Geldtasche mit 42 Mark abgenommen wurde. — Am Postschalter im Hauptbahnhofe stahlen Langfinger einem Schweizer die Brieftasche mit 10 Mark und Ausweispapieren aus der Jacketttasche, und einer Frau das Portemonnaie mit 6 Mark aus der Handtasche, als sie in einem Warenhause am Ringe ihre Einkäufe tätigte.

* **Zusammenstoß.** Am Donnerstag vormittag ereignete sich auf der Berliner Chaussee ein Zusammenstoß zwischen einem Personenauto und einem Motorradfahrer, bei dem der im Auto mitfahrende Gutsbesitzer von Gilgenheim aus Auras Verletzungen und einen Oberschenkelbruch erlitt, so daß er mit einem Krankenwagen in das Josefsstift transportiert werden mußte. Der Motorradfahrer kam mit einigen Hautabschürfungen davon, jedoch wurden beide Fahrzeuge stark beschädigt.

* **Mit dem Personenkraftwagen auf den Bürgersteig.** Als am Donnerstag nachmittag gegen 17 Uhr ein aus der Richtung Tauentzienplatz die Schweidnitzer Straße entlang kommender Personenkraftwagen, der von einer Frau gesteuert wurde, am Stadttheater in die Agnes-Sorma-Straße einbiegen wollte, verlor die Lenkerin die Gewalt über den Wagen und fuhr über den Bordstein hinweg auf den Bürgersteig. Dabei wurde die Schülerin Herta Winkler, Höfchenstraße 30, umgerissen und kam unter das Fahrzeug, wodurch sie schwere Verletzungen erlitt und in das Allerheiligen-Hospital eingeliefert werden mußte.

* **Bei einer Motorrad-Razzia,** die vom Verkehrskommando der Schutzpolizei am Donnerstag nachmittag am Ende der Kaiser-Wilhelm-Straße und am Ende der Frankfurter Straße durchgeführt wurde, mußten 9 von 56 kontrollierten Motorrädern beschlagnahmt werden, da sie ungenügende Schalldämpfungsvorrichtungen aufzuweisen hatten.

* **Warnung vor Neppern.** Gewarnt wird hiermit vor zwei Neppern, die Bijouteriewaren und zwar Herrenuhrketten und Herrensiegelringe als echte Goldwaren in hiesiger Stadt auf öffentlichen Straßen und Plätzen zum Kauf anbieten. Der Handlungsgehilfe Alfons J. und der Arbeiter Paul H. machen sich unter der Angabe an Passanten heran, daß sie bei einem Goldarbeiter in Arbeit stehen, von welchem sie die angeblichen Goldwaren erhalten haben und die sie zu einem Spottpreise abzusetzen gedächten. Personen, die durch die Bezeichneten geschädigt sind oder durch dieselben geschädigt werden sollten, werden gebeten, sich zu K. P. VIII b 3916/28 im neuen Polizeidienstgebäude, Museumsstraße 2—4, melden zu wollen.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Erweiterter Parteivorstand. Heute abend, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6, wichtige Sitzung.

Distrikt 1. Haltet euch für Sonntag, den 15. Juli, frei. Weiteres in den nächsten Tagen an dieser Stelle.

Distrikt 3. Montag, den 9. Juli, abends 7,30 Uhr, bei Kanther, Lewaldstraße 27, wichtige Funktionärsitzung. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Distrikt 10. Der Distrikt 11 veranstaltet Sonntag, den 8. Juli, ein Kinderfest im Amerikanischen Vergnügungspark in Gandau. Die Genossinnen und Genossen werden gebeten, sich recht zahlreich daran zu beteiligen.

Distrikt 11. Sonntag, den 8. Juli, findet im Amerikanischen Vergnügungspark in Klein-Gandau unser Kinderfest mit Gartenkonzert (Eintritt frei), statt, wozu alle Genossinnen und Genossen um ihr Erscheinen gebeten werden. Abmarsch mit Kapelle um 13,30 Uhr, vom Distriktslokal, Allen-, Ecke Leuthenstraße.

Distrikt 16. Sonnabend, den 7. Juli, abends von 8 Uhr an, bei Kutsche, Wäldchen 24, Ausgabe der Plaketten an die Bezirkskassierer. Jeder erscheine bestimmt.

Distrikt 17. Alle Festkomiteemitglieder treffen sich morgen, Sonnabend, 19,30 Uhr, in der Wohnung des Distriktsführers.

Distrikt 18. Heute, 20 Uhr, im Wolf-Ausschank, wichtige Vertreter- und Funktionärsitzung. Sonntag, den 8. Juli, findet das Kinderfest in Friedrichsruh (Pohlanowitzer Friedhof), statt. Abmarsch mit Musik mittags 1 Uhr, vom Weißenburger Platz, aus. Die Nachbardistrikte sind freundlichst eingeladen.

Distrikt 22. Heute, pünktlich 19 Uhr, bei Kapsch, Weinstraße 88, wichtige Funktionärsitzung.

Distrikt 26. Montag, 20 Uhr, bei Görlich, Sitzung sämtlicher Funktionäre und Komiteemitglieder.

Distrikt 33. Montag, den 9. Juli, 20 Uhr, in der Baracke, Teichäcker, außerordentliche Distriktsversammlung. Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt erforderlich, da außer wichtiger Tagesordnung, über unseren, am 22. Juli stattfindenden Ausflug beschlossen werden soll.

Jungsozialistische Arbeitsgemeinschaften.

Heut, 20 Uhr:

Gruppe Nikolaitor, Pöpelwitz, Andersenschule Vorderhaus, Zimmer 3. Wir kommen im neuen Heim zusammen. Bringt Gäste mit. Referent: Genosse E. Stephan.

Gruppe Ohlauer Tor, Brockauer Schule, Seitenhaus, 2. Etage. Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft über „Politische und soziale Demokratie". Referent: Genosse O. Krumschmidt.

Gruppe Scheitnig, Sandtor Odertor, Benderschule, Lehmdamm. Kapitalismus ist der Krieg — Sozialismus ist der Friede. Referent: Genosse H. Pech.

Gruppe Strehlener Tor. Wir gehen Sonntag auf Fahrt. Treffen 7 Uhr am Flughafen.

Organisiert im heutigen Gruppenabend den Verkauf der Karten für den 14. Juli.

Sozialistische Arbeiterjugend.

Arbeiterjungen und Mädels, besucht die Veranstaltungen der Sozialistischen Arbeiterjugend. Heute, 20 Uhr, finden folgende statt:

Heim 1 (Kletschkauschule). Wanderliederabend.
Heim 2 (Ofener Schule): Laienspiele.
Heim 3 (Materiooschule): Arbeiterdichterabend.
Heim 4 (Sprudelstraße): Heimabend.
Heim 5 (Andersenschule): Wir sind um 19 Uhr im Kurgarten, Frankfurter Straße. Liederbücher mitbringen.
Heim 7 (Baracke, An den Teichäckern): Rechte und P[illegible]n eines Mitgliedes in unserer Organisation.
Heim 8 (Fürstenschule): Diskussionsabend: Kapitalismus und Sozialismus.
Heim 10 (Rosenthal): Heimabend.

Funktionäre. Montag, den 9. Juli, findet unsere fällige Funktionärsitzung statt. Thema: SAJ.-Jugend und die Gewerkschaftsjugend. Referent: Genosse Herzfelschneider. Es wird erwartet, daß alle Funktionäre erscheinen.

Obleute! Werbt für das Unterbezirkstreffen in Oels.

Heim 8. Heute, 20 Uhr, [illegible] Heim.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Alle Jugendkolleginnen und -kollegen beteiligen sich am Genossenschaftsfest.

Spielchor. Wir treffen uns Sonnabend, 18 Uhr, am Hauptbahnhof. Die Nachmittagsfahrenden sind um 13,30 Uhr am Gewerkschaftshaus.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Treffpunkt der Zeltlagerteilnehmer am Sonnabend zur Bahnfahrt um 12.45 Uhr am Freiburger Bahnhof. Gruppe 1: 12 Uhr, am Webschplatz; Gruppe 2: 12 Uhr, an der Fürstenschule; Gruppe 3: 12 Uhr, am Materiooplatz; Gruppe 5: 12,30 Uhr, am Freiburger Bahnhof. Alle müssen pünktlich da sein. Musikinstrumente müssen mitgebracht werden.

Arbeiter-Sport

Freie Turnerschaft Breslau, 7. Männerabteilung. Freitag nach dem Turnen: Festkomiteesitzung.

Freie Turnerschaft Breslau, E. V. Tennisabteilung. Heut abend 8 Uhr nach dem Ueben: Versammlung im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses.

Fußballsparte. Schiedsrichtervereinigung. Montag, den 16. Juli, 20,30 Uhr, findet die Schiedsrichter-Vollversammlung statt.

Freie Sportvereinigung „1897", Bezirksabteilung. Der am Sonnabend angesetzte Anfängerkursus im Boxen muß auf Mittwoch, den 11. Juli, verschoben werden und findet in der Brunnenturnhalle statt.

Handball. Vereine, die Karten von der Verbandsmeisterschaft noch nicht abgerechnet haben, müssen dies bald tun. Spieler der Städtemannschaft, Jersey abgeben!

S.V. Poseidon e. V. Meldungen für das Schwimmfest in Görlitz am 29. Juli und das Schwimmfest am 15. Juli im Poseidon-Bad sind bald an Genossen Thomas abzugeben. Selbiger übernimmt auch während der nächsten Woche die technische Leitung im Poseidon-Bad. — Peisterwitzfahrer treffen sich Sonntag morgen 5 Uhr am Mauritiusplatz. Radwimpel mitnehmen. — Sämtliche Mitglieder, welche im Poseidon-Bad abonniert sind, müssen bis spätestens 15. Juli ihr Abonnement bezahlt haben.

Freie Rudervereinigung Breslau, E. V. Jugendabteilung. Peisterwitzfahrer, die Sonnabend fahren, treffen sich um 17,15 Uhr, und diejenigen, die Sonntag fahren, um 5,45 Uhr am Hauptbahnhof (Haupteingang). Mitzubringen sind Decke, schwarze Hose, weißes Ruderhemd und 90 Pf. Badegeld.

Freie Kanu-Vereinigung Breslau, E. V. Eine Erweiterung des Sportbetriebes ist in der Freien Kanu-Vereinigung Breslau durch die Pflege des Jiu-Jitsusports erfolgt. Uebungsabend ist jeden Freitag ab 19 Uhr im Bootshaus. Wer also neben dem schönen Paddelsport auch noch diesen Kampfsport betreiben möchte, der wird Mitglied der F.K.V.B. Nächste Monatsversammlung am 6. Juli, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

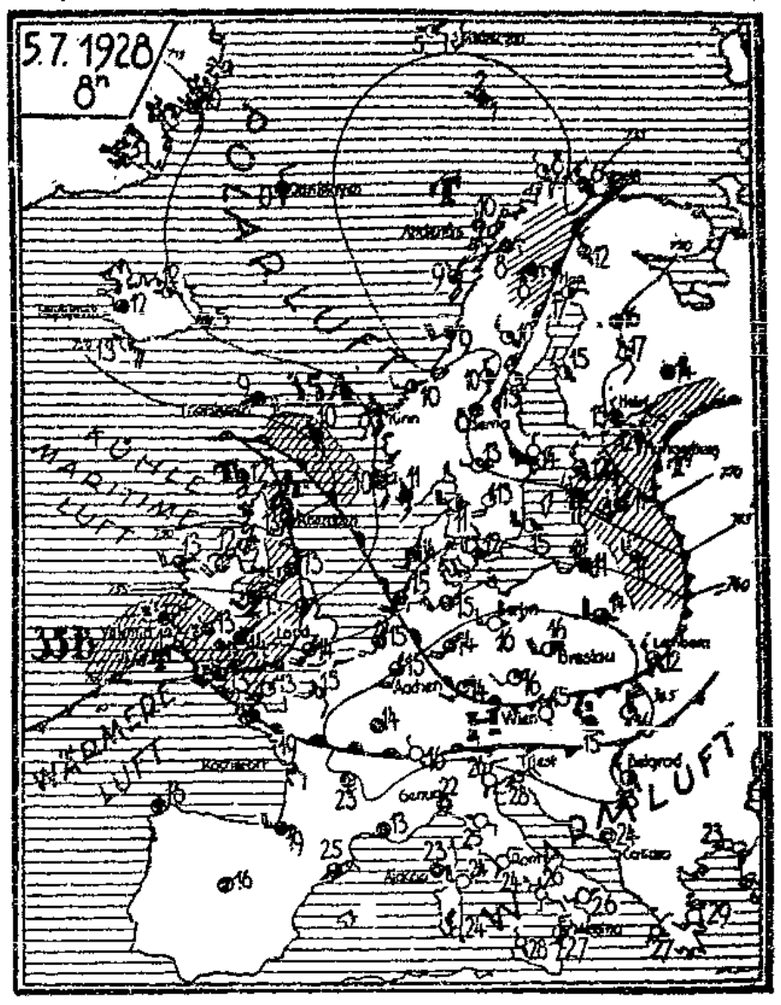
Freie Kanuvereinigung. Genossen, die mit dem Rade nach Peisterwitz fahren, sind Sonnabend nachmittag ½17 Uhr Kloster-, Ecke Tauentzienstraße. Abfahrt 17 Uhr. Für die Genossen aus dem Nikolaitor Abfahrt ½17 Uhr Striegauer Platz.

Arbeiter-Radfahrerverein Breslau. Sonnabend, den 7. Juli, Mondscheintour nach Trebnitz. Start 8 Uhr abends Magazinschule, Magazinstraße. Sonntag, den 8. Juli, nach Machnitz. Start 1 Uhr nachmittags Matthiasplatz. Zusammentreffen mit den Mondscheintourfahrern.

Kraftsportvereinigung „West 21". Heut, Freitag: Monatsversammlung bei Kuhl, Pöpelwitzstraße.

Motorfahrer-Abteilung. Sonnabend, den 7. Juli: Mondscheintour nach Trebnitz. Start 9 Uhr abends Vereinslokal bei E. Böhm, Jahnstraße. — Sonntag, den 8. Juli, nach Canth (Bahnhof). Start 2 Uhr nachmittags Striegauer Platz. Zusammentreffen mit den Mondscheinfahrern, gemeinsame Fahrt nach Sachwitz.

„Freie Menschen". Heut, Freitag: Gymnastikkursus in der Turnhalle Bohrauer Straße. — Sonntag treffen wir uns früh um ½6 Uhr an der Endstation der Linie 10, Matthiasstraße.



Amtlicher Wetterbericht
des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck, auch mit Quellenangabe, verboten).

Die Störung 35 A ist dicht im Norden unseres Bezirks über Norddeutschland und Dänemark hinweggezogen, hat dabei aber Schlesien nicht unmittelbar beeinflußt. Die Zufuhr maritimer Luftmassen hält von Westen her zunächst noch an. Nach vorübergehender Erwärmung kann es daher wieder zu einzelnen Gewittern kommen.

Aussichten für das schlesische Flachland und Mittelgebirge:

Bei südwestlichem Winde aufheiterndes wärmeres Wetter, nur vereinzelt leichte Gewitter.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:

Stärker bis stürmischer Nordwest, wechselnd bewölkt, nur vereinzelt Gewitter, milder.

Vereinskalender.

Baugewerksbund Breslau. Fachgruppe der Töpfer. Außerordentliche Versammlung Montag, den 9. Juli, 19,30 Uhr, Zimmer 7/8, Gewerkschaftshaus. Thema: Bericht von den Verhandlungen und Beschlußfassungen.
Die Fachgruppenleitung.

Steinarbeiter. Sektion der Steinmetzen. Sonnabend, den 7. Juli, findet abends 7,30 Uhr, Uferstraße 26, Kassentag und Versammlung statt.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Breslau. Am Sonnabend, den 7. Juli, ist im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses, abends 7,30 Uhr, die Branchenversammlung der Parkettleger. Wir bitten die Kollegen, vollzählig zu erscheinen.
Die Branchenleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Installateure und Helfer. Sonnabend, den 7. Juli, 20 Uhr, Zimmer 7/8, Branchenversammlung mit Lichtbildervortrag. „Ford, seine Ideen und Arbeitsmethoden".

Former (Vertrauensleute). Sonnabend, den 7. Juli, 19 Uhr, bei Froehlich, Kleine Holzstraße, Sitzung.

Heizungsmonteure und Helfer. Sonntag, den 8. Juli, vormittags 9,30 Uhr, im kleinen Saal, Branchenversammlung. Bericht von den Verhandlungen, Beschlußfassung. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Schmiede und Kesselschmiede. Sonntag, den 8. Juli, vormittags 9,30 Uhr, bei Arlt, Berliner Straße 82, Branchenversammlung.

Vorzeichner und Anreißer. Montag, den 9. Juli, 19,30 Uhr, Zimmer 15.

Maschinen- und alle anderen Schlosser (außer Bauschlosser). Donnerstag, den 12. Juli, 19,30 Uhr, im Zimmer 10.

Werkzeugmacher. Donnerstag, den 12. Juli, 19,30 Uhr, Zimmer 13.

Mechaniker und Fahrradschlosser. Donnerstag, den 12. Juli, 19,30 Uhr, Zimmer 20.

Maschinenarbeiter und -Arbeiterinnen. Freitag, den 13. Juli, 19,30 Uhr, Zimmer 9.

Elektriker (Vertrauensleute). Sonnabend, den 14. Juli, 19,30 Uhr, Zimmer 13.

Breslauer Produktenbörse vom 4. Juli.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 5 Juli 1928 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) frachtfrei Breslau in vollen Waggonladungen. Tendenz: Getreide: matt. — Oelsaaten: geschäftslos. — Kartoffeln Notiz gestrichen, da Geschäfte in alten Kartoffeln nicht bekannt geworden sind, und neue noch nicht gehandelt werden. — Mehl: Matter.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)

Getreide (p. kl.)	5.	4.	Oelsaaten	5.	4.
Weiz. 74 kg E.G.	27,00	27,20	Mittl. Art und Güte letzt. Ernte		
Roggen 71 kg*	27,50	27,50	Winterraps	—,—	—,—
Hafer*	24,90	24,90	Leinsamen	38,00	—,—
Braugerste, gute	—,—	—,—	Senfsamen	40,00	—,—
Braugerste*	—,—	—,—	Hanfsamen	38,00	—,—
Industriegerste einschl. Winterg.*	—,—	—,—	Blaumohn	70,00	—,—

* Mittlere Art und Güte

Speise-Kartoffeln: (Erzeugerpreise) frachtfrei Breslau: Rote, Weiße, ab Erzeugerstation.

Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg)

	5.	4.		5.	4.
Weizenmehl	37,50	37,75	Auszugmehl	43,75	44,00
Roggenmehl	38,25	38,25			

Die Preise verstehen sich bei Weizen- und Roggenmehl für Type 70 Mrgz., feinere Sorten werden höher bezahlt.

Zeitgeschäfte in Getreide und Mehl.

Erfüllungsort Breslau. Lieferung ab Waggon, vom Kahne oder vom Speicher. Preise in Reichsmark: für Getreide pro 1000 kg, für Mehl pro 100 kg Brutto.

Lieferung im Monat	Weizen Normalgewicht 755 g für das Liter		Roggen Normalgewicht 712 g für das Liter		Hafer Normalgewicht 475 g für das Liter		Roggenmehl nach Typen 60 %	
	5. 7.	4. 7.	5. 7.	4. 7.	5. 7.	4. 7.	5. 7.	4. 7.
Juli	—	—	265	265	—	248 G	—	—
	263 B	—	—	—	—	—	—	—
Septbr.	262½ B	263	—	—	218 B	—	—	33½ B
	—	—	—	—	—	—	—	32½ G
Okt.	—	263½ B	—	—	—	—	—	—
	—	262 G	—	—	—	—	—	—

Tendenz: Weizen, Roggen, Hafer, Roggenmehl knapp behauptet.

Stachelbeeren mit Maizena!

Stachelbeergrütze (6 Personen):
3 Pfd. Stachelbeeren, 1 Zitrone, 1 Pfd. Zucker, 160 Gramm „MAIZENA"

3 Pfund unreife Stachelbeeren gibt man nach dem Waschen in 1 Liter kaltes Wasser, etwas Zitronenschale und ein Pfund Zucker und läßt dieses ½ Stunde kochen. Nun streicht man das Ganze durch ein Sieb oder einen Fruchtbeutel, quirlt 160 Gramm „Maizena" in ¼ Liter Wasser glatt, gibt dieses unter die Masse und läßt unter stetem Umrühren noch einmal gut aufkochen.

Arbeit und Wirtschaft

Wie steht es mit dem Ruhrbergbau?

Diese Frage wird auf der am kommenden Sonntag beginnenden Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes in Magdeburg eine Rolle spielen. Die Unternehmer erklären, der Ruhrbergbau könne eine weitere Lohnbelastung nicht mehr tragen, da er dann nicht mehr konkurrenzfähig sei. Können die Bergarbeiterlöhne, die auch jetzt noch, trotz der Lohnerhöhung von 8 Prozent ziemlich weit gegenüber anderen Berufen zurückstehen, nicht mehr erhöht werden?

Im Ruhrgebiet ist in den letzten Jahren stark rationalisiert worden. Der Schichtförderanteil ist von 943 Kilogramm im Jahre 1913 auf 1174 Kilogramm im Februar 1928 gestiegen. Eine Steigerung von 25 Prozent! Dennoch soll der Ruhrbergbau keine höheren Löhne zahlen können? Die Beteiligungsziffer des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats, die einen ungefähren Maßstab für die Höhe der Produktionskapazität gibt, betrug im März 1924 rund 112 Millionen Tonnen, im Jahre 1927 insgesamt 164 Millionen Tonnen. Dabei sind seit dem Jahre 1924, abgesehen von kleineren Betrieben, über 50 Schachtanlagen stillgelegt worden. Trotz großer Stillegungen also ein erschreckendes Mißverhältnis zwischen Produktionsmöglichkeit und Absatzmöglichkeit! Das bedeutet Steigerung der Selbstkosten, weil die Anlagen nur zu [illegible] ausgenutzt werden. Eine Milliarde Mark investiertes Kapital liegt brach. Hier liegt die Ursache der schwierigen Lage und nicht bei den Gewerkschaften oder bei dem Schlichter, die angeblich über zu wenigen Verständnis verfügen.

Das Uebel liegt in der Kohlenverteilung; denn jeder Konzern hat das Bestreben, eine möglichst hohe Beteiligungsziffer zu bekommen und sich dann ohne Rücksicht auf die Absatzmöglichkeit auszudehnen. Das zeigt aber nur das Mißverhältnis zwischen Produktionsmöglichkeit und Absatzmöglichkeit. Das Mindeste, was also geschehen muß, ist, daß die Kohlenverteilung nach anderen Grundsätzen als bisher erfolgt und nicht mehr den Syndikaten überlassen bleibt, sondern dem Reichskohlenrat übertragen wird. Die Errichtung von Neuanlagen und die Gestaltung der Betriebe muß unter Berücksichtigung des technischen Fortschrittes im Verhältnis zu der Absatzmöglichkeit erfolgen.

Der Rollionsweg der Belegschaften von Zeche „Johann Deimelsberg"

ist um eine Station bereichert worden. Erst hatte sich der Stillegungskommissar des Oberbergamtes Dortmund für die Lebensfähigkeit von Deimelsberg ausgesprochen, wenn die Zeche mit Zentrum 4—6 zu einer Zentralanlage vereinigt würde. Wenige Wochen später sprach er sich dagegen aus, und das preußische Handelsministerium lehnte in der Folge die vom Landtag befürworteten Kredite zur Aufrechterhaltung von Deimelsberg ab. Jetzt hat, wie auf der Generalversammlung des Adler-Bergbau-Konzerns, dem Deimelsberg gehört, mitgeteilt wurde, Professor Dr. Glinz von der Technischen Hochschule in Charlottenburg für den vereinigten Betrieb von Deimelsberg und Zentrum 4—6 eine baldige gesunde Rentabilität begutachtet. Bis Mitte Juli ist die Stillegung hinausgeschoben, bis dahin soll auch das von Preußen eingeforderte Obergutachten vorliegen.

Erst belogen, dann betrogen.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichten wir in Nr. 126 unseres Blattes einen Artikel, der sich mit der eigenartigen Arbeit deutschnationaler Gewerkschaftssekretäre im DHV. vornehmlich aber mit der Tätigkeit des deutschnationalen Gewerkschaftssekretärs Meschenmoser in Chemnitz beschäftigte.

Wir stellten in dem fraglichen Artikel die Behauptung auf, daß der Geschäftsführer Meschenmoser-Chemnitz des DHV. seine Mitglieder den Arbeitgebern ausgeliefert habe, wie weiter, daß Meschenmoser ein Abkommen mit den Arbeitgeberverbänden erst unterzeichnete, als ihn seine eigenen Mitglieder ob dieses Verhaltens gestäupt hätten. Wir knüpften an diese Handlungsweise eine Reihe von vom Standpunkt des freien Gewerkschaftlers verständlicher Kommentare und erhalten nun vom DHV., Ortsgruppe Chemnitz, nachstehende Berichtigung:

Es ist unwahr, daß der Geschäftsführer Meschenmoser des DHV. nach Chemnitz versetzt wurde, weil die Mitglieder des DHV. mit ihm nicht mehr zufrieden gewesen sind.

Wahr ist, daß die Mitglieder des DHV. mit Meschenmoser während seiner achtjährigen Tätigkeit in München sehr zufrieden gewesen sind.

Es ist unwahr, daß der DHV. unter Führung von Meschenmoser den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Chemnitz vom 30. Januar 1928 ablehnte, obwohl der Spruch vom Kreisleiter Mehler vom DHV. mit gefällt worden war.

Wahr ist, daß Meschenmoser zur fraglichen Zeit überhaupt noch nicht in Chemnitz tätig war und der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Chemnitz vom 30. Januar 1928 von den in der Metallindustrie beschäftigten Mitgliedern des DHV. abgelehnt wurde.

Es ist unwahr, daß Meschenmoser das Abkommen mit den Arbeitgeberverbänden erst unterzeichnete, nachdem ihn seine eigenen Mitglieder ob seines erbärmlichen Verhaltens gestäupt hatten.

Wahr ist, daß die in der Metallindustrie beschäftigten Mitglieder des DHV. Meschenmoser die größte Anerkennung bekundeten und ihn nur unter dem Druck der durch die Haltung der anderen Angestelltenverbände geschaffenen Sachlage zur Annahmeerklärung der Vereinbarung vom 14. Mai bevollmächtigten.

Es ist unwahr, daß Meschenmoser in München nach einem fast unglaublichen Schiedsspruch für die Angestellten im Großhandel dem Z.d.A., als er zu retten versuchte, was zu retten war, nach dem DHV.-Motto „Haltet den Dieb" die Schuld zuschob.

Wahr ist, daß der Z.d.A. gemeinsam mit dem Gewerkschaftsbund der Angestellten nach der Ablehnung dieses fast unglaublichen Schiedsspruches durch die Mitglieder des DHV. in einem freiwilligen Abkommen mit dem Arbeitgeberverband Bestimmungen zur Regelung der Gehalts- und Arbeitsverhältnisse der Angestellten vereinbarte, die ungünstiger als die in dem Schiedsspruch vorgesehenen Bestimmungen waren und daß Meschenmoser trotzdem ein für die Angestellten besseres Abkommen erzielte.

Schmuhl.

Zu dieser Berichtigung haben wir folgendes zu bemerken: Wir bestreiten keinesfalls, daß es auch im DHV. Mitglieder gibt, die mit dem Vorgehen ihrer Organisation in dieser Tarifbewegung einverstanden sind. Das sind aber diejenigen seiner Mitglieder, die als rechte Hand ihrer Arbeitgeber tätig sind, außerhalb des Tarifes stehen und daher nur die Interessen der Arbeitgeber kennen. Darüber hinaus aber vermeidet es der DHV. wohlweislich, auf den Kern der Sache einzugehen. Mit keinem Wort bestreitet er die Tatsache, daß durch seine Ablehnung des Schiedsspruchs die Angestellten monatelang ohne Gehaltszulage geblieben sind. Mit keinem Wort bestreitet er weiter die Tatsache, daß in der Zeit vom 1. Januar bis Ende Mai 1928 alle Bedürfnisse im Preise beträchtlich gestiegen sind und daß eine im Mai bewilligte Gehaltszulage nicht mehr den Wert hat als eine solche, die bereits im Januar bewilligt worden wäre.

Die große Masse der Angestellten im DHV. ist empört über das Verhalten der Organisation. Vielleicht unterzieht sich Herr Schmuhl einmal der Mühe und stellt die Stimmung in den Betrieben der für diesen Abschluß zuständigen Metallindustrie fest. Er wird bestimmt nichts Schmeichelhaftes zu hören bekommen. Für München gilt das gleiche. Auch dort wird es Mitglieder geben, die mit der Tätigkeit des Herrn Meschenmoser einverstanden gewesen sind. Bekanntlich hat ja der DHV. nicht nur Angestellte, sondern auch einen großen Teil der Arbeitgeber als Mitglieder. Die erste Art seiner Mitglieder aber war froh, als Herr Meschenmoser den Staub Münchens von seinen Füßen schüttelte.

Geradezu lächerlich wirkt die Behauptung des DHV., daß er parteipolitisch neutral und von den Unternehmern vollkommen unabhängig sei, wie weiter, daß er bei Wahlen keinen politischen Zwang seinen Mitgliedern gegenüber ausübe. Seine Führer Lambach, Thiel und wie sie sonst alle heißen, haben sich in Wort und Schrift für die Rechtsparteien eingesetzt und sind auch selbst als Vertreter dieser Parteien in den Reichstag gewählt worden. Neben ihnen auf gleicher Liste stehen ausgesprochene Gegner der Angestelltenbewegung. Wir wiederholen nochmals nur die beiden Namen: Oberfinanzrat Bang und Bergwerksdirektor Rademacher.

In seiner Berichtigung erwähnt der DHV. wiederum den Verband weiblicher Handels- und Büroangestellter mit keinem Wort. Er geht also um die Tatsache herum, daß sowohl in München wie in Chemnitz der V.w.A. gemeinsame Sache mit dem Zentralverband der Angestellten und dem G.d.A. gemacht hatte. Das charakterisiert die ganze Art der Berichtigung zur Genüge.

Fragen des internationalen Bergbaus auf dem französischen Bergarbeiterkongreß

Der Verbandstag der französischen Bergarbeiter in Clermont-Ferrand hat sich eingehend mit der Lage im internationalen Bergbau befaßt. Der Generalsekretär der Gewerkschaften, Jouhaux, gab in einem Referat der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Problem der Produktion nur auf internationaler Grundlage gelöst werden könne. Der Irrtum des Kapitalismus bestehe darin, daß er das eigene Nationalinteresse auf Kosten des Interesses der anderen Völker verfolge. Der deutsche Delegierte Berger trat in seiner mit warmem Beifall aufgenommenen Ansprache für ein wirtschaftliches Locarno ein, das dem diplomatischen folgen müsse. Der englische Delegierte erklärte, die gegenwärtige Politik der bürgerlichen Regierungen führe die Bergarbeiterschaft einer verzweifelten Lage entgegen. Sie müsse überall ihre Stimme erheben, um Abhilfe zu schaffen. Ihr Wahlspruch solle sein: „Die Hütten für alle, nicht für die Hüttenbesitzer, sondern für das ganze Volk!"

Verbilligung des Kredits.

Die seit dem Frühjahr zum mindesten nicht mehr ansteigende Konjunktur rechtfertigt alle Ueberlegungen, durch welche Mittel die wirtschaftliche Tätigkeit Deutschlands gefördert werden kann. Eines der vornehmsten Mittel dazu, wenn die Verhältnisse es erlauben, ist die Verbilligung des Kredites, wie sie durch die Senkung des Reichsbankdiskonts erfolgen kann. Die Entwickelung der Reichsbank seit der ersten Diskonterhöhung im Juni auf 6 Prozent und der zweiten auf 7 Prozent im Oktober vorigen Jahres, legt im Zusammenhang mit dem Reichsbankausweis zum Halbjahresschluß den Gedanken nahe, daß die Zeit zur Kreditverbilligung durch eine Diskontermäßigung gekommen ist.

Die Inanspruchnahme der Reichsbank in der Woche zum 30. Juni, der Ultimowoche des ersten halben Jahres, war an sich beträchtlich. Banken und Wirtschaft haben 728 Millionen Mark neue Kredite verlangt, wovon 616 Millionen auf Wechselkredite und 111 Millionen auf Lombarddarlehen entfallen. Dennoch ist diese Inanspruchnahme neuer Kredite bei der Reichsbank, wenn man die langsamer gewordene Zahlungsweise in der Wirtschaft und die Kreditinanspruchnahme in früheren Zeiten der Hochkonjunktur berücksichtigt, keineswegs sehr groß. Die Zunahme der Wechselbestände Ende Juni mit 616 Millionen wurde Ende März noch um 108 und Ende Dezember noch um 96 Millionen Mark übertroffen. Der Wechselbestand der Reichsbank war Ende Juni 1928 mit 2477 Millionen niedriger als Ende Juni (2495 Millionen), obwohl ein Jahr der allerstärksten Hochkonjunktur dazwischen liegt. Die im Juni und Oktober 1927 vorgenommenen Diskonterhöhungen haben also während der Hochkonjunktur ihre Aufgabe, die Wirtschaftstätigkeit sich nicht überschlagen zu lassen, voll erfüllt.

Da seit dem Frühjahr dieses Jahres bereits die Wirtschaftstätigkeit in Deutschland nachläßt, mit großer Wahrscheinlichkeit infolgedessen innerhalb der nächsten vierzehn Tage wieder ein sehr starker Rückgang der Kreditinanspruchnahme bei der Reichsbank erfolgen wird, besteht keinerlei Grund, beim Eintreten dieses Rückganges die teuren Zinsen der Reichsbank von heute beizubehalten. Es kommt hinzu, daß das durchschnittliche Zinsniveau auf dem freien Geldmarkt, wenn man die Diskontunterschiede gegenüber dem Vorjahre berücksichtigt, heute relativ bedeutend niedriger ist als im vorigen Jahre. Die auf dem Geldmarkt herrschenden Tendenzen sind also ebenfalls einer Diskontermäßigung günstig.

Der deutsche Kapitalmarkt freilich ist noch wenig ergiebig. Aber da Deutschland, wie der kürzlich veröffentlichte Halbjahresbericht der Reichskreditgesellschaft mit Recht hervorgehoben hat, auf Jahre hinaus an einer inneren Kapitalmarktklemme leiden muß, können die Verhältnisse auf dem inländischen Kapitalmarkt für die Diskontpolitik der Reichsbank nicht maßgebend sein. Auf der anderen Seite bestehen gar keinerlei Bedenken für den Fall, daß nach erfolgter Diskontermäßigung die Nachfrage nach den billigeren Krediten sich verstärken würde. Das wäre ja die konjunkturpolitische Absicht einer Diskontermäßigung. Diese Bedenken sind deshalb nicht berechtigt, weil die Deckung der im Verkehr befindlichen Reichsbanknoten durch die sehr beträchtliche Erweiterung der Gold- und Devisenbestände seit der letzten Diskonterhöhung einen größeren Spielraum zur Notenausgabe läßt, als das vor einem Jahre, in der Zeit der Hochkonjunktur, der Fall war.

Die Diskontpolitik der Reichsbank ist dazu da, die Konjunktur zu beeinflussen. Als im vorigen Jahre die Konjunktur sehr scharf aufwärts zeigte, ging die Reichsbank mit ihrem Diskontsatz während vier Monaten zweimal hinauf. Jetzt, wo die Konjunktur deutlich nachläßt und wahrscheinlich deshalb sich abschwächt, weil die Kapitalkosten in Deutschland zu hoch sind, ist es an der Zeit, dieser Lage Rechnung zu tragen. Das kann um so mehr geschehen, als die Reichsbank, ohne die Sicherheit der deutschen Kreditwirtschaft im mindesten zu gefährden, die Mittel dazu hat.

Auch auf die ausländische Kapitalzufuhr kann eine Senkung des deutschen Diskontsatzes nur verbilligend wirken, und darüber hinaus braucht man sich sicher keine Gedanken zu machen, daß der Zustrom ausländischer Gelder deshalb nachlassen würde, weil vielleicht eine etwas niedrigere Verzinsung die Folge wäre. Alle Nachteile daraus würde eine Kreditverbilligung in Deutschland durch die zu erwartende Belebung der Wirtschaft und die stärkere Kapitalbildung reichlich wett machen.

Der Reichslandbund kann nicht weiter.

Fusionsverhandlungen mit dem Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Der Reichslandbund hat offenbar von seinen landwirtschaftlichen Genossenschaften, deren zahlreiche Pleiten ihn in Bauernkreisen schon sehr viel Ansehen gekostet haben, die Nase voll. So wird man eine Nachricht verstehen müssen, die wir erst für unwahrscheinlich hielten, die sich aber bewahrheitet. Der Reichslandbund verhandelt nämlich mit dem Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — neben Raiffeisen der größte Verband — über die Angliederung sämtlicher vom Reichslandbund aufgezogenen landwirtschaftlichen Genossenschaften. Der Reichslandbund will seinen Genossenschaftsverband, seine Zentralkasse und seine Warenanstalt liquidieren und nach dem Anschluß seiner Einzelgenossenschaften an die Provinzial- und Landesverbände des Reichsverbandes sich auf seine „großen wirtschaftspolitischen Aufgaben" beschränken!

* * *

Man muß in der Tat annehmen, daß es politische Gründe und keineswegs Nationalisierungsabsichten im Rahmen des öffentlichen Notprogramms für die Landwirtschaft sind, die den Reichslandbund zu dieser äußerlich so fortschrittlich anmutenden Geste veranlassen. Die Niederlage der Deutschnationalen im letzten Wahlkampf war die Niederlage des Reichslandbundes, und diese selbst erklärt sich zum größten Teil aus dem moralischen Bankrott, den die wirtschaftlichen Unternehmungen des Reichslandbundes in den Augen der Landbundmitglieder erfahren. Die führenden Landbundratten verlassen, mit anderen Worten, ein Schiff, das durch ihre Unfähigkeit leck geworden ist, um sich mit um so größerer Energie in der Zukunft nur noch der politisch-demagogischen Bearbeitung der deutschen Landbevölkerung hinzugeben. So wird man die „großen wirtschaftspolitischen Aufgaben" wohl zu verstehen haben, auf die sich der Reichslandbund in der Zukunft beschränken will.

Die Reichseinnahmen und Ausgaben im April/Mai 1928.

Die Uebersicht über die Reichseinnahmen und Ausgaben im April/Mai 1928 zeigt im ordentlichen Haushalt einen Uebertrag aus dem Vorjahr von 647,1 Millionen Reichsmark. Gegenüber einem Haushaltsoll und Rechnungs-Soll des Vorjahrsrestes von 8862 Millionen Reichsmark betrug die Ist-Einnahme im April 1928 an Steuern, Zöllen und Abgaben 884,2 Millionen Reichsmark, im Mai 647,2 Millionen Reichsmark, in beiden Monaten zusammen 1531,4 Millionen Reichsmark. Gegenüber dem Haushalts-Soll von 9562,1 Millionen Reichsmark betrugen die Ist-Einnahmen des gesamten ordentlichen Haushalts im April 905,6 Millionen Reichsmark, im Mai 731,3 Millionen Reichsmark. In beiden Monaten zusammen 1636,9 Millionen Reichsmark.

An Ausgaben machten die Steuerüberweisungen an die Länder gegenüber einem Haushalts-Soll von 3234,6 Millionen Reichsmark im April 260,2 Millionen Reichsmark aus, im Mai 298,2 Millionen Reichsmark, in beiden Monaten zusammen 558,4 Millionen Reichsmark. Gegenüber einem Haushaltssoll von 799,8 Millionen Reichsmark betrugen die Ausgaben für die Beamten- und Angestelltengehälter im April 62,9 Millionen Reichsmark, im Mai 67,6 Millionen Reichsmark, in beiden Monaten zusammen 130,5 Millionen Reichsmark. Gegenüber einem Haushalts-Soll von 1781,5 Millionen Reichsmark forderten Versorgung und Ruhegehälter einschließlich Kriegsbeschädigten-Renten im April 151,3 Millionen Reichsmark, im Mai 152,3 Millionen Reichsmark, in beiden Monaten zusammen 303,6 Millionen Reichsmark. Gegenüber einem Haushaltssoll von 1227,5 Millionen Reichsmark betrugen die Ausgaben für Reparationszahlungen im April 41,6 Millionen Reichsmark, im Mai 65,7 Millionen Reichsmark, in beiden Monaten zusammen 107,3 Millionen Reichsmark. Gegenüber dem Haushaltssoll an Ausgaben des ordentlichen Haushalts von 10 209,2 Millionen Reichsmark betrugen die Ausgaben des ordentlichen Haushalts im April 786,6 Millionen Reichsmark, im Mai 722,7 Millionen Reichsmark und in beiden Monaten zusammen 1509,3 Millionen Reichsmark. Die Mehr-Einnahme betrug danach in beiden Monaten 127,6 Millionen Reichsmark.

Im außerordentlichen Haushalt zeigten bei einem Haushalts-Soll von 835,4 Millionen Reichsmark die April-Einnahmen 0,5 Millionen Reichsmark, die Mai-Einnahmen 0,3 Millionen Reichsmark, für beide Monate insgesamt 0,8 Millionen Reichsmark. Bei einem Haushaltssoll von 401,4 Millionen Reichsmark zeigen die entsprechenden April-Ausgaben 58,2 Millionen Reichsmark, die Mai-Ausgaben 21,5 Millionen Reichsmark, für beide Monate insgesamt 79,7 Millionen Reichsmark.

Am Schluß des Monats Mai 1928 zeigt der ordentliche Haushalt einen Bestand von 754,7 Millionen Reichsmark, der außerordentliche einen solchen von 509,2 Millionen Reichsmark. Der gesamte Bestand aus beiden Haushalten betrug somit 1265,5 Millionen Reichsmark.

Ausbau der Reichsbahn-Reparaturwerkstätten.

Bei dem aus der früheren Reichspulverfabrik in Kirchmöser bei Brandenburg in eine Eisenbahnwerkstätte umgewandelten Reichsbahnwerk Brandenburg-West sind jetzt mehrere Abteilungen neu in Betrieb genommen worden. Umfangreiche Siedlungsbauten sind inzwischen fertiggestellt. Die Eisenbahnwerkstätte Brandenburg-West ist die größte Reparaturwerkstätte der Reichsbahn und wird immer mehr zur Zentrale des gesamten Reparatur-, Prüfungs- und technischen Lehrwesens der Reichsbahn ausgebaut. — Die von der Reichsbahn in Dessau-Süd errichtete Reparatur-Werkstätte für die elektrifizierten mitteldeutschen Eisenbahnlinien wird in Kürze fertiggestellt sein. Auch diese Werkstätte ist so angelegt worden, daß sie entsprechend dem Fortschreiten der Elektrifizierung weiter ausgebaut werden kann.

Aus aller Welt

Freitag, 6. Juli 1928

Sturz aus dem Flugzeug?

Rätselhafter Tod des Finanzmagnaten Löwenstein.

Die Börsenwelt wurde am Donnerstag von einem in seiner Auswirkung noch unübersehbaren Ereignis überrascht. Der bekannte belgische Multimillionär Löwenstein, einer der reichsten und bekanntesten Bankiers der Welt, ist am Mittwoch abend auf rätselhafte Weise in den Tod gegangen. Er hinterläßt eine Erbschaft von mehreren 100 Millionen Dollar.

Löwenstein war am Mittwoch abend in Begleitung zweier Sekretärinnen und eines Kammerdieners von Croydon bei London in seinem Privatflugzeug nach Brüssel gestartet. Die Maschine sauste über den Kanal in einer Geschwindigkeit von 145 Kilometer dahin, als Löwenstein sich zur Toilette begab. Von dort ist er nicht mehr zurückgekehrt. Angeblich verfehlte er die Tür zur Toilette und stürzte aus 500 Meter Höhe ins Meer. Als Löwenstein nach einer Viertelstunde nicht zurückgekehrt war, versuchten seine Begleiterinnen die Gründe seiner langen Abwesenheit festzustellen. Mit Entsetzen stellten sie fest, daß sich Löwenstein nicht mehr in dem Flugzeug befand. Der Pilot ging sofort nieder und landete in der Nähe von Dünkirchen. Von hier aus wurden die erforderlichen Nachforschungen eingeleitet und die Angehörigen Löwensteins in Brüssel benachrichtigt. Die Gattin des Bankiers traf bereits am Donnerstag Vormittag in Dünkirchen ein. Alle Nachforschungen sind bisher erfolglos geblieben. Das Flugzeug wurde vorläufig beschlagnahmt.

In Sachverständigenkreisen neigt man der Auffassung zu, daß Löwenstein nicht verunglückt ist, sondern seinem Leben von sich aus ein Ende gemacht hat. Man verweist darauf, daß die Seitenwände der Kabinen in allen Flugzeugen allgemein mit einem Doppelriegelverschluß versehen sind, der ein unbeabsichtigtes Oeffnen der Tür unmöglich mache. Abgesehen davon käme eine Verwechslung der Ausgangstür mit der meist benachbarten, aber nach hinten führenden Tür zum Waschraum kaum in Frage. Die Außentüren seien außerdem so angebracht, daß der Propellerwind eine etwa aufstehende Tür zuschlage. Um den während des Fluges einem Oeffnen entgegenstehenden Druck zu überwinden, sei eine außergewöhnliche Kraftaufwendung erforderlich. In maßgebenden Kreisen Brüssels nimmt man ebenfalls an, daß Löwenstein Selbstmord verübt hat, da seine Finanzen in letzter Zeit mehr und mehr in Unordnung gerieten. Alle Versuche, sie zu ordnen, seien fehlgeschlagen.

Das Unwetter im Reich.

Die in den letzten Tagen, insbesondere am Mittwoch im ganzen Reich zu verzeichnenden Stürme haben nach den jetzt vorliegenden Meldungen einen wesentlich größeren Schaden angerichtet und viel mehr Opfer gefordert, als anfänglich angenommen wurde. In Berlin sind außer zahlreichen leichtverletzten Passanten auch eine ganze Reihe Schwerverletzter zu verzeichnen, die noch wochenlang im Krankenhause zubringen müssen. Wie stark der Sturm in Berlin war, ergibt sich daraus, daß allein im Tiergarten zwanzig starkstämmige Bäume entwurzelt oder umgebrochen wurden. Der Gebäudeschaden ist ebenfalls außerordentlich groß. Wie hoch sich der Gesamtschaden beziffert, ist vorläufig noch gar nicht zu übersehen. Die Feuerwehr hatte auch am Donnerstag in Berlin noch alle Hände voll zu tun. Am Mittwoch befand sie sich „im Ausnahmezustand". Das ist seit vielen Jahren nicht vorgekommen.

In weiten Teilen des Reiches, insbesondere im Osten, hat der Sturm noch schwerer gehaust, als in der Reichshauptstadt. In Schlesien wurden neun Personen getötet und mehr als zwanzig schwer verletzt. In Preiskretscham mußten bei dem Einsturz eines Schornsteins allein fünf Personen ihr Leben lassen. Ein weiterer tödlicher Unfall war in der Ziegelei Petersdorf zu verzeichnen. In Ost-Oberschlesien wurden die Ernten teilweise völlig vernichtet. Im Rybniker Gebiet wurden etwa 300 Dächer abgedeckt; sechzehn Personen erlitten Verletzungen. In Kattowitz stürzte in einer Maschinenfabrik ein Gerüst ein; ein Arbeiter wurde auf der Stelle getötet. Bei den Bahnbauten Mikultschütz—Brünneck wurde eine Arbeiterbaukantine vom Boden weggefegt. Die in der Kantine befindlichen vierzig Arbeiter wurden von den zusammenstürzenden Brettern begraben und zum Teil verletzt. Auf der Strecke Rauden—Gleiwitz wurde sogar ein Eisenbahnzug von dem Sturm umgeworfen. Drei Personen erlitten leichtere Verletzungen. Teilweise sind auch die Telephon- und Lichtleitungen zerstört. Nachrichten über die Wirkungen des Sturmes in Schlesien gelangten deshalb zum großen Teil erst am Donnerstag nachmittag zur Kenntnis der Oeffentlichkeit.

Todesopfer des Orkans im Harz.

Im westlichen Harzgebiet richtete am Mittwoch ein Orkan schwere Schäden an. Alte Bäume wurden entwurzelt und Dächer abgedeckt. In Bad Grund wurde das Dach eines Pavillons vom Sturm emporgehoben und zur Erde niedergeschleudert, wo es Passanten traf. Eine Dame wurde getötet, ein Herr wurde schwer verletzt. Nach vermißten Kurgästen wird noch gesucht. Man rechnet noch mit einer größeren Anzahl Leichtverletzter. Auch in Clausthal—Zellerfeld wütete der Sturm, riß schwere Bäume um und beschädigte mehrere Häuser. Die Telephonverbindungen waren teilweise unterbrochen. Das Unwetter war von wolkenbruchartigem Regen begleitet, der die Harzgewässer in kurzer Zeit zu reißenden Gebirgsbächen anschwellen ließ. Das Unwetter dauerte in unverminderter Heftigkeit etwa eine Stunde. Der Schaden ist ganz beträchtlich.

Ein ganzer Wald zerstört.

Im Gebiet von Dreiannenhohne im Oberharz hat der Sturm den Wald buchstäblich umgelegt. Starke Bäume wurden geknickt. Die Wege sind mit abgerissenen Baumkronen besät. Bad Grund ist besonders stark heimgesucht worden. Auf dem Eichelberg wurde das Dach eines Pavillons abgedeckt. Dabei wurde eine Dame aus Gotha getötet und mehrere andere Kurgäste schwer verletzt. Auf der Erzgrube „Hilfe Gottes" ist ein Mühlenwerk abgedeckt und dabei ein Grubenarbeiter verletzt worden. Die Harzbäche waren durch den vorausgegangenen wolkenbruchartigen Regen zu reißenden Gebirgsflüssen geworden.

Unwetter auch im Moselgebiet.

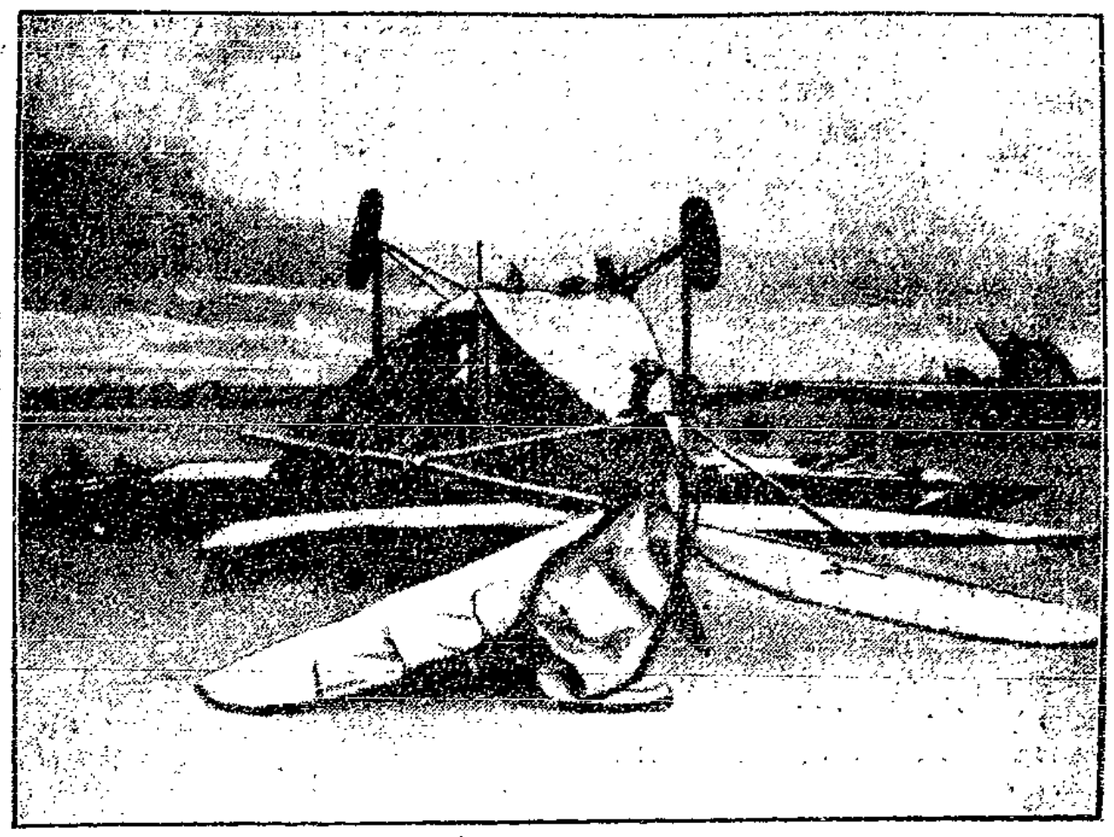
Luxemburg und die angrenzenden deutschen Gebiete wurden auch am Mittwoch von schweren Gewittern heimgesucht, die von Hagelschlag begleitet waren und in den Weinbergen an der mittleren Mosel schwere Schäden anrichteten.

Vom Spiel in den Tod.

In Tarnowitz spielte eine Schar Kinder von 3 bis 10 Jahren mit einer Handgranate. Die Granate explodierte; sechs Kinder wurden auf der Stelle getötet, während vier lebensgefährliche Verletzungen davontrugen.

Orkan über Mittel- und Osteuropa.

Der Sturm des 4. Juli hat in Brandenburg, Schlesien und Polen schwere Verheerungen angerichtet. Auf dem Berliner Flugplatz Tempelhofer Feld wurden eine Flughalle und mehrere Flugzeuge zerstört. Im Bilde: Eine der dort beschädigten Maschinen, ein Dornier-Apparat, der vom Sturm auf den Rücken geworfen wurde.



Mordanklage gegen einen Primaner.

Die Voruntersuchung gegen den des Mordes an seinem Mitschüler verdächtigte Primaner Hußmann ist nunmehr soweit vorgeschritten, daß mit der Aufnahme der Hauptverhandlung gegen Ende Juli gerechnet wird. Auf Grund des bisher gesammelten reichlichen Vernehmungsmaterials, besonders desjenigen von Mitschülern Hußmanns, ist eine Anklageerhebung nicht mehr zu umgehen. Wie verlautet, soll der Verteidiger Hußmanns zur Klärung der Verdachtsgründe ebenfalls die Eröffnung des Hauptverfahrens beantragt haben. Der Fall des verhafteten Schuldieners Neuwöhner hat nach den bisherigen Ergebnissen der Untersuchung mit der Mordsache Daube selbst keine direkte Berührung. Beide Fälle werden getrennt verhandelt.

Im Gummiball über den Niagarafall.

Vor 150 000 Zuschauern stürzte sich ein junger Amerikaner namens Jean Lussier, in einem eigens konstruierten Gummiball über die kanadische Seite der Niagarafälle. Der Gummiball wurde unterhalb des sogenannten Hufeisenfalles von Ruderbooten aufgefischt. Lussier blieb, abgesehen von einigen Quetschungen und Schrammen, unverletzt.

Um die Rettung der „Italia"-Mannschaft.

Nach Meldungen von Bord der „Cita di Milano" plant die schwedische Hilfsexpedition auf einer etwa neun Meilen von dem gegenwärtigen Standort Kapitän Lundborg und der Viglieri-Gruppe entfernten Insel eine Flugzeugbasis zu errichten. Von dort aus solle mit kleinen Flugzeugen der Versuch gemacht werden, die Schiffbrüchigen zu retten. Auf der „Cita di Milano" sind Ersatzmotoren für die italienischen Wasserflugzeuge angekommen. Die „Cita di Milano" wird voraussichtlich nach Kingsbay zurückkehren, um einen Wechsel der Motoren vorzunehmen. Kapitän Rovazzoni hat den Befehl erhalten, in der Nähe des Nordkaps Nachforschungen anzustellen.

Opfer der Wellen.

Zwischen Mannheim und Gersheim sind im Laufe dieser Woche zwanzig Personen ertrunken. Ebenso wurden aus dem Altrhein zahlreiche Leichen gelandet. Seit dem 1. Juli haben im Stromgebiet des Rheins etwa vierzig Personen den Tod durch Ertrinken gefunden.

Eine blutige Tragödie.

Die beliebte Sophienstraße in Heidelberg war am Donnerstag der Schauplatz einer blutigen Tragödie. Seit einigen Wochen verfolgte der 32jährige Metzger Eller die 28jährige Kaufmannsfrau Eichberger mit Liebesanträgen, die unerwidert blieben. Am Mittwoch wiederholte Eller seine Werbung auf offener Straße. Da er kein Gehör fand, folgte er der Kaufmannsfrau und feuerte plötzlich von hinten mehrere Schüsse auf sie ab, die sie in den Rücken trafen. Gleich darauf schoß er sich selbst eine Kugel durch den Kopf. Beide sanken schwerverletzt auf das Pflaster und starben kurz nach ihrer Einlieferung in das Universitätskrankenhaus.

Einsturz eines Getreidespeichers.

In der Ortschaft Weert (Provinz Limburg, Holland) ist die Mauer eines Getreidespeichers umgestürzt und mitsamt einem großen Getreidevorrat auf ein nebenstehendes Haus gefallen. Der 34jährige deutsche Betriebsleiter Heinz Jellenmayer, ein gebürtiger Bayer, der erst im März aus Köln nach Weert gekommen war, und seine 27jährige aus Köln stammende Ehefrau und ihr fünf Monate altes Kind wurden unter den Trümmern begraben und erstickten.

Hat er spioniert oder nicht?

Der dänische Infanteriehauptmann Lembourn, der kürzlich unter dem Verdacht der militärischen Spionage in Deutschland festgenommen wurde, bleibt weiterhin in Haft. Die Untersuchung ist bereits abgeschlossen. Ihr Ergebnis wird zunächst die militärischen Sachverständigen beschäftigen. Von ihrem Gutachten hängt es ab, ob Lembourn auf freien Fuß gesetzt wird.

Ein Oberleutnant als Mörder.

In Riga ist der Oberleutnant Kaschotzin verhaftet worden, weil er im Verdacht des Doppelmordes steht, den er im Jahre 1919 an einer deutschen Gutsbesitzerin und ihrer Tochter verübt haben soll. Kaschotzin ist in den Kämpfen der lettischen Armee gegen Bermont als Führer einer lettischen Abteilung auf das Gut Grafentha in Kurland gekommen, wo als Gäste eine Frau Walther mit ihrer Tochter weilten, die von ihrem Gute geflüchtet waren. Kaschotzin hat Mutter und Tochter als Bermontspione verhaften und erschießen lassen. Es wird behauptet, diese Erschießung sei nur angeordnet worden, um die Tochter aus der Welt zu schaffen, die von Kaschotzin vergewaltigt worden sei.

Stapellauf des größten Zerstörers der Welt in Frankreich.

Am Mittwoch wurde in Saint Nazaire der Torpedobootzerstörer „Verdun" vom Stapel gelassen. In dem Zerstörer besitzt die französische Flotte das bis jetzt größte Kriegsschiff dieser Gattung. Die „Verdun" hat eine Wasserverdrängung von 2690 Tonnen, eine Länge von 130 und eine Breite von 11,80 Metern. Bei einer Maschinenkraft von 70 000 PS. entwickelt das Kriegsschiff eine Geschwindigkeit von 37 Knoten. Die Bestückung besteht aus fünf Kanonen, zwei Flugzeugabwehrgeschützen und vier Torpedorohren. Leben wir nicht in Zeiten der Abrüstung?

Flugzeug-Absturz.

Am Donnerstag vormittag stürzte auf dem Flugplatz Hannover ein von einem Studenten der Technischen Hochschule geführtes Flugzeug aus 200 Meter Höhe ab. Die Maschine wurde vollständig zertrümmert; der Flugzeugführer wurde in hoffnungslosem Zustande in das Krankenhaus eingeliefert.

Ein neuer Angriff auf den Dauerflug-Rekord.

Die Junkerspiloten Risticz und Zimmermann, die bereits vor wenigen Tagen ohne Erfolg einen Angriff auf den Flugweltrekord unternahmen, sind am Donnerstag um 4 Uhr morgens zu einem neuen Versuch aufgestiegen. Der Flug geht zwischen Dessau und Leipzig vor sich.

43 Grad Celsius in Wien.

Die Temperatur in Wien ist weiter gestiegen. Am Mittwoch verzeichnete das Thermometer 43 Grad Celsius.

Todesopfer der Hitze.

Nach Meldungen aus Detroit sind infolge der seit drei Tagen herrschenden großen Hitze drei Personen getötet worden.

Ein Rockefeller im Völkerbundssekretariat.

Wie verlautet, wird John D. Rockefeller, der 22jährige Enkelsohn des amerikanischen Milliardärs und Oelkönigs, in Kürze einen Posten im Informationsbüro des Völkerbundssekretariats übernehmen.

Der letzte Akt der Tragödie von Roche-la-Molière.

Die Beisetzung der 55 Bergarbeiter, die in der Grube Roche-la-Molière bei St. Etienne (Frankreich) einer Grubengasexplosion zum Opfer gefallen sind.

Aus Schlesien.

Rätselraten ums Oberpräsidium.

Die Breslauer Presse beschäftigt sich seit gestern, offenbar von interessierter Seite inspiriert, eingehend mit der Neubesetzung des niederschlesischen Oberpräsidiums. Die „Breslauer Neuesten Nachrichten" nannten gestern den Lüneburger Regierungspräsidenten Genossen Lüdemann als sicheren Anwärter, während andere bürgerliche Blätter heute mitteilen, daß diese Mitteilung vom preußischen Innenministerium als unrichtig bezeichnet wird. Dabei wurde auch verschiedentlich, selbstverständlich auch von der Hugenbergschen Telegraphen-Union, Bedenken laut, weil der präsumptive Oberpräsident nicht — gebürtiger Schlesier sei.

Richtig ist unserer Information nach lediglich, daß Genosse Lüdemann unter den in Frage kommenden und bisher genannten Personen die meisten Aussichten haben dürfte. Ausschlaggebend ist dabei natürlich die sachliche Qualifikation und nicht die Geburtsstadt. Es mutet eigenartig an und läßt fast vermuten, daß im Grunde andere Motive vorhanden sind, wenn die Breslauer Presse plötzlich den Grundsatz aufstellt, daß politische Verwaltungsbeamte aus der Provinz gebürtig sein müssen, in der sie zu arbeiten berufen sind. Diese partikularistische Engherzigkeit war bisher immer ein Sonderrecht der bayrischen Reaktion und gewisser politischer Kreise Oberschlesiens.

Wir nehmen an, daß das Staatsministerium des Freistaates Preußen sich bei seinem Beschluß, der noch aussteht, nicht von derartigen kirchturmspolitischen Gesichtspunkten leiten lassen wird.

Antisemitische Wunderhunde.

und die Schömberger Würstel.

Aus Landeshut wird uns folgende ergötzliche Geschichte berichtet:

Ein Förster aus dem Kreise Landeshut versuchte seinen Hunden — den Antisemitismus beizubringen und brüstete sich ob seiner Erfolge bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit. Als er kürzlich den Besuch von Bekannten erhielt, war es natürlich sein erstes, seine antisemitischen Wunderhunde vorzuführen. Nach einigen geglückten Experimenten kündigte der Förster einen besonderen Dressurakt an.

Er legte auf eine Bank ein Stück trockenes und ein mit Fleisch belegtes Brot und erklärte den Hunden, während er auf das trockene Brot zeigte: „Das ist von Christen!" und auf das belegte Brot zeigend: „Das ist von Juden!" Die Augen der arischen Dackel leuchteten begehrend auf, aber sie ließen das Brot mit dem Fleisch liegen, schüttelten sich entsetzt und trabten mit dem trockenen Brot ab. Ein Besucher, der dem „Wunder" nicht recht traute, machte ein gleiches Experiment mit zwei Wurststücken. Aber das „jüdische" Würstchen blieb liegen und nur das „christliche" Stück wurde von den Hunden verzehrt. Die Gäste des Försters waren des Lobes voll über die klugen Tiere und ließen ein ganzes Paket für zu Hause erstandener Schömberger Würstel beruhigt in dem Zimmer liegen, während sie sich von dem Forstmann die Sehenswürdigkeiten des Forsthauses zeigen ließen.

Als sie dann nach kurzer Zeit in das Zimmer zurückkehrten, war das Wurstpaket verschwunden. Der Besitzer desselben konnte gerade noch beobachten, wie sich die beiden arischen „Wunder"dackel um die letzte Wurst zankten. Treuherzig schauten sie nach getaner Arbeit die Ankommenden an, als wollten sie fragen, „Diese Wurst war doch nicht von Juden?"

Im Eisenbahnabteil betäubt und beraubt.

Ein Geschäftsmann aus der Gegend von Schmiedeberg war auf der Eisenbahnfahrt nach Breslau mit zwei unterwegs in sein Abteil gestiegenen Reisenden ins Gespräch gekommen. Plötzlich verlor er dabei die Besinnung und kam erst in Breslau wieder zu sich, wo er das Fehlen seines Koffers mit Wertsachen im Betrage von etwa 700 Mark feststellen mußte. Auf seine Anzeige hin erhielt er aus Königszelt die Nachricht, daß der geraubte Koffer leer in einem Wäldchen an der Bahnstrecke gefunden worden sei. Der eigenartige Vorfall bedarf noch der Aufklärung.

Nieder-Salzbrunn. Wegen Brandstiftung verhaftet. Kürzlich ereigneten sich hier an zwei Tagen hintereinander drei Brände, deren Ursachen ungeklärt blieben. Nunmehr konnte ermittelt werden, daß der Dachstuhlbrand im Gasthaus „Zur Erholung" in Liebichau angelegt wurde und die 20jährige Tochter Helene des Besitzers Fiebig als Täterin in Frage kommt. Sie wurde verhaftet.

Bunzlau. Eine teure Fahrt. Der Landwirt Wilhelm Sch. aus Ober-Neuhammer radierte aus einer Fahrkarte vierter Klasse, die an und für sich ungültig war, das Datum heraus, um sie benutzen zu können. Bei diesem versuchten Betrug wurde er geschnappt und hatte sich nun am Mittwoch vor dem Liegnitzer Schöffengericht unter Anklage der Urkundenfälschung zu verantworten. Er erhielt eine Geldstrafe von 60 Mark — eine teure Reise.

Bobrek. Eine oberschlesische Wild-Westaffäre. In der sogenannten Wiesenschlucht machte ein Tschecche, der nachts über die grüne Grenze gekommen war, die Bekanntschaft einiger junger Männer und Mädchen, die auf eine Wiese lagerten. Nach Vertilgung einiger, von dem Grenzgänger gespendeter „Lagen" wurde er nach einem Hause begleitet, in dem man ihm angeblich Nachtquartier zur Verfügung stellen wollte, und dort mit einem harten Gegenstand hinterrücks vor den Kopf geschlagen. Der Tschecche brach sofort besinnungslos zusammen und stellte, als er wieder zu sich kam, das Fehlen seiner Barschaft von 160 Zloty fest. Einer der Räuber konnte tags darauf festgenommen werden, nach den anderen wird gefahndet.

Ratibor. Der nasse Tod. Infolge eines Wadenkrampfs ging ein Badender in der freien Oder plötzlich unter. Ein junges Mädchen versuchte vergeblich ihn zu retten. Der Verunglückte ist Vater drei unversorgter Kinder.

Tarnowitz. Zu dem Handgranatenunglück. Nach dem Bekanntwerden des schrecklichen Handgranatenunglücks, bei dem sechs Kinder getötet wurden, haben einige polnische Blätter die Behauptung aufgestellt, daß die Handgranate aus dem deutschen Abstimmungskommissariat stammen soll, das in dem Gebäude seinerzeit untergebracht war. Der „Oberschlesische Kurier" aber berichtet, daß während der Aufstandszeit in nächster Nähe des Schuppens, wo die Kinder die Handgranate gefunden haben, polnische Aufständische ihr Lager aufgeschlagen, woraus sich das Auffinden der Handgranate erklären ließe. Uns scheint dieser edle Streit der Nationalisten müßig. Handgranate ist Handgranate. Ob Polen oder Deutsche sie in der Aufstandszeit liegen ließen, macht keines der toten Kinder lebendig und beweist niemandes „Schuld." Schuld ist die Menschheit, die den organisierten Mord als Heldentat feiert und im Leben die Völker für unentbehrlich hält.

Sturm über Oberschlesien.

Tote und Verwundete.

Mit unerhörter Heftigkeit hat sich das schon gestern gemeldete Unwetter in Oberschlesien ausgetobt. Telegraphenstangen und Bäume wurden wie Streichhölzer geknickt und versperrten sowohl Landstraßen wie Eisenbahngeleise, so daß der Bahnverkehr mehrfach erhebliche Unterbrechungen erfuhr. Die kolossale Stärke des das Gewitter begleitenden Wirbelsturmes deckte an vielen Orten die Dächer ab, brachte leichtere Gebäudeteile zum Einsturz und führte zu zahlreichen, teils tötlichen Verletzungen.

In Wieschowa brach eine Baukantine von Eisenbahnarbeitern zusammen und begrub die etwa zwanzig Arbeiter unter sich, von denen fünf schwer verletzt wurden. Der Hochwald Wieschowa ist fast vollständig verwüstet. In Rokittnitz wurde das Dach des Feuerwehrdepots vollständig abgedeckt. Vier Tote gab es in Peiskretscham, als der Schornstein der dortigen Ziegelei einstürzte. Sogar eiserne, in Beton fundierte Lichtmasten wurden hier wie Strohhalme aus dem Fundament gehoben und geknickt. Fürchterlich waren die Auswirkungen des Wirbelsturmes und der niedergehenden Regenmassen auch in den Großstädten Hindenburg und Gleiwitz und Beuthen.

Der Sturm deckte auch einen Teil der Allerheiligen-Kirche und der neuen Richtersdorfer Antoniuskirche in Gleiwitz ab. Alte dickstämmige Bäume wurden mit Wurzeln aus dem Boden gerissen. Der Zirkus Sembrot, der auf dem Krakauerplatz seine Zelte aufgeschlagen hatte, wurde völlig niedergerissen. Menschenleben kamen hier glücklicherweise nicht zu Schaden. Auf dem Flugplatz wurden die Dächer der beiden Flughallen abgedeckt und auf die benachbarten Wiesen geschleudert. Die Flugzeuge in der Halle wurden durcheinander gewürfelt und teilweise beschädigt. Die Seitenwand einer alten Halle wurde glatt umgelegt ohne zu zerstückeln. Der Telefonverkehr erlitt starke Störungen. Die Ueberlandleitungen wurden zerrissen. Auf der Bahnstrecke Gleiwitz-Laband wurden Telegraphenstangen und Bäume auf die Schienen geworfen, sodaß der Zugverkehr über zwei Stunden bis zur Beseitigung der Hemmnisse aufgehalten wurde. Am Bahnhof Ludwigsglück wurde das Empfangsgebäude abgedeckt, sodaß die Wohnungen in den oberen Stockwerken freigelegt wurden.

In Hindenburg richtete heftiger Hagelschlag Verwüstungen an. Der Straßenbahnverkehr mußte vollständig eingestellt werden. Auch die verschiedenen Gruben und Hüttenanlagender Städtefreiheit im Industriebezirk haben ganz erheblich gelitten.

Schwere Schäden auch in der Wojewodschaft

Bisher drei Tote gemeldet.

In Kattowitz selbst wurde das Gerüst am Neubau des Wojewodschaftsgebäudes niedergerissen. Zwei auf dem Gerüst befindliche Arbeiter retteten sich dadurch, daß sie sich am Gesimse festhielten, bis sie nach einer halben Stunde von der Feuerwehr gerettet werden konnten. Auf der Maschinenfabrik Elevator wurde das ungefähr 80 Meter lange Dach des Maschinenhauses abgerissen und in den Fabrikhof geschleudert. Ein Arbeiter wurde getötet und zwei Arbeiter schwer verletzt. In Michalkowitz wurden zwei Arbeiter durch umstürzende Bäume erschlagen. Großer Schaden wurde auch in der Laurahütte angerichtet, wo mehrere Schornsteine umgerissen und dabei eine Anzahl Personen verletzt wurden. Sehr schwer wütete der Sturm auch im Kreise Rybnik. Gleichzeitig setzte Hagelschlag ein, durch den fast die gesamte Ernte vernichtet wurde. Der im Kreise Rybnik angerichtete Schaden geht in die Millionen Zloty. In Chorzow wurde das Bahnhofsgebäude vom Sturm abgedeckt und das Dach auf einen gerade einfahrenden Personenzug geschleudert.

An der Königshütter Chaussee wurden vor der deutschen Grenzstation zwei Häuser vollkommen abgedeckt und die Dächer etwa 20 Meter vom Sturm fortgetragen. Das polnische Zollhaus, in das sich hunderte von Leuten geflüchtet hatten, hat am Dach schweren Schaden erlitten. Frauen und Kinder weinten und schrien vor Angst. Ein wüstes Bild bietet der Redenberg, wo eine große Anzahl von Bäumen glatt umgelegt wurden. In der Stadt Königshütte gab es ebenfalls schwere Beschädigungen in den Parkanlagen und an den Häusern.

Auch in Siemianowitz und Umgegend hat der Sturm, an welche unbeändige Gewalt sich die ältesten Einwohner nicht erinnern können, ungeheuren Baumschaden angerichtet. So sind im Bienhof nicht weniger als 46 starke Bäume umgelegt worden.

Kreis Neumarkt

Eine neue Autobuslinie

will der Unternehmer Lüdecke in Verbindung mit seinem Autobusdienst Lissa—Breslau einrichten, indem er diese Linie von Stabelwitz aus nach Wilxen, Schreibersdorf und Gniesgau zu verlängern beabsichtigt. Die Einspruchsfrist gegen die nachgesuchte Genehmigung läuft laut Kreisblatt am 15. Juli ab.

Ein Adreßbuch für den Kreis Neumarkt

ist im Verlag Kleinjung, Liegnitz, erschienen. Es kostet 5 Mk. und kann durch die Gemeinde- und Gutsvorsteher bestellt werden.

Neumarkt. Verkehrsunglück. Dienstag abend fuhr das Auto des Autobesitzers Jesche in Groß-Peterwitz gegen einen Baum. Der Zementfabrikant Janke und der Chauffeur erlitten erhebliche Verletzungen.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

(Hier finden lediglich Mitteilungen Aufnahme, die der Redaktion über das Sekretariat des Unterbezirks Breslau-Land zugehen.)

Breslau-Cawallen. Sonnabend, den 7. Juli, abends ½8 Uhr, findet im Lokal von Kusche eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Redner: Genosse Blaubel. Parteimitglieder, erscheint recht zahlreich in dieser Versammlung.

Breslau-Schwoitsch. Sonnabend, den 7. Juli, abends 8 Uhr, findet die Monatsversammlung der SPD., Ortsgruppe Schwoitsch, statt. Der Wichtigkeit wegen darf kein Mitglied fehlen. Die Versammlung findet im Lokal von Hoffmann statt. Redner: Stadtverordneter Genosse Mimietz.

Groß-Mochbern. Unsere Mitgliederversammlung findet am Sonnabend, den 7. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Schreier statt. Da wichtige Dinge zur Beratung stehen, sollte kein Mitglied fehlen. Redner: Gausekretär Wonneberger.

Schottwitz. Wir weisen nochmals auf die Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 7. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Prescher hin. Redner: Genosse Schiffer.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Kreis Breslau-Land.

Sonnabend, den 7. Juli:

Ortsverein Zimpel: Gasthaus Wittke, Zimpeler Weg, 20 Uhr, Monatsversammlung.

Ortsverein Steine: Gasthaus Grocholl, Steine, 20 Uhr, Monatsversammlung.

Ortsverein Rosenthal: Gasthaus Owietzko, Rosenthal, 19,30 Uhr, Monatsversammlung.

Ortsverein Treschen: Gasthaus Guse, Treschen, 20 Uhr, Monatsversammlung.

Ortsverein Klein-Sägewitz: Gasthaus Seidel, Radwanitz, 19 Uhr, Monatsversammlung.

Ortsverein Rothsürben: Gasthaus Stilla, Weigwitz, 20 Uhr, Monatsversammlung. Angehörige haben von 21 Uhr ab Zutritt.

Sonnabend, den 14. Juli:

Ortsverein Hartlieb: Gasthaus Rosenberger, Hartlieb, 20 Uhr, Monatsversammlung.

Ortsverein Herrnprotsch: Gasthaus Maskos, Herrnprotsch, 20 Uhr, Monatsversammlung.

Achtung! Sonntag, den 15. Juli: Achtung!

Kreis-Abteilungs-Treffen der Abteilung West.

13,30 Uhr: Empfang der Ortsvereine und Gäste am „Letzten Heller", Päpelwitz.
14,00 Uhr: Abmarsch nach Cosel—Pilsnitz—Groß-Masselwitz.
15,00 Uhr: Festansprache: Kamerad Steiner.
15,30 Uhr: Abmarsch nach Klein-Masselwitz, Kranzniederlegung.
16,00 Uhr: Volksfest im Lokal „Zur Hummel", Klein-Masselwitz.

Es ist Pflicht eines jeden Kameraden, an der Veranstaltung teilzunehmen. Angehörige und Gäste willkommen. **Der Kreisleiter.**

Wasserstand

6. Juli.

Ratibor	0.96	Ransern (Unter-Pegel)	1.62
Neisse (Stadt) vom 5. 7.	— 0.62	Dyhernfurth vom 5. 7.	0.90
Neissemündung (Unter-Pegel)	1.44	Abflußmenge sekundlich 46 cbm	
Brieg (Malstenkran)	1.58	Fürstenberg	0.23
Treschen	1.02	Wasserwärme +21,4°.	

Uebernahme der niederschlesischen Blinden-Unterrichtsanstalt.

Eine programmatische Ansprache des Landesrats Genossen Tilch.

Am Mittwoch vormittag fand im großen Saale der Blinden-Unterrichtsanstalt die feierliche Uebergabe der 110 Jahre bestehenden Anstalt an die niederschlesische Provinzialverwaltung statt, zu der neben einer großen Anzahl von Ehrengästen sich auch die Vertreter der verschiedensten Behörden und öffentlichen Körperschaften eingefunden hatten.

Nach einem von den Schülern der Anstalt klangschön zu Gehör gebrachten Gesangsvortrag, nahm der erste Vorsitzende des Niederschlesischen Blindenfürsorgevereins, Oberstudiendirektor Dr. Reichert, das Wort und gab einen kurzen Abriß über die Geschichte dieser Anstalt. Er schilderte, wie der blinde Student Georg Knie vor 110 Jahren mit behördlicher Genehmigung die Anstalt ins Leben rief, die dann später von mancher Seite unterstützt und gefördert wurde. Nach reiflicher Ueberlegung übergebe er nun im Namen des Blindenfürsorgevereins das Heim an die Provinz und erhoffe von diesem Schritt Gutes für die Blinden.

An Stelle des abwesenden Landeshauptmanns verliest Landesrat Schröder eine Erklärung des Landeshauptmanns, die Verdienste der Anstalt hervorhebend, die Anstalt weiter in dem bisher geführten Sinne zu leiten verspricht. Nach der etwas kühl und reichlich formell gehaltenen Erklärung, findet in einer Ansprache der Dezernent des provinziellen Blindenwesens, Landesrat Genosse Tilch, ein wärmeres Wort für die Blinden und ihre Einrichtungen. Reich ist die Erbschaft, die heut die Provinz antrete, aber mehr als von jeder anderen Erbschaft gilt hier das Wort: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen." So wird es auch die vornehmste Aufgabe der Provinz sein müssen, daß das Heim in treuer Arbeit zu erwerben. Die Betreuung der Blinden wird mit modernen Methoden zu erfolgen haben. Der Blinde will heute kein Mitleid, sondern vollwertige Einordnung in den Produktionsprozeß. Aus diesem Grunde spielt die Berufsertüchtigung der Blinden heute eine besondere Rolle. Die heutige Rationalisierung hat auch die bisherige Arbeit der Blindenbetriebe unrentabel gemacht, so daß neue Wege beschritten werden und die Blinden als Teilarbeiter in stärkerem Maße in der Industrie Beschäftigung finden müssen.

Rechtsanwalt Schwendy, ein Kriegsblinder, Vorsitzender des Schlesischen Landesblindenverbandes, vermittelt den Dank der niederschlesischen Blinden an alle, die an der Hilfe für die Blinden mitgearbeitet haben, und hofft, daß das vom Landesrat Tilch gezeichnete Programm möglichst bald verwirklicht und für das Unterkommen der aus der Anstalt entlassenen Blinden gesorgt werden möge. Er gedenkt noch in kurzen bewegten Worten des Oberstudiendirektors Dr. Wiedemann, des Rektors des schlesischen Blindenwesens, der Vergangenheit des Heimes und beerdigt beifällig das pädagogische Programm, das Genosse Tilch in seiner Aussprache entwickelt hatte und aus dem man entnehmen konnte, daß die Anstalt auch jetzt in guten Händen sei.

Nach einigen weiteren Gesangsvorträgen und einer kurzen Ansprache des stellvertretenden Direktors der Anstalt, Blindenoberlehrers Burde, erfolgte die Entlassung einer Anzahl von Zöglingen aus der Anstalt. Mit dem Vortrag der „Freischütz"-Ouvertüre durch das Schülerorchester der Anstalt wurde die schlichte, aber eindrucksvolle Feier der Uebergabe der Anstalt in die Provinzial-Verwaltung geschlossen.

Für die Reise

Chlorodont-Zahnpaste
die herrlich erfrischend schmeckende Pfefferminz-Zahnpaste. Tube 60 Pf. u. 1 Mk.
Chlorodont-Zahnbürste
Spezialbürste mit gezahntem Borstenschnitt. 1.25 Mk. für Erwachsene, 70 Pf. für Kinder.
Chlorodont-Mundwasser
mit gleichem köstlichen Pfefferminz-Aroma. Reisespritzflasche 1.25 Mk.

Für die Frauen

Muttertags-Rummel.

Gerade am Morgen des Muttertages, dem 13. Mai, sandte mir eine Freundin die Unterhaltungsbeilage des Berliner Lokal-Anzeigers vom 11. Mai. Ein Artikel: „Den Müttern" von Josef Stollreiter war angekreuzt. An den Rand war folgende Bemerkung geschrieben:

„Dieses auch jetzt wieder kriegshetzerische Blatt, der „Lokal-Anzeiger" erdreistet sich, diese lügnerischen Töne anzuschlagen. Und wohin treiben sie die unehelichen Mütter, die ihren Kindern die Fontanella eindrücken oder ins Wasser gehen oder ihre Frucht abtreiben oder — oder — oder .... Unendlich herbe drückende „Oder", die du ebensogut kennst wie ich ...."

Der Artikel übertraf meine schlimmsten Erwartungen. Hätte er noch irgendeine in verlogener Ideologie stagnierte Dame aus der „Gartenlaube" zur Verfasserin gehabt! Aber — einen Mann! Und was für einen Mann! Noch nie habe ich aus der Feder eines Mannes derartig verlogen-pathetische Hymnen, ein derartig widerlich kitschtriefendes, mit peinlich geschmacklosen Metaphern gespicktes Phrasengeklingel gelesen —, und das in einer Tageszeitung, die immerhin nicht zu den Käseblättern zählt.

Womit haben die armen Frauen das verdient? Wie kommt dieser süßlich zwitschernde Kitschmacher dazu, die Mutter mit seinem verlogenen, poetisch sein sollenden, erlauchten Blödsinn derartig anzuöden, zu verhöhnen? Da sträuben sich ja jedem einigermaßen vernünftigen Menschen sämtliche Gehirnwindungen.

Einige Geistesblitze aus dem geschmacklosen mixtum compositum seien angeführt.

„Mütter! In euch hat der Himmel seine Melodien gegossen und seine hohen Wunder geträumt! Mutter Erde klingt und erbebt, wenn ihr über sie hinschreitet mit verklärtem Fuße, und leidet ihr weh, so leidet, so blutet die ganze Schöpfung tiefwund mit! Mütter! um euch allein ist die Schöpfung so herrlich, so namenlos schön! Ihr opfert nicht andere — ihr opfert euch selbst — und werdet gerade darum um so reiner und glückseliger! Ohne euch wäre das höchste Weltwunder „Seele" im Drange der harten, waffenklirrenden Jahrtausende lange verweht und im Schutte, auf dem die Ideale der Menschheit grausig faulen, verkommen! Um euch blühen die Rosen, leuchten die Lilien, ziehen die liederdurchgossenen, jubelnden Vögel selig tirilierend durchs Land!"

Da bleibt kein Auge trocken! Das muß jede Tante ergreifen! Man stelle sich einmal den „Schutthaufen, auf dem die Ideale der Menschheit grausig faulen", illustriert vor. Ein dankbarer Vorwurf für Georg Groß und Otto Dix.

Die „liederdurchgossenen" Vögel, die tirilierend um die Mütter ziehn, sind auch nicht übel. Wenn diese Vögel alle so delirieren wie der Schreiber der Tiraden! Arme Mütter! Natürlich müssen die längst vermoderten Blumen der deutschen „Poesie" Rosen und Lilien, wieder mal herhalten. Von Schwalben ist leider diesmal nicht die Rede. Das kommt das nächstemal zusammen mit der Linde und dem bei „Dichtern" so beliebten Jasmin.

„Wenn eine Mutter im innersten Herzen bebt, bebt die ganze Natur mit, denn die Mutter ist die Königin der Natur, ist die strahlende Hohepriesterin der Schöpfung, ist das Göttliche im Menschenvolk. (Das merkt man täglich.) Um Mutterliebe vergolden sich alle Dinge, steigt ewige Schönheit aus allen Unbedeutendheiten, werden alle Quellen köstlicher Wein und alle Tiefen und alle Schmerzen eitel Wonne! (Namentlich letzteres!) Eine Mutter kann aus den Mysterienwundern ihrer Liebe heraus Sünden vergeben und im Namen Gottes binden und lösen. Nur eine Mutter hat das Recht Gott anzuklagen, und wenn Gott ist, wird er die Klage einer Mutter nimmer verwerfen. (Der Mutterschutz und alle übrigen sozialen Anstrengungen sind demnach vollkommen überflüssig. Wozu macht man sich so viel Scherereien?) Deutsche Mütter — (Jetzt kommts) euch vor allen gilt dieser Tag. In eure Herzen hat das Unglück am unbarmherzigsten gehämmert! In aller Erdteile Schollen sind eure Söhne geschaufelt, aller Haß der Welt hat ihre Gräber begeifert und entweiht, an den Rändern der Karawanenstraßen aller Wüsten unseres Sternes bleichen die sterblichen Reste derer, die ihr unter unsäglichen Qualen geboren und, aller Schmerzen vergessend, stolz der Sonne entgegengebeut.

Deutsche Mutter — täglich müßte die Menschheit der ganzen Erde, die euch so viel Jammer getan, vor grenzenloser Ehrfurcht sich auf die Knie werfen, den Atem anhalten und beten, daß Gott der Erde verzeihe, die euch nicht verteidigt und die Jünger des Hasses nicht in ihre Tiefen eingeschluckt.

Erdball, vergiß nicht, die deutschen Mütter zu grüßen!

In Ewigkeit! Amen. Als ob es nur deutsche Mütter gäbe! Mit den „Jüngeren des Hauses" sind wohl die Söhne französischer und russischer Mütter gemeint. Den Herzen dieser Mütter wurde natürlicherweise kein Leid zugefügt!

Herr Stollreiter, ich soll Sie im Namen des von Ihnen zitierten Erdballes grüßen und fragen, ob Sie noch nie etwas von Mutternot und Mutterelend gehört haben? Die Gesellschaft, die den unverkennbaren Vorzug genießt, Sie zu den Ihren zu zählen, duldet nicht nur die mannigfaltigsten Verzweiflungstaten unglücklich gestellter Mütter mit und ohne Trauring, sondern sie führt sie herbei. Dieselbe Gesellschaft, die an den Mutterfreveln schuld ist, tritt nicht nur als Richter und Henker auf, sondern agitiert als rühriger Apostel der nationalen Organisation gegen die Geburtenbeschränkung. Mit lärmendem Tamtam (nicht Vogeltiritieren) wird gegen alles gezetert und gegeifert, was mit der Begrenzung der Kinderzahl in Verbindung steht. Siehe Kanonenfutter! Ich kann Ihnen aber verraten, daß weder für dieses Tamtam noch für Ihr heuchlerisches Geharfe vom Mutterkult, der Mutterverehrung und dem sogenannten Muttertag bei Frauen irgendwelche Aufnahmefähigkeit finden werden, deren Gebärwille unwiederbringlich unter dem Druck der ökonomischen Mißstände und des Wohnungselends verebbt ist, verebben mußte, innerhalb einer Gesellschaftsordnung, die der Frau in vielen Fällen immer noch allein die Leiden der Mutterschaft aufbürdet — dieses Martyrium (das nur in Ausnahmefällen das Gegenteil sein kann), das sie mit einer heuchlerischen Gloriole zu umgeben beliebten. Die Wirklichkeit steht im schreienden Gegensatz dazu.

Sie meinen, daß die Erde „erbebe", wenn eine Mutter mit „verklärtem Fuße" darüber hinschreitet. (Siehe Dr. Scholls „Fußwohl"-Reklame. Dort leuchten die Hühneraugen von innen heraus in „astralem" Glanz.)

Gewiß, die Erde müßte erbeben (es fällt ihr aber gar nicht ein) ob all der finsteren und traurigen Dinge, die da heißen: Mißglückte Abtreibung, Geburten unter Brückenbögen, in Torwegen, in Straßenwinkeln und zweifelhaften Bodenkammern; Kindesmord, Aussetzung, Kinderentführung, Taten verzweifelter Dienstmädchen, Engelmacherinnen, erpresserische Ziehmütter, Kinderhandel, Alimentationsklagen, unglückliche Häuslichkeiten. Nervenzusammenbrüche der in schweren Nöten lebenden Mütter usw. Nicht wahr — das ist die Kehrseite der Medaille oder unseres „Sternes"? Aber — das kommt ja wohl nur für die „unteren Hunderttausend" in Frage. In Gartenlaubiaden und Unterhaltungsbeilagen, deren Spalten sie bedienen, darf nie etwas stehen, was gegen die christliche Religion verstößt, nichts von Ehescheidungen und Alimentationsprozessen (bei ihnen weht „reine" Luft), nichts vom Sozialismus, dessen Vater der Neid und dessen Bruder der Mord ist — und — uneheliche Kinder — O Gott, o Gott — die kennt ihre Unterhaltungsbeilage einfach nicht — sie existiert nur. Die bürgerliche Moral müßte ja auch unter so viel Humanität leiden. Duldsamkeit wird gefordert, aber nicht gewährt.

Was im übrigen den „Muttertag" betrifft, so mag er ja für Blumen- und Schokoladengeschäfte, die die Atrappen der konventionellen gutbürgerlichen Mutterverehrung liefern, eine ganz lukrative Einrichtung sein. Diese Atrappen mögen jene Mütter erfreuen, die sich mit dem „leuchtenden Gottesrausch in ihren tiefen, von Eigenhingabe geheiligten Augen" (!) in einen eigens dazu bereitgestellten Sessel fallen lassen und sagen: „Also bitte, nun verehrt mich mal, heute ist Muttertag — das hat jedenfalls im „Lokal-Anzeiger" gestanden — und was da steht — das ist Gottes Wille!"

Als ob sich so etwas überhaupt an bestimmte Tage binden ließe! Entweder verehrt und liebt man wirklich, und dann spricht man nicht davon — sondern — tut es. Dieses Hausieren-Gehen mit den Gefühlen im allgemeinen und mit der Mutterliebe im besonderen ist einfach eine Kulturlosigkeit. Intime Dinge profaniert man nicht dadurch, daß man sie an der Oeffentlichkeit breittritt. Wie könnte sich eine feinempfindende Frau durch solche Geschmacklosigkeiten geehrt fühlen, daß man ihr einen Blumenstrauß kauft, weil es in der Zeitung gestanden hat, daß man das am zweiten Sonntag des Mai zu tun hat.

Nach solcher Verehrung drängeln wir uns nicht, Herr Stollreiter!

Marie-Luise Andersen.

Rollkutscher Cromwell.

Gibt es einen staatlichen Schutz des Frauenmordes?

Eine Frau, Mutter von dreizehn Kindern, hat die Gesetzgeber um Schutz angefleht, um nicht noch weitere Kinder bekommen zu müssen, da eine neue Geburt höchstwahrscheinlich ihr Leben kosten würde. Der Mann, ein Rollkutscher, gehört zu jener Sorte, die „believes in big families", wie der Amerikaner sagt — das heißt, er glaubt wie gewisse Leute in unserem Vaterlande, daß eine große Kinderschar das Einzigseligmachende ist. Er hat ja auch nicht die dreizehn Kinder bekommen, und sein Leben schwebt ja auch nicht in Gefahr, wenn ein vierzehntes oder fünfzehntes kommt.

Die eingangs erwähnten dreizehn Kinder sind im Laufe von knapp 10 Jahren geboren worden. Nur vier davon sind am Leben. Die Mutter, Frau Cromwell erlaubt sich, zu behaupten, daß es gleichbedeutend mit Mord sei, von ihr zu verlangen, noch weitere Kinder in die Welt setzen zu sollen. Um dieser Ermordung entgehen zu können und sich für die Kinder, unter denen das eine Krüppel ist, zu erhalten, hat sie sich unter den Schutz der Gesetze gestellt und verlangt, daß man ihr den Mann (buchstäblich gesprochen) vom Leibe halten solle.

Diese einzigdastehende Gerichtssache hat in Amerika großes Aufsehen erregt. Die bekanntesten Frauen des öffentlichen Lebens äußern sich zu dieser Angelegenheit und zwar zugunsten der Frau Cromwells. Dr. Mary Halton, eine führende Feministin und Verwalterin des Dr. Halton Fonds für junge Mädchen, sagt:

„Diese veraltete Idee vom Glück durch Kindersegen, ist der sicherste Weg, das Menschengeschlecht, die Liebe und das Familienleben zu untergraben."

Margaret Sanger, vieljährige Leiterin des Vereins „Freiwillige Mutterschaft" sagt:

„Ich glaube, daß der öffentliche Ankläger die Gesetzbücher eines jeden Staates durchsuchen kann, ohne auch nur in einem einzigen Gesetze zum Schutz der Frau gegen sogenannte eheliche Forderungen zu finden."

Auf Veranlassung der „Human Society" ist der kinderfanatische Rollkutscher festgenommen worden. Es war natürlich sehr schwer, stichhaltige Begründungen zu einer Festnahme zu finden. Schließlich machte man ausfindig, daß man seinen Fall unter den Paragraphen „Technischer Friedensbruch" — — — — rubrizieren könne.

Natürlich war der Mann, dessen Ideal nun mal große Familien sind, rasend und zischte: „Ich bin mit ihr verheiratet, und niemand anders, und ich kann tun und lassen, was mir paßt." Daraufhin wurde er festgenommen — und auf Veranlassung der „Human Society" soll eine Untersuchung von Cromwells mentalem Zustand eingeleitet werden.

Der öffentliche Ankläger, der Staatsanwalt James O. Shannon äußert sich folgendermaßen:

„Dieser Fall ist vollkommen klar. Frau Cromwell hat das Recht, ihren Mann zu verlassen und ihn um Alimente zu ersuchen. Ich möchte im übrigen nicht unerwähnt lassen, daß falls ein intelligenter Mann den Standpunkt des Rollkutschers Cromwell teilte, trotzdem er ärztlicherseits betreffs des Gesundheitszustandes seiner Frau gewarnt worden war, er entschieden verurteilt werden müßte. Dies ist aber nicht die Hauptsache. Die Hauptsache ist die: was wollen wir im allgemeinen mit derartigen Angelegenheiten tun. Die Lösung dieser Aufgabe fällt ja eigentlich den Aerzten zu und nicht den Juristen. Aerztliche Wissenschaft und verbesserte soziale Verhältnisse stellen ja im Grunde die erforderliche Hilfe in diesen Dingen dar . . ." Und hier ist der Punkt, bei dem diese sensationelle Geschichte anfängt, für alle Frauen aller Länder von größtem Interesse zu sein. Diese Frage ist bis jetzt noch in allen Gesetzbüchern unbeantwortet geblieben. Ist eine Frau dazu gezwungen, sich zu Tode schinden zu lassen, weil sie mit einem kindervütigen Mann verheiratet ist, oder mit einem Mann von Rollkutscher Cromwells Mentalität, der sich in seinen höchsten Idealen gekränkt fühlt, wenn seine Frau nicht von der Vortrefflichkeit einer großen Familie überzeugt ist? Soll eine Frau denn dazu gezwungen werden, die Schar ihrer unmündigen Kinder durch den Tod zu verlassen, wenn der Arzt ihr erklärt hat, daß sie es einfach nicht aushalten kann, noch mehr Kinder zu gebären, und der Mann in seiner Unbelehrbarkeit seinerseits erklärt, daß ihn das ganz und gar nichts angeht? Wenn die Frauen, die durch die Ueberbürdung mit Geburten langsam dahingemordet wurden, sich einmal versammelten, es wäre eine Millionenversammlung.

Ein amerikanischer Journalist hat Frau Cromwell in ihrem mehr als ärmlichen Heim besucht. Während sie mit ihm sprach, ruhten ihre steifen Arbeitshände nicht eine Minute. Sie macht Heimarbeit, womit sie zur Zeit sich und die Kinder, die ihr helfen, ernährt. Die Wiege ist in der Familie nie außer Betrieb gesetzt worden, erzählt Frau Cromwell. Ihre armselige Bleibe ist für sie aber doch ihr „Heim", in dem sie sich recht wohl fühlt, seitdem der Mann, den sie fürchtet, daraus entfernt wurde. Sie beansprucht für sich nichts weiter, als ihre Stube, ihre Kinder und Ruhe. Sie könne ihre Kinder selbst versorgen, meint sie, wenn nur nicht noch welche dazu kommen. Lobend erwähnt sie, daß ihr Ehemann nicht zu trinken pflegt, nur ausnahmsweise, wenn seine Kameraden ihn dazu einladen. Dann wird er aber auch völlig betrunken, kommt nach Hause und zerschlägt alles. Die Kinder erzählen, daß sie einmal in ihrem Leben einen Weihnachtsbaum gehabt hätten, und die Erinnerung daran erfüllt sie noch heute mit Stolz.

Wie würde sich nun das Seitenstück zu dieser Tragödie in Deutschland gestalten? Was würden die deutschen Handhaber des Gesetzes sagen oder tun, wenn eine Frau sie aufsuchte und um Schutz bäte, weil ihr Ehemann sie vermittels Schwangerschaften mordet?!

Darauf weiß wohl keiner eine Antwort. Es wäre aber entschieden interessant einen deutschen Fall Cromwell zu erleben.

Würde man einer solchen Frau antworten: „Liebe Frau, in Ihre intimen Eheangelegenheiten können wir uns aber wirklich nicht einmischen?" — oder würde man einen Paragraphen schaffen, der das Leben solcher Unglücklichen und Geplagten schützte?

Jedenfalls würde dieser Paragraph bei gewissen Leuten wieder einen Sturm der Entrüstung hervorrufen, denn unter dem Schlachtruf „Schach den Kinderlosen" sind sie ja andauernd bemüht über den Geburtenrückgang zu lamentieren, wollen von jedem Ehepaar, das nach einjähriger Ehe noch kein Kind vorzuweisen hat (Heilige Ignoranz) Kindersteuer verlangen und nach besten Kräften zur weitmöglichsten Proletarisierung beitragen, ohne zu bedenken, wie schwer sie sich durch ihren Fanatismus an den geborenen und noch nicht geborenen Kindern — und vor allem — an den schwergeprüften Müttern versündigen.

Grete Herdegen.

Glückliche Kinder.

Drei Kinder habe ich gesehen, seltsame kleine, frohe Geschöpfe, von einer Eigenart, wie ich sie niemals zuvor sah. In Stralsund war's, in der schönen alten Stadt mit den spitzen Giebelhäusern, dem gothischen Rathaus, dessen durchbrochene Mauerkrönung sich wie ein steinernes Spitzengewebe gegen den Himmel hebt, dem Hafen mit kleinen Booten und größeren Dampfern und dem Blick auf das gegenüberliegende Rügen, das der Stadt nun bald durch einen Steindamm verbunden werden soll und dadurch eigentlich seinen reizvollen Innencharakter verlieren wird.

Als ich aus dem Bahnhof herausgetreten war, ging ich an dem im Lichte schimmernden Knieperteich vorüber nach der Innenstadt. Es war um die Mittagsstunde, die Zeit des Schulschlusses. Viele Kinder kamen mir entgegen, lauter kleine Mädchen, die noch im ersten oder zweiten Schuljahre stehen mochten. Anscheinend hatten sie einander viel Wichtiges zu erzählen. Manche machten sehr ernsthafte Gesichterchen. Andere aber lachten auch, und viele sangen zweistimmig, warfen dabei lustig die Köpfchen nach hinten und blickten mich ein wenig an, als wollten die frohen Augen fragen: „Hörst du es auch, wie hüb'sch wir singen?" Allein so froh auch diese Kindergesichter schienen, es war doch in ihnen allen etwas sehr Braves, ich möchte sagen: etwas wohlanständig Gesellschaftsfähiges. Die Haare um die Gesichterchen waren hübsch glatt gestrählt und durch Kämme oder Bänderchen zusammengehalten. Die rosigen Bäckchen waren sauber wie die Händchen. Jedes Kind hatte seinen Ranzen fein ordentlich auf den Rücken geschnallt, so daß die Sachen darin nicht tanzen konnten, wenn die kleinen Füße der Trägerinnen hüpften, denn das taten sie, wenn auch nicht allzu hoch. Man konnte diesen Kindern mit einer gewissen inneren Beruhigung anmerken, daß sie aus einem geordneten Heim kamen, und daß sie zu Eltern, Geschwistern und Angehörigen zurückkehrten, die für sie Sorge trugen.

Dann waren da plötzlich diese anderen. Wie vom Himmel gefallen schienen sie, diese drei, wie Sternschnuppen oder Meteorsteine, die plötzlich wild und unregelmäßig zwischen allen den anderen ihre geregelte, vorschriftsmäßige Bahn ordentlich dahinwandernden Sternen hindurchsausen. Ich stelle mir vor, daß die Sterne sich ebenso erstaunt nach solchen vorbeisausenden Himmelsvagabunden umschauen wie die Stadtkinder mit ihren Schulränzchen auf dem Rücken nach diesen drei anderen Kindern. Woher kamen sie? Wer waren sie?

Der Aelteste war ein Junge, der etwa zehn Jahre zählen mochte. Dann waren da ein um einige Jahre jüngeres Mädchen und ein kleines von wohl vier Jahren. Sie hatten gerade die steinerne Treppe, die nach der Eingangstür des Hauptpostgebäudes auf dem Neuen Markt hinauf führt, entdeckt und sprangen mit wildem Jauchzen auf sie zu. Dem Jungen flogen die langen Haare um den Kopf, das Gesicht und den Hals, der weit aus einem braunen Samtrock herausragte. Augenscheinlich war dieser Rock für einen Erwachsenen bestimmt gewesen und für den Jungen sehr einfach dadurch brauchbar gemacht worden, daß man am unteren Rande ein Stück abgeschnitten hatte. Die Stoffasern hingen noch von diesem Rande herab. Gesicht und Hals zeigten deutlich, daß sie Bekanntschaft mit dem weichen, nassen Straßenschmutz gemacht hatten. Aber die Augen in diesem Gesicht blitzten und funkelten, als der Junge auf das steinerne Geländer der Treppe sprang und von dort wie von einem Königsthrone herunterblickte. Ebenso blitzen die Augen in den gleichfalls schmutzigen Gesichtern der beiden Mädchen, die die Treppenstufen aufjauchzend herauf und herunter sprangen. Es war etwas Bachantisches im Treiben dieser Kinder, das ihnen Schönheit gab trotz Schmutz und sichtbarer Vernachlässigung, denn auch die Kleidung der beiden Mädchen war nicht weniger eigenartig als die des Knaben. Keiner der Vorübergehenden kannte diese Kinder. Einer fragte den anderen: „Wer sind sie, woher kommen sie?" Niemand wußte eine Antwort. Jeder starrte sie an, aber keiner hatte den Mut, diese wilde Kinderfreude durch eine Frage zu unterbrechen. Aus einem geordneten Heim konnten sie nicht stammen. Sie mußten der Landstraße angehören, von ihr kommen, wohl bald wieder nach ihr zurückkehren, vielleicht in einen Wagen, in dem fahrendes Volk und Tiere in Gemeinschaft hausten. Zwischen steinernen Mauern konnten sie nicht diese wilde Lust gelernt haben.

Ich mußte weitergehen, um den Dampfer zu erreichen, der mich nach Hiddersoe hinüberbringen sollte. — Während das Schiff aus dem Hafen hinausglitt, die Wellen es schaukelten und ich über den Schiffsrand hinunterblickte, sah ich immer die jauchzenden drei Kinder auf der Steintreppe vor mir, und ich wußte, daß ich noch nie zuvor so schrankenlos glückliche Kinder gesehen hatte. Ich dachte darüber nach, was wohl diesen Kindern, denen sicherlich alle äußeren Lebensbedingungen für eine sorglose Jugend fehlten, die Fähigkeit schenkte, aus der sie beim Springen über ein paar steinerne Stufen so ungemessen glücklich sein konnten. Es mußte, es konnte nur so sei, weil diese Kinder die volle Freiheit um sich gehabt hatten, weil nichts die Ausbrüche ihrer Seele zügelte. Gewiß würden sie im Schmerz ebenso maßlos sein. Die anderen, die Geordneten, Behüteten, haben den Ausgleich gelernt, lernen ihn täglich. Das muß sein. Das Leben verlangt es nun einmal. Aber Maß und Regel dürfen das göttliche Jauchzen der Seele nicht ersticken, das nur aus der Freiheit geboren wird. Geht und laßt den Kindern das Gefühl der Freiheit!

So dachte ich, als ich über die drei Kinder auf der Steintreppe an der Stralsunder Hauptpost nachsann, und ich hätte gern gewußt, ob sie ihre Sprünge noch fortsetzten oder vielleicht schon wieder in einem Wagen, der ihnen Heimat war, hinausrollten aus den Stadtmauern in unbekannte Fernen. Vielleicht dachten diese drei Kinder gerade darüber nach, ob es auch in diesen Fernen Steinstufen geben würde, die man hinauf und hinab springen könnte. Die anderen Kinder, jene, die mit dem Ranzen auf dem Rücken aus der Schule gekommen waren, die saßen wohl jetzt daheim und aßen fein sittsam ihr Mittagbrot.

Henni Lehmann.

Fabrikpflegerinnen von Unternehmers Gnaden bildet die sogenannte „Arbeitsgemeinschaft für soziale Betriebsarbeit" heran, indem sie im Einverständnis mit den Fabrikleitungen fürsorgerisch ausgebildete junge Damen drei Monate lang in den Fabriken als einfache Arbeiterinnen beschäftigen läßt. Den „Lohn" für diese Arbeitsleistung bezahlt die „Arbeitsgemeinschaft", die ihrerseits von konfessionellen Vereinen, wirtschaftlichen Verbänden und aus Beiträgen von Arbeitgebern finanziert wird. Nach Beendigung dieser Tätigkeit sollen die Damen als „Fabrikpflegerinnen" angestellt werden, um zwischen Arbeitgeber und Arbeiterin zu „vermitteln". Die Arbeiterinnen haben alle Ursache, die Wirksamkeit solcher „Kolleginnen" mit größter kritischer Aufmerksamkeit zu beobachten.

Fischbörse

Sonntag, 8. Juli, von 10—13 Uhr, ebenda, verbunden mit Vortrag u. Vorführung des Kampffischkampfes.

694

Sonnabend, 7. Juli, von 16—19 Uhr im Markthallen-Restaurant Eingang Münzstraße

Fischschau

Vivarium E. V.

TdN

Fürstenstraße 32.

Theater des Nordens

Beginn: Wochentags 5.00, 6.15, 8.30
Sonntags 4.30, 6.30, 8.45

2 Filmlieblinge und ein Erfolg!

Harry Liedtke – Lee Parry in:

Regine

die Tragödie e. Frau

Stürme einer jungen Ehe im Tempo unserer Zeit.

Douglas Fairbanks jr. in:

Die Falle am Crowton-Paß

Tolle Abenteuer aus dem wilden Westen.

Weltbühne

Wochentags: 6 und 8½ — Sonntags: 3½, 6 und 8½

Bebe Daniels der weibliche **Harry Piel** in

Die Frau mit der Peitsche

Ein Film voll Abenteuer und Sensationen.

Außerdem:

Pola Negri — Einar Hanson

in: **„Qualen der Ehe“**

Wartburg-Lichtspiele

Gräbschener Straße 94a

Nur bis Montag!

Jenny Hasselqvist

in dem gewaltigen Sittenschlager

„Das Mädchen ohne Heimat“

Aus den Geheimakten des Sitten-Kommissars Brun

7 Akte

Ferner: Das Sensations-Abenteuer

„Der Dämon der Ehe“

6 Akte

[illegible] Woche.

Sonntag 3 Uhr: **Gr. Kindervorstellung**

„Fred Thomsons Abenteuer in Mexiko“

und Lustspiel. 6519

Max Schönfelders

Brasil-Kaffee „Jubiläumsmarke“

das Pfd. nur 3 Mk.

verbindet trotz des erstaunlich billigen Preises Kraft, wundervoll duftendes Aroma und einen feinen lieblichen Geschmack.

Kostproben werden bei mir gratis und auch ohne Kaufzwang gern verabreicht.

Gardinen in Oel

Fisch und Oel von bester Qualität bringe ich ab heute große Posten zu nachstehenden **Ausnahme-Preisen** zum Verkauf.

Marke **„Rigoletto“**, Dose ca. 300 gr schwer

1	3	5	10 Dosen
Mk. 0.95	2.75	4.50	8.80

Marke **„La Timoniere“**, Dose ca. 180 gr schwer

1	3	5	10 Dosen
Mk. 0.55	1.60	2.60	5.00

Sardinen sollten gerade im Sommer viel mehr gegessen werden.

Frucht-Säfte

in nur reiner Raffinade eingekocht

	3/4 Mk.-Fl.	2/3 Mk.-Fl.	Reise-Format
Ia Gebirgshimbeersaft	1.45	0.80	0.60
Ia Johannisbeersaft	1.48	0.83	0.65
Ia Kirschsaft	1.70	0.95	0.70
Ia Zitronenmost	1.40	0.80	0.60
Ia Orangina	1.60	—	—

Margarine, fabrikfrische Ware

und darauf kommt es gerade jetzt an:

das Pfd. Mk. 0.55, 0.60, 0.68, 0.75 bis 1.10

Prima blütenweißes amerik. Schmalz je Pfd. Mk. 0.70

Rindertalg . . . . . je Pfd. Mk. 0.55

Kokosfett in 500 gr-Tfln. je Pfd. Mk. 0.60

u. a. m. 635

Max Schönfelder

Kaffee-Rösterei, Tee-Import, Waren-Versandhaus u. Weingroßhandlg.

Breslau 1, Albrechtstraße 56.

Schauspielhaus.

Operettenbühne. 6453

Tel. 36300.

Freitag 20 Uhr:

Das Dreimäderlhaus

Sonnabend 20 Uhr:

Zum 1. Male:

In neuer Ausstattung!

Evelyne

Musik von **Bruno Granichstaedten.**

Sonntag u. täglich 20 Uhr:

Evelyne.

Liebich-Theater

Täglich 8 Uhr:

Der ungeheure Erfolg bei Publikum u. Presse

Die große Revue 11998

Große Kleinigkeiten

in 30 Bildern mit dem unerreichten Revueensemble, den großen Attraktionen und den

Elite-Girls

Der größte Revue-Erfolg d. Jahres 1928

Preise ab 1.00 Mk.

Pfänder-Auktion

Donnerstag, den 12. Juli

Leihhaus Grundmann

Trebnitzer Straße 21.

Berufsmäntel

schw. Ia Zanella 4.95, weiß Linon 4.25, rot Nessel 3.75 f. Dam. u. Herr.

G. Friedländer, Sonnenstraße 39.

Leichte Sommerkleidung

Hitzableiter

Wasch-Jacketts

Anzüge, Sporthosen

Lüsters Pesama

Jacke's Gebirgsjacken, Wanderhüte, Windjacken, Gummimäntel, Motorfahrer-Anzüge in großer Auswahl

Oskar Dehmel

Neumarkt 45

In der **„Volkswacht“** haben

Stellen-Angebote

infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolg

---

Die „Frauenwelt“ das Journal zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt“

Eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes.

Preis 30 Pf.

Zu bestellen bei allen Zeitungsträgern.

Kleine Anzeigen

sind tempreiß gereiste einspaltige Anzeigen vom Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfennige, fett 4 Pfennige

Gelegenheitskauf! Garderobenschrank, neu, 3türig, Nußbaum poliert, mit Wäscheteil, zu verk., Mk. 75.—, Tischlerei Uferstraße 25.

Kinderwagen, weiß, eleg. Brennabor, gut erhalten, für 25 Mk. zu verkaufen. Nachm. 5—7. Malapanestr. 33, I., r.

Fast neuer Kinderwagen (Brennabor) für 25 Mk. zu verkaufen. Hübner, Kronprinzenstraße 15, II.

Saison-Ausverkauf

1500 billige, moderne

Waschkleider

Kasaks mit kurzem Arm, aus Zephir, hell und dunkel Waschmusseline, Waschkrepp und Waschseide, Stück 2.45, 1.95, 1.45 — **95 Pf.**

Waschseid.- u. Vollvoilekasaks mit kurzem und langem Arm, Stück 5.50, 4.50, 3.50 — **2.25**

Einige hundert

Bulgarenblusen in aparten, besonders schönen Stickereien, größtenteils Handarbeit, wundersch. Ausführung. Stück 9.50, 7.50 — **4.90**

Kostümröcke aus prakt. Strapazierstoff, St 2.25 — **1.45**

Kostümröcke a. reinwoll. mar. Cheviot, Stück — **4.50**

Frauenröcke prakt. Noppenstoff, Stück 4.50 — **3.90**

Extra schöne

Plisseeröcke a. Cheviot, Popel. u. Ripo, St 8.90, 6.50 — **5.50**

3 Posten extragute

Damen-Windjacken aus guten und besten imprägn. Stoffen, glatt und kariert, mit und ohne Sattel, tadellos verarbeitet und bester Sitz

Serie	I	II	III
Stück	6.50	8.50	12.50

Zephir- und Mousselinekleider in schönen, hübschen Mustern und netter Verarbeitg., durchweg gute waschbare Qualität . . . . Stück 2.95, 2.25 — **1.45**

Trachtenkleider aus guten Indanthrenstoffen, zum Teil zweifarbig verarbeitet, reizende, schöne Farbstellungen . Stück 5.90, 3.90 — **2.45**

Waschseidenkleider in herrlichen Farbmustern, z. T. Konfettimuster, in bildhübscher Verarbeitung . . Stück 5.90, 4.90 — **3.50**

Waschkreppkleider in schön. Streifen u. Karos, komb. verarb., gute Qual. . St. 5.90 — **3.90**

Frauenkleider a. gut. Waschmousseline, z. T. mit Einsatz, hell und dunkel, durchweg mit langem Arm Stück 6.50 — **4.90**

Vollvoilekleider in bildhübschen Farbmustern und fescher Machart . Stück 9.75, 7.75 — **5.50**

Großer Posten sensationell billiger

Vollvoilekleider

mit lang. Arm, teilweise herrliche Bordüren und wunderschöne Blumenmuster bis zu den feinsten Ausführungen Stück 14.50, 12.50, 9.75 — **6.90**

Kleinkinderkleidchen u. Kittel aus Waschmusseline und gestreiftem und kariert. Zephirleinen, in vielen bunten Farben, für 1—4 Jahre, Stück 1.10 — **85 Pf.**

Spielanzüge für Knaben und Mädchen, aus gestreift, kariert und glattem Zephirleinen mit einfarbiger Paspelierung für 1—3 Jahre, Stück — **95 Pf.**

Mädchenkleider aus Zephirleinen und Trachten, pa. Waschkrepp, in neuen Karos und Mustern mit gezog. Rock, Kragen und Schleife, für 5—14 Jahre . für 5 Jahre Stück — **2.45**

Mädchen-Schulkleider aus Waschmusseline und Zephirleinen, gute Qualität und hübsche Verarbeitung, für 11—14 Jahre . . . . . Stück — **2.25**

Herren- u. Knabenkonfektion

Herren-Sommerjacken aus dichtem Schilfleinen oder Waschgabardine Serie II Stück 4.50. Serie I Stück — **3.50**

Lüstersakkos (Hitzableiter) gute Qualitäten, in blau und schwarz . . . . Stück 16.90, 7.90 — **5.70**

Herren- u. Burschen-Anzüge aus nur soliden Stoffen, guter Sitz und Verarbeitung ohne Rücksicht auf den Wert Herrengröße 24.50, Burschengröße — **19.50**

Herr.- u. Bursch.-Breecheshosen aus gut. Reitkord, m. doppelt. Gesäß, Männergr. St. 4.90, Burschengr. St. — **3.90**

Knickerbocker aus hochwertig. gemust. Buckskins — **5.90**

Knaben-Anknöpfblusen mit kurzem Arm, für 2 Jahre . St. — **95 Pf** Steigerung 10 Pf.

Knaben-Anknöpfanzüge a. Kadett- u. Zephirst., f. 1-4 J. durchw. St. — **1.95**

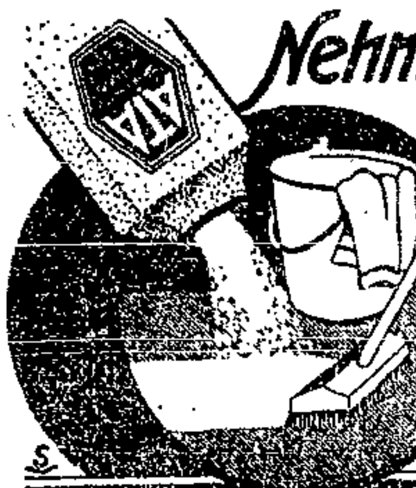
Kieler Kadettanzüge in blau-weiß gestr. Qual., m. echtblauer Garn., f. 2 J., St. — **4.75** Steigerung 35 Pf.

Windjacken

aus gut imprägnierten Zeltbahnstoffen

Männergr.	Burschengr.	Knabengr. für 4 J.
7.50	6.50	4.25

Messow & Waldschmidt G.m.b.H.



Nehmt zum Scheuern

Henkel's

ATA

das unvergleichliche Putz- u. Scheuermittel!

Zurückgekehrt

Dr. med. 653

S. Juliusburger

Augustastraße 57.

Zurückgekehrt [illegible]

Dr. Degner

Freiburger Straße 34.

Motorrad-Anzüge

wasserdicht, 13.— 16. — 19.—

Lederjacken

für Damen und Herren

38.— 49.— 59.—

Windjacken 6102

Lüsterjacken

7.— 9.— 11.—

Anzugstoffe zu Spottpreisen

Lombard- und Warenhaus

Louis Hamburger

26 Gartenstraße 26

gegenüber der Markthalle

Urania

12 Monatshefte und 4 Bücher

Der Proletarische Kosmos

Zu bezieh. durch die Geschäftsstelle d. Zeitung u. die Zeitungsträger.

Arbeiter

kauft Eure Wäsche und Arbeitsjacken bei

Wäsche-Manneberg

Inhaber:

Lutz Manneberg

Reuschestraße 47/48

im Hofe. 6305

Leihweise elegante 6427

Frack- u. Rock-Anzüge

Herm. Mohaupt

Karlstraße 1, I. Tel. R. 1301

früher Albrechtstraße.

Inserate erzielen in dieser Zeitung den größten Erfolg

Druckerei Volkswacht

BRESLAU 2

Flurstraße 4/6

übernimmt die Anfertigung sämtlicher Druck-Arbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- u. mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Berechnung u. schnellster Lieferung.

Spezialität:

Massenauflagen

(Rotationsdruck)

Mondschein-Promenadenfahrten

bis auf die Höhe von Jungfernsee

finden an allen Wochentagen statt, ohne Aussteigen zurück bis Breslau, Ohlau-Ufer

Abfahrt 8 Uhr abends ab Ohlau-Ufer. Ankunft in Breslau gegen 11 Uhr abends. Preis Mk. 1.—

Tel. 55174 11880 **Rudolf Kattein**

Aus unseren Fabriken — zum Verbraucher

Werbe-Ballontage

im Schokoladen-Konsum

Schon bei Einkauf von

1 Mark an

gehen wir ab **Freitag, den 6. Juli**

einen großen Ballon gratis!

Die billigen Preise sind dieselben geblieben wie Ihnen nachstehendes Angebot zeigt!

Einige Beispiele: (Uebersehen Sie nicht, daß wir Ihnen zu nachstehenden Preisen **ein halbes Pfund** u. nicht ¼ Pfund geben.)

Vollmilch-Schokolade, gute Qualität, Ausnahme-Extrapreis 1 Tafel = 100 gr nur . . . . . . **23 Pfg.**

Pfefferminzbruch, gute Qualität, extra stark, Ausnahmepreis, ein halbes Pfund . . . . . . **23 Pfg.**

Erfrischungswaffeln, hochfein im Geschmack, mehr als preiswert, ein halbes Pfund nur . . . . **49 Pfg.**

Toffee nach Orig. engl. Rezept mit Butter hergestellt, ein halbes Pfund nur . . . . **65 Pfg.**

Rumgeschmackkugeln, bei uns äußerst wohlschmeck., daher immer sehr begehrt, ein halbes Pfund nur **45 Pfg.**

Olympia-Mischung, feine Pralinen, z. T. in Staniol, ein halbes Pfund nur . . . . **48 Pfg.**

Weinbrandbohnen sind unser anerkannter Schlager, von besonderer Güte kostet ein halbes Pfund nur **66 Pfg.**

Saure Breslauer Mischung, sehr angenehm säuerlich, ein halbes Pfund nur . . . . **29 Pfg.**

Erfrischungspralinen, hochfein im Geschmack, sehr preiswert, ein halbes Pfund nur . . . . **55 Pfg.**

Gepackte Eisbonbons, erfrischend auf Tour und Reise, sehr preiswert, ein halbes Pfund nur . . **35 Pfg.**

Zitronen- und Apfelsinenscheiben-Bonbons, sehr lieblich im Geschmack, ein halbes Pfd. nur **29 Pfg.**

DER SCHOKOLADENKONSUM

Hermann Schirmak, G. m. b. H.

Gr. Tschansch — Breslau

5 Geschäfte in Breslau: Ohlauer Straße 53/54, Friedrich-Wilh.-Str. 34 (Ecke Dessauer Str.), Graupenstraße 12, Blücherstraße 24 (Waterlooplatz), Höfchenstraße 31.

Goldene Trauringe

fugenlos — Gravierung gratis

Stadtbekannt billigste Preise

Größtes Lager, auch in 6423

Uhren und Geschenkartikeln

Für streng reelle Bedienung bürgt das 40jährige Bestehen meiner Firma.

Albert Möwius

Schmiedebrücke **56** Telefon 27481

Achtung! Mein Geschäft befindet sich nur noch in der Schmiedebrücke.

Ich unterhalte **keine** Filialen! Mit Geschäft. ähnlich klingend. Namens hat meine Firma nichts zu tun

---

Ansichtskarten

vom Haus der Arbeiterpresse

auf der **Pressa**

zu haben in den Volkswacht-Buchhandlungen in Breslau

Neue Graupenstraße 5

N. Taschenstr. 11 Flurstr. 4